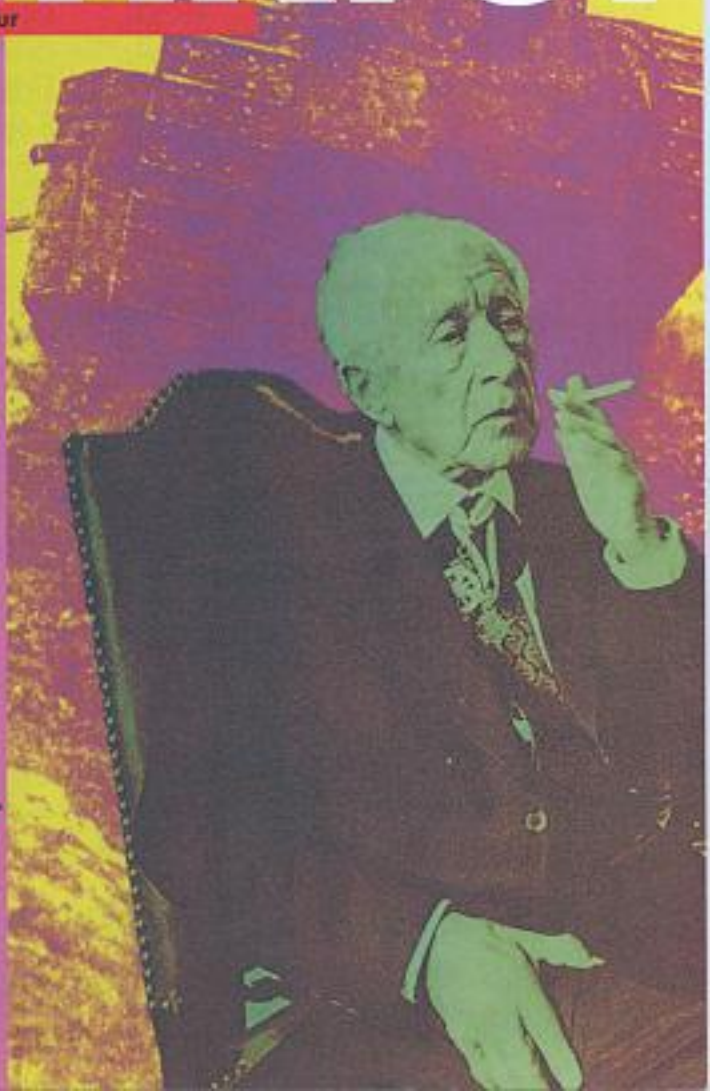
Heft 4 April 1995 8,– DM

C 12611 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Helm ab zum Gedicht!: Theweleit über Ernst Jünger
- Börse: Das Finanzkapital auf dem Trip
- Parteien: Schwarzgrün ist die Haselnuß
- Traditionspflege: Die Verbrechen der Wehrmacht
- Ihr Auftritt, O. J. Simpson



in konkret April 1995

von konkret

an konkret

Ein Kreuz wird kommen von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten

Die Neuen Derivativen von Kurt Hübner
Ist das Finanzkapital auf dem Trip? Treiben computerversierte Spekulanten das globale Geldsystem in den Ruin? Die Pleite der Baring-Bank und die Einbrüche auf dem internationalen Währungsmarkt bieten allerhand Stoff für die Entfaltung endgültiger Untergangsszenarien

Fischer's Friends von Jutta Ditfurth
Schwarzgrüne Optionen? Aber was ist denn noch nicht schwarz an den Grünen? Ein Resümee von Jutta Ditfurth. Mit einem Blick auf die Bremer Verhältnisse nach dem Scheitern der Ampel-Koalition von Paul Tiefenbach (ab Seite 20)

Von Amseln und Ampeln von Paul Tiefenbach

Who's left

Stechen im Auge von Peter Hetzler
Übereifer? Ende der Deeskalation? – Mit enormem Aufwand ermittelt der Staatsschutz gegen die Autonome Antifa (M)

Jeder ist uns der nächste 36 von ARCHIV FÜR SOZIALPOLITIK

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Zu Protokoll von Erwin Riess
Vom Rassismus der Linken oder Groll streicht einen Zaun. Ein Dialog

Die Offenbarung der Propheten II von Thomas Ebermann, Rainer Trampert
Wie das böse Geldkapital über das produktive Kapital hinauswuchert und sekundenschnell um die Welt kreist; wie Nationalstaaten auf wundersame Weise ihr Leben aushauchen und die Differenzen zwischen 1. und 3. Welt, zwischen Zentrum und Peripherie, abhängigen und weniger abhängigen Staaten sich auflösen. Zweiter Teil einer dreiteiligen Serie über die Sanierung des Kapitalismus und die Verwandlung linker Theorie in Esoterik

Fordistische Fossile von Robert Kurz
Anmerkungen zur Anti-Krisenanalyse von Thomas Ebermann und Rainer Trampert (»Die Offenbarung der Propheten I«, KONKRET 3/95)

Kunst & Gewerbe von Klaus Bittermann
Fortsetzung eines Skandals in sieben groben Zügen

Helm ab zum Gedicht! von Klaus Theweleit
oder »So genierte es mich sogleich, daß ich in Uniform war«. Über den Versuch des Herrenreiters Ernst Jünger, nachträglich die Moderne abzutreiben

Buch des Monats: Der zensierte Völkermord von Oliver Tolmein
Wassili Grossman / Ilja Ehrenburg: Das Schwarzbuch – Der Genozid an den sowjetischen Juden. Übers. von Ruth und Heinz Deutschmann, Rowohlt Verlag,

1146 Seiten, 98 Mark

Komplizen des Genozids von Otto Köhler

Eine Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung führt den Beweis, daß die Wehrmacht in Ost- und Südosteuropa zwischen 1941 und 1944 einen »Vernichtungskrieg« gegen die Zivilbevölkerung geführt und sich engagiert an der Ausrottung der Juden beteiligt hat

32 vs. 1,5 Millionen von Dietrich Kuhlbrodt

Ein Wechsel auf die Fernsehzukunft: die Direktübertragungen aus dem Mordprozeß gegen O. J. Simpson

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 04/95, S. 4

von konkret

In KONKRET 3/95 hat Otto Köhler über den Fall des ehemaligen angeblich von der Stasi zum Zwecke der »Zersetzung« zwangspsychiatrisierten Pfarrers und heutigen sächsischen Innenministers Eggert berichtet und beschrieben, wie aus dem eingebildeten Verfolgten ein tatsächlicher Verfolger wurde. Köhler hat dabei u.a. auch die Denunziation zitiert, die das Burda-Blatt »Super« unter Berufung auf die Behauptungen Eggerts gegen den Nervenarzt Dr. Reinhard Wolf in die Welt gesetzt hatte (»Das ist der Satan in Weiß – Gefeuert! Der Stasi-Arzt, der einen Pfarrer krank machte«).

Nun muß der Verleger der mittlerweile eingestellten Boulevardzeitung dem Arzt ein Schmerzensgeld von 15.000 Mark zahlen. Zwar war bereits vor zwei Jahren das Verfahren gegen Wolf wegen des Vorwurfs »gemeinschaftlicher Freiheitsberaubung in Tateinheit mit Nötigung, Körperverletzung und Giftbeibringung zum Nachteil des geschädigten Zeugen Heinz Eggert« eingestellt worden, erst vor einem halben Jahr aber hat – wie jetzt bekannt geworden ist (s. »ND« v. 6.3.95) – die 27. Zivilkammer des Landgerichts Berlin entschieden, daß »Super« durch »überschießende Berichterstattung«, genauer: dadurch, daß das Blatt die »Behauptungen« Eggerts »als feststehende Tatsache hingestellt« und sich »zu eigen gemacht« habe, obwohl diese »bloße Beschuldigungen und Verdächtigungen« gewesen seien, dem Arzt mutwillig geschadet hat. Das Gericht, das nicht gegen Eggert zu verhandeln hatte, spricht gleichwohl von einer »durch die vom sächsischen Innenminister zwei Tage zuvor erhobenen Vorwürfe entstandenen Rufschädigung« Wolfs, die durch den »Vernichtungsjournalismus« des Burda-Blattes lediglich »deutlich vertieft worden« sei. Im übrigen kann es nach Meinung des Gerichts »dahingestellt bleiben, ob ein Minister stets als zuverlässige Erkenntnisquelle anzusehen ist«.

Keiner kann sich größere Sorgen machen, ob die Linken denn auch gut genug gerüstet seien für die allfällige Revolution, als das Feuilleton der »Frankfurter Allgemeinen«. Noch heute hängen seine Redakteure »der Erinnerung an die goldenen Mittsiebziger« nach, »als jedes Studium mit soliden Marxismus-Leninismus-Kursen begann«. Wie hat die »FAZ« damals um deren Erhalt und Ausbau gekämpft! Umsonst:

Was die Ost-Marxisten nach der Wende vorfanden, waren nicht einmal Reste der einst theoriestolzen akademischen West-Linken. Es sind nur die Nickelbrillen geblieben. Hinter ihnen flackern heute die Augen der Heiligen, der Verrückten, der Propheten. Die marxistische Rationalität stößt im Westen nur mehr auf Gefühlssozialisten, Gnostiker und Manichäer, und wenn diese von den »Herrschenden« sprechen, dann mit dem Haß der Herzen und nicht nach einer historischen Analyse objektiver Parteiungen im Klassenkampf.

Ach, was es doch auf der Welt und selbst in der »FAZ« noch alles gibt!

Nichts illustriert die seelische Milieufremdheit besser als der publizistische Streit, der zwischen dem »Neuen Deutschland« und der »Jungen Welt« um das Gedenken an die Opfer von Dresden entbrannt ist.

Hat da wer die historische Analyse objektiver Parteiungen des Klassenkampfes vernachlässigt? Irgendwie schon:

Die Position der »Jungen Welt«, die bekanntlich von dem Uralt-Westlinken Gremliza beherrscht wird, lautet schlicht: Es darf kein Gedenken geben. Deutsche waren und sind niemals Opfer. Sie bleiben Täter immerdar. Von dieser undialektischen, unpolitischen, bürgerliche Moral hypostasierenden Haltung führt keine denkbare Brücke mehr zu der marxistischen Frage nach realen historischen Interessen- und Machtlagen.

Marxismus-Leninismus, Klassenanalyse, Dialektik – kein Preis ist dem Feuilleton der »FAZ« 50 Jahre danach zu hoch, der geeignet scheint, durch die Konfrontation von kapitalistisch-angloamerikanischen Bomben und sächsischem Proletariat den Tätern doch noch Opferstatus anzudichten. Immer noch besser Lenin als Leute mit flackernden Augen hinter Nickelbrillen, die übertriebenen bürgerlichen Moralvorstellungen anhängen. Interessant.

Hinweis für Veranstalter: Hermann L. Gremliza geht vom 18. Mai bis 9. Juni 1995 mit dem Buch *Ganghofer im Wunderland – 73 Absagen an die herrschende Meinung* (erschienen Ende 1994) und anderen veröffentlichten und unveröffentlichten Texten auf Lesereise. Interessenten mögen sich zur Klärung der Konditionen und offenen Termine bitte wenden an: Tel. 040 / 430 22 23; Telefax 040 / 430 22 11.

Öffentlicher Jour Fixe für Leserin-nen und Leser von KONKRET. Termin: 31.3., 15 Uhr. Ort: Redaktion (Schulterblatt 58c, 20357 Hamburg).

Konkret 04/95, S. 6

an konkret

Unfaire Polemik

KONKRET 3/95: »Wahl der Waffen« von Ingrid Strobl

Ingrid Strobl empfiehlt, »darüber nachzudenken, wie es möglich ist, daß einer wie Hrdlicka sich so verhalt, wie er sich verhält«. Ja, warum wohl tut er das? Weil er sich für einen Querdenker hält? Weil er sich gerade mal wieder langweilt? Aus Gründen der Publizität? Je schwachsinniger nämlich die Statements, desto eifriger werden sie vom Feuilleton aufgegriffen. Wie zuletzt bei Castorf, der sich »Stahlgewitter« wünschte.

Ganz gleich aber, was Hrdlickas Motiv gewesen sein mag, bei einem, der dumm ist, wird auch langes Nachdenken nicht viel mehr an den Tag bringen als seine Dummheit. Hrdlicka hat keine Gelegenheit ausgelassen, das sowohl im »ND« als auch in der »FR« (»daß es Rassen gibt, ist doch evident«) unter Beweis zu stellen. Leichte Beute also für Broder und Strobl, die in ihm einen »linken Nazi« bzw. einen linken Antisemiten entdeckt haben.

Hrdlicka behauptet, er sei Kommunist. Das ist eine Lüge, für die die Kommunisten, sollte es noch welche geben, nicht haftbar gemacht werden können. Aber gerade wegen dieser Sippenhaftung verteidigt Broder das von »Kommunisten« wie Hrdlicka bedrohte Vaterland: »Die Frage wäre müßig und keine Erörterung wert, stünde Hrdlicka nur für Hrdlicka und nicht für ein ganzes Milieu, das mit seiner eigenen Lebenslüge konfrontiert wird und damit nicht fertig wird.«

Weil Broder sich aber mit einem harmlosen Trottel angelegt hat, blieb die Debatte letztlich eine Feuilletondebatte, und wichtig an ihr war nicht der hirnlose Quatsch, den Hrdlicka daherredete, sondern Broders Anschleimen ans schöne neue Deutschland - wo der's doch einmal besser wußte. Beispielsweise in seinem Buch Der ewige Antisemit, aus dem auch Strobl hätte lernen können, was es mit dem Antisemitismus der Linken wirklich auf sich hat.

Rudolf Burger hat darauf aufmerksam gemacht, wie nahe sich Broder, Biermann und Hrdlicka eigentlich stehen. Zu diesem Kreis gesellt sich nun auch Strobl mit ihrem garantiert argumentfreien Text, in dem sie darüber entsetzt ist, daß ein »prominenter Linker sich antisemitisch äußert«. Möglicherweise, weil sie früher selbst einmal ähnlich drauf war, ist sie auf Hrdlicka besonders schlecht zu sprechen, denn in seinen Äußerungen guckt sie ihre eigene Vergangenheit an. Inzwischen ist sie unheilbar gesund, und deshalb ruft Hrdlicka bei ihr keinen Gedanken, sondern nur einen Reflex hervor. Sie vergißt, daß im Unterschied zu ihrer aktiven Zeit bei »Emma«, als sie im Geiste der Nürnberger Gesetze die redaktionelle Entscheidung, einer Kollegin Kontaktsperre mit dem »militanten Juden« H.M. Broder zu erteilen, mittrug, Hrdlicka nur für sich selbst spricht.

Im Wiener Wochenmagazin »Profil« vom 20.2.95 wurden einige Intellektuelle zur Diskussion über die Morde an den Roma in Oberwart geladen. Neben Ingrid Strobl unter anderem auch Rudolf Burger, dem sie in ihrer Erwiderung in KONKRET vorwirft, Hrdlicka in Schutz genommen zu haben. In einigen knappen Sätzen erläutert Burger, was das Problem bei Strobl ist: »Sie haben Gesten der Betroffenheit gefordert. Dazu möchte ich folgendes sagen: Ich bin nicht betroffen, das ist eine Heuchelei. Betroffen sind jetzt Roma. Betroffen sind, fürchte ich, immer wieder Juden. In diesem Sinne bin ich nicht betroffen. Ich bin beunruhigt, und mir ekelt vor solchen Dingen. Aber wir sind hier, um über Mechanismen zu reden, nicht, um uns gegenseitig zu versichern, daß uns das, was passiert ist, schmerzt.« Daraufhin Strobl: »Das ist eine unfaire Polemik.« Wird wohl so sein.

Klaus Bittermann

Berlin

Ja, es ist wahr, wir alle haben mehr oder weniger von jenem dumpfen Antisemitismus in uns, den Ingrid Strobl glaubt, bei Hrdlicka offenlegen zu müssen. Folgen nun Betroffenheit, Reue, Einkehr, das nicht zu Denkende gedacht zu haben, also unbrauchbare religiöse Gefühle? Oder in Kenntnis der eigenen Abgründe und Möglichkeiten der Impuls, sie rational zu kontrollieren, zu bekämpfen? Was Ingrid Strobl tut, ist unverzeihlich: Sie psychologisiert den rationalen und künstlerischen Impuls Hrdlickas. Sein Denkmal, so unterstellt sie, folgt jenem dumpfen Antisemitismus, der mit der Darstellung der Erniedrigung diese fortzuschreiben sucht. Ohne die Darstellung zu würdigen, soviel immerhin: Auf einem der wichtigsten Plätze Wiens die Schande der Mehrheit sichtbar werden zu lassen, ist Hrdlickas Verdienst.

Ingrid Strobls ästhetische Argumentation gleicht der des deutschen Offiziers, der Picasso angesichts des Guernica-Bildes fragte, ob er das gemacht habe. Die Antwort Picassos ist bekannt: Nein, Sie haben das gemacht.

Christoph Krämer

Hamburg

Geballte Dummheit

Konkret 3/95: »Gute Arbeit« von Peter Hetzler

Leider ähnelt die Berichterstattung über neonazistische Strukturen oft der über Jugoslawien, basiert also auf Gerüchten und unzureichenden Recherchen. Der Artikel Hetzlers erschien denn auch sofort vollständig in dem im Artikel erwähnten Thule-Netz, das sich – in diesem Fall zu Recht – über die Fehlinformationen lustig machen konnte:

Empfänger: T/ANTI-ANTIFA/ALLG (Alle)

Absender: Karl Valentin 90:900/80.3 (Kraftwerk BBS, Nordbayern)

Betreff: Konkrete Märchen über Einblick und Thule

*Datum :So 05.03.95, 00:00 (erhalten **.**.**)*

Groesse: 8606 Bytes

Software: XP 3.0/ CrossPoint v3.0

Der Weiterleiter schreibt – wie alle in diesem Netz in der Regel unverschlüsselt – allerdings unter Pseudonym. Einige Pseudonyme von Betreibern wie Thomas Hetzer, Kai Dalek, Andre Völkel, Jürgen Jost usw. sind allerdings genauso ein offenes Geheimnis wie, daß sich hinter dem Pseudonym »Zeus«(!) Herr Deckert (Weinheim) verbirgt, der offensichtlich zu viele Schuldgefühle hat und sich ins Gefängnis schreiben und reden möchte, um sein Strafbedürfnis befriedigen zu können.

Zum Artikel: »Auf der Festplatte von Daleks PC«, so Hetzler, »waren alle Mailboxen, die in das Thule-Netzwerk integriert sind (über das Neonazis beispielsweise Adressen von Linken abrufen können), gespeichert. Weil es dem BKA zu mühselig war, die Verschlüsselung zu knacken, wurde sie größtenteils unausgewertet zurückgegeben. Angeblich _nicht verfahrensrelevant – obwohl im Rahmen eines anderen Neonazi-Verfahrens Teile der _Einblick -Adressen in einer Thule-Mailbox gefunden worden waren. Vergleiche mit Daleks Mailboxen unterblieben.«

Eine Mailbox ist ein Computer, der über ein Modem ans Telefonnetz angeschlossen ist und von jedem anrufbar ist, daher kann sie sich nicht vereint mit anderen auf einer Festplatte befinden. Dalek ist einer der Betreiber der Mailboxen im Thule-Netz. Zwar werden hin und wieder Adressen von Linken veröffentlicht, oder es wird zum Telefon- oder Faxterror aufgerufen, aber abrufbar sind die Adressen nicht, weil die Betreiber ständig mit Hausdurchsuchungen rechnen. Die Justiz ist auch das einzige, was die Burschen – leider oft zu Unrecht – fürchten. Daß fleißig Adressen gesammelt werden, ist allerdings offenkundig.

Auch die Anweisungen, wie man sich im Falle eines Falles zu verhalten hat, befinden sich in der Datenbank – daraus besteht ein Mailboxsystem im wesentlichen – des Netzes. Die Verschlüsselung betrifft nur private Post und ist auch in unpolitischen Mailboxen üblich, so wie man auch Briefe in verschlossenen Umschlägen verschickt. Sofern – was nur zeitweilig geschah – öffentliche Nachrichten pgp-verschlüsselt wurden, wäre die Entschlüsselung auch für das BKA kein Problem gewesen, weil sich die Schlüssel für die Entschlüsselung auch auf der Festplatte befinden. Man muß nur einen Fachmann konsultieren, der diese anhand der Dateinamen erkennt.

Ansonsten ist das Thule-System mehr für Psychiater und Soziologen interessant, die einfach und billig an Material für ihre Studien kommen möchten.

Martin Blumentritt

Frankfurt

Konkret 04/95, S. 9

Hermann L. Gremliza

Ein Kreuz wird kommen

Eine amerikanische Jüdin, zum ersten Mal in Deutschland, geht durch die Straßen der Hamburger Innenstadt. Sie fühlt sich sie weiß nicht wie, unvergleichlich anders als je zuvor in einer anderen großen Stadt, bis plötzlich, wie ein Hieb, die Wahrnehmung sie fällt: Hier leben keine Juden. Nicht irgendwie psychologisch-philosophisch-historisch-ideologisch, was seine kreuz- und querdenkenden Köpfe gerne einräumen, sondern selbstverständlich und ganz praktisch ist Deutschland heute, wozu die Deutschen zwischen 1933 und 1945 es gemacht haben: judenfrei.

In diesem judenfreien Land wohnen einige wenige Juden, die überlebt haben, und einige, die zurückgekehrt sind. »Mitglieder der jüdischen Gemeinschaft« nennt sie ein Schriftsteller, der sich selber zu ihnen zählt. Wer ist ihr Mitglied? Es kann, will man nicht rassistisch wie die Verfolger oder religiös (kultisch/kulturell) und völkisch (ethnisch) wie die Verfolgten verfahren, keine andere Zählung geben als diese: Jude ist, wer eines antisemitischen Pogroms Opfer würde.

Wie ein Jude in einem Land, das sich von seinen Juden *befreit* hat, lebt? Die Mitglieder jüdischer Gemeinden und die anderen paar tausend Menschen, die unter die Nürnberger Gesetze paßten, geben stumm die Antwort des Bohemien Rudolf: E come vivo? Vivo. Sie leben. Die Intellektuellen der jüdischen Gemeinschaft aber, die Schriftsteller, die Journalisten und Professoren, deren Beruf das Reden und Schreiben ist, und die sich nach vielen Jahren ängstlicher Diskretion, in denen die Generation der Täter das Staats- und Stadtbild prägte, endlich als Juden outen, ja die seit ein paar Jahren darauf zu bestehen scheinen, die Angabe deutsch-jüdischer Schriftsteller, jüdisch-deutscher Autor, Historiker usw. unter jede ihrer Veröffentlichungen zu setzen?

Sie haben sich in die vorderste Front des Kampfs der Deutschen um ihre nationale Wiedergutmachung geredet und geschrieben. Ihr Einsatz bei der Bewältigung der allerjüngsten deutschen Vergangenheit ist vorbildlich. Feuriger geht keiner gegen die Verbrechen vor, die der Totalitarismus, der Stalinismus, der Realsozialismus an Deutschen und Deutschland begangen hat. Auf die Aktensammler des Ministeriums für Staatssicherheit stürzen sie sich, als wollten sie an ihnen rächen, was ihren Eltern von denen angetan worden ist, an denen Rache zu nehmen keinem erlaubt war, der 1945 ff als Jude im judenfreien Land leben wollte. (Gab es einen Protest jüdischer Schriftsteller gegen die Wahl des ranghöchsten SS-Führers im Reichsprotektorat Böhmen und Mähren zum Präsidenten des Bundesverbands der Deutschen Industrie Mitte der siebziger Jahre? Nicht erinnerlich.)

Die Zahl antisemitischer Reden und Anschläge in diesem judenfreien Land ist seit 1989 stetig gestiegen. Im gleichen Umfang zugenommen haben zur gleichen Zeit Beschwichtigungen und Ergebenheitsadressen jüdischer Intellektueller an dieses Land und seine Leute. Die paar Nazis, sagt Ignatz Bubis, der an anderem Ort durchaus anderes gesagt hat, in der nationalen Werbeserie »Wir für Deutschland«, seien ein Haar in der Suppe, die Suppe selber, Deutschland, schmecke ihm gut.

Sie schließen sich dem deutschen Vaterland an, nicht obwohl sie die Gefahr spüren, die aus ihm wächst, sondern weil sie die Gefahr spüren. Wer, scheint das Motiv des Gedankens oder Reflexes zu lauten, wer hätte mich und die Meinen einst vor dem Transport nach Auschwitz bewahren können? Die Kommunisten, die Antifaschisten, der Thälmann, der Ossietzky? Die saßen selber in den Lagern. Himmler ja. Er hat es nicht getan, hätte es nie getan, aber er hätte es tun können. Wer Jude ist, bestimme ich, hat sein Komplize Goebbels gesagt. Wer vernichten kann, kann auch verschonen.

Wenn heute Juden per Post mit Mord und Totschlag bedroht werden, zweifelt keiner, daß die Autoren der Briefe weder Abonnenten dieser Zeitschrift noch Wähler der Grünen oder der PDS sind, sondern ordentliche Leser von Bürgerblättern, von »Bild« oder »Focus«, und Wähler von Regierungsparteien. Doch allein die Bourgeoisie und ihre Staatsmacht können die Panzerscheiben und die Polizeibeamten stellen, hinter denen die Bedrohten Schutz finden. Daß die Polizei, die heute die Synagoge bewacht, sie morgen auch vorm Eingreifen der Feuerwehr zu schützen vermag, gehört zur Geschichte.

Wir für Deutschland! Damit Deutschland vielleicht einmal nicht gegen uns sei? Und je aggressiver das judenfreie Land nach der Weltmacht greift, desto verzweifelter scheinen jüdische Intellektuelle sich ihm anzubieten. Wer taugte besser zur Tilgung der braunen Vergangenheit durch die rote? Es braucht einen, und er findet sich, dessen Vater in Auschwitz ermordet wurde, um über einen realsozialistischen Kulturfunktionär zu sagen, er habe an seinem Schreibtisch den Vater ein zweites (im Fall dieses Sängers: ein drittes, viertes oder fünfzigstes) Mal umgebracht. Unschätzbar das Verdienst (ein Kreuz wird kommen), wenn einer, dessen Familie von der ordentlichen deutschen Wehrmacht durch halb Europa der SS zur Vernichtung zugetrieben wurde, deutsche Soldaten in ganz Europa und überall auf der Welt kämpfen sehen will.

Macht einer auf den Vorgang aufmerksam, ist er ein linker Antisemit. Linker Antisemitismus, den es gibt, ist der schändlichste Verrat an der bürgerlichen wie der proletarischen Revolution. Und er ist eine der dreistesten Propagandanummern der jüngsten Konterrevolution zugleich. Tausend Ströbeles mit ihrem Antizionismus machen noch

keinen halben Pater Streithofen, der den Kanzler berät und die Juden mit rassistischen Reden verfolgt. Jeder dritte Deutsche fände es nicht gut, einen Juden zum Nachbarn zu haben, darunter, ich wette, nicht ein Abonnent der von Broder als antisemitisch entlarvten Zeitschrift KONKRET, aber zigtausende Leser des »Spiegel«, dem der Entlarver seine Arbeiten hinterherträgt, obwohl das Magazin in einer Titelgeschichte über Gregor Gysi alle antisemitischen Klischees reproduziert hat, die dem deutschen Skatbruder gegen den *jüdischen Winkeladvokaten* vielleicht noch nicht eingefallen waren. Und Broder wie Gysi nehmen jede Aufforderung zum Tanz um den Stammtisch dankbar an. Wiederum nicht: obwohl. Sondern: weil.

Das Gerede (nicht das Bewußtsein) vom linken Antisemitismus soll das judenfreie Deutschland seinen Juden verpflichten und zugleich deren Gewissen über die Anbiederung an die nicht nur rechtlichen Nachfolger ihrer Verfolger beruhigen. Anders als einst, da die nationalen Juden, die sich mit den Orden aus dem Ersten Weltkrieg um Aufnahme in die SA bewarben, verprügelt und ins nächste Lager verfrachtet wurden, könnte das Angebot im judenfreien Land Erfolg haben. Nicht zuerst weil selbst deutschen Antisemiten antisemitische Pogrome bei so wenig jüdischer Masse etwas übertrieben erscheinen könnten, sondern weil der unglücklich in den Blitzkrieg verliebte Deutsche schon anläßlich des siegreichen Sechstagekriegs der Israeli darüber räsoniert hat, daß damals in Stalingrad unsere Welt nicht untergegangen wäre, wenn wir unsere Juden dabeigehabt hätten.

»Die Globalisierung der deutschen Außenpolitik wird unvermeidlich sein... Wir müssen bereit sein, militärische Macht einzusetzen... Es muß anerkannt werden, daß für die Wahrung nationaler Interessen das Scheckbuch nicht reicht, sondern daß möglicherweise auch einmal der Einsatz von Leib und Leben gefordert ist. Dazu gehört aber auch, daß es in Fragen von nationaler Bedeutung kein parteipolitisches Klein-Klein geben darf und daß darüber hinaus nicht nach Kassenlage, nach dem politischen Meinungsbarometer, auf Parteitagen oder durch Gerichte entschieden werden kann.« So kündigt der Bundespräsident den nächsten Griff der Deutschen zur Weltmacht an. Es ist jener Roman Herzog, der »sich innerhalb der jüdischen Gemeinschaft Deutschlands mit (seinen) Auftritten in Warschau und Israel große Sympathien erworben« hat (Ralph Giordano).

Diesmal haben sie ihre Juden dabei.

Konkret 04/95, S. 10

Herrschaftszeiten

Tauglichkeit I

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) hat ihren »Weltbeschäftigungsreport« veröffentlicht. Danach sind zur Zeit weltweit etwa 820 Millionen Menschen arbeitslos oder unterbeschäftigt. Das entspreche einer globalen Arbeitslosenquote von 30 Prozent und markiere »die schlimmste Beschäftigungskrise seit der großen Depression der 30er Jahre«, stellt die ILO fest. Nur eine »konzertierte Aktion aller Länder« könne ein Desaster noch abwenden, erklärte der ILO-Generaldirektor Michel Hansenne bei der Vorstellung des Reports in Genf.

Tauglichkeit II

Manche gehen da bereits mit gutem Beispiel voran: Die »Welt« berichtet (am 11.3.95) vom »Arbeits-Alltag im Arbeitsamt von Darwin«/Australien:

Sieben junge Langzeit-Erwerbslose nehmen an einem Kursus teil, in dem ihre Fähigkeiten zur Kommunikation und Entscheidung getestet werden sollen. Vom Ergebnis hängt die Fortzahlung des Arbeitslosengeldes ab. Im Auftrag des australischen Arbeitsministeriums in Canberra führt das Privatunternehmen Concept Training and Management den Test durch. Sein Inhaber Colin Keily stellt den Teilnehmern ihre Aufgabe: Nach dem Ausbruch eines Atomkriegs haben 15 Menschen in einem Bergwerksstollen Zuflucht gefunden. Es sind fünf Männer, sechs Frauen und vier Kinder – unter ihnen eine kinderlose Vietnamesin mit Ingenieur-Diplom, eine alleinstehende 33jährige Katholikin, eine australische Lehrerin mit ihrer Tochter und eine 23jährige Krankenschwester aus Neuseeland. Das Problem: Wasser und Lebensmittel reichen bis zum Zeitpunkt, an dem die Gruppe den Bergwerksstollen verlassen kann, nur für sieben der 15 Menschen. Die Teilnehmer des arbeitsamtlichen Tauglichkeitskurses sollen nun eine monströse Entscheidung treffen. Damit sieben der 15 Eingeschlossenen überleben können, sollen sie bestimmen, welche acht von ihnen liquidiert werden müssen.

Lehrgangsleiter Colin Keily stellt den Kurs vor die Frage: »Wer also ist wert zu überleben und wer nicht?« Keily teilt die Teilnehmer in zwei Gruppen und schärft ihnen ein: Die Entscheidung muß in jeder Gruppe einstimmig erfolgen. Dieses »Spiel« mit dem Tod veranstaltet Colin Keily im Auftrag des Arbeitsministeriums bereits seit zwei Jahren. Bisher scheinen alle Kursus-Teilnehmer die theoretischen Liquidationen ohne Protest exekutiert zu haben.

Was bleibt ihnen in einem Ort namens Darwin auch anderes übrig?

Tauglichkeit III

Derweil exekutieren die russischen Langzeitarbeitslosen längst nicht mehr bloß theoretisch, sondern gleich praktisch, und zwar sich selbst. Am gleichen Tag, an dem die »Welt« vom Überlebenstraining in Australien berichtet, verbreitet die »Taz« eine Meldung von AFP (London):

Der starke Alkoholkonsum in Rußland ist dafür verantwortlich, daß die Lebenserwartung der Männer zwischen 1987 und 1993 um fast sechs Jahre gesunken ist. Die der dortigen Frauen verringerte sich lediglich um zwei Jahre, weil Alkoholismus bei Männern viermal häufiger vorkommt. Das geht aus einer Studie der Universität von Wales hervor. Während die Lebenserwartung der Russen 1987 noch bei 64,9 Jahren gelegen hatte, betrug sie 1993 nur noch 59 Jahre. Der Pro-Kopf-Konsum stieg von 10,7 Liter reinem Alkohol 1987 auf 14 Liter 1992 – globale Spitzenposition. ... Während 1987 117.000 Russen an Alkoholvergiftung starben, waren es 1992 bereits 262.000.

Bleibt nachzutragen, daß sich im Rußland Gorbatschows und Jelzins auch die Kindersterblichkeit mehr als verdoppelt hat. Nach Auskunft des Washingtoner Büros für demographische Studien starben in der alten Sowjetunion 14 von 1.000 Neugeborenen. Heute sind es 30.

Tauglichkeit IV

Nicht nur Langzeitarbeitslose müssen zeigen, zu was sie in der Lage sind. Auch wer einen Job hat, sieht sich mitunter aufgefordert, seinen guten Willen und seine Fähigkeiten unter Beweis zu stellen. Wie die Mitglieder der mexikanischen Regierung beispielsweise, denen ihreUS-amerikanischen Geld- und Auftraggeber deutlich machten, was sie unter einem sauberen Hinterhof verstehen.

In einer Mexiko-Analyse der Chase-Manhattan-Bank werden die Indio-Unruhen im Bundesstaat Chiapas als Hauptproblem für das Vertrauen ausländischer Kreditgeber und Investoren in die Sekurität ihrer Anlagen bezeichnet. Der Autor der

Analyse, Chase-Berater und US-Professor Riordan Roett, ist zwar der Meinung, daß Chiapas die politische Stabilität Mexikos nicht ernsthaft gefährde, hält den gegenwärtigen Zustand gleichwohl aber für unannehmbar. Schlußfolgerung des Papiers der »Chase Ermerging Markets Group« vom 13. Januar 95: »Die Regierung (von Mexiko) wird die Zapatisten eliminieren müssen, um ihre effektive Kontrolle über ihr Staatsgebiet und die Sicherheitslage zu demonstrieren.«

Zur Vorbereitung auf diese Aufgabe bietet das Arbeitsamt von Darwin/Australien Trainingskurse an.

Antifa in USA

Mab Segrest: Memoir of a Race Traitor. Boston 1994 (South End Press), 274 S., 15 Dollar

Die »weiße Rasse« ist – wie alle anderen »Rassen« – ein soziales Konstrukt, ein Produkt ungleicher Macht- und Ausbeutungsverhältnisse. Deswegen kann sie auch wieder dekonstruiert werden. »Der Ku-Klux-Klan weiß von dieser Möglichkeit und bezeichnet deswegen diejenigen Weißen, die sich von dieser (rassistischen) Geschichte lossagen, als white niggers, race traitors und nigger lovers.« Mab Segrest ist eine solche »Verräterin an ihrer Rasse«, und das gleich mehrfach. Im US-Bundesstaat North Carolina, der Heimat verschiedener Ku-Klux-Klan-Gruppen, der neonazistischen White Patriot Party und des rechtsradikalen US-Senators Jesse Helms, leitete sie jahrelang die angesehene antifaschistische Organisation North Carolinians Against Racial and Religious Violence. Und dann ist sie auch noch Lesbe.

Da nützt ihr auch ein piekfeiner Stammbaum nichts mehr, der sich bis zu ersten englischen Siedlern in den nordamerikanischen Kolonien zurückverfolgen läßt. Ihre Großväter und Urgroßväter waren Richter, Sheriffs und Kongreßabgeordnete, verkörperten den rassistischen Staatsterror in den US-Südstaaten. In ihrer Autobiographie beschreibt Segrest (Jahrgang 1949) ihre Loslösung von ihrem reaktionären Elternhaus – eine ständige Konfrontation mit den gesellschaftlichen Normen des weißen Südens, mit Rassismus, Sexismus und Homophobie. Ihre christliche Schwester untersagt Segrest den Kontakt mit ihren Nichten, der Ku-Klux-Klan schickt Morddrohungen.

Jenseits des »Verrats« am rassistisch-homophoben Verhaltenskodex wartet jedoch nicht das Paradies: Immer wieder stößt Segrest auch in der Schwulen- und Lesbenbewegung auf unverhohlene Rassismen, und als sie unterwegs ist, um den »White Patriots« auf die Spur zu kommen, die in Shelby (North Carolina) drei schwule Männer ermordeten, zögert sie, sich in den schwarzen Kirchengemeinden (den einzigen, die ihr nicht gleich die Tür zuschlagen) als Lesbe erkennen zu geben.

Shelby liegt keine 50 Kilometer von Spartanburg (South Carolina) entfernt, wo BMW derzeit ein neues Billiglohn-Automobilwerk errichtet. Die Region zählt zu den Armenhäusern der USA, der gewerkschaftliche Organisationsgrad geht gegen Null – auch ein Resultat von rassistischen Spaltungen zwischen weißen, schwarzen und roten (indianischen) Lohnabhängigen. Freilich sind solche Spaltungen nicht unüberwindlich. In ihrer Antifa-Arbeit hat Segrest oft genug dazu beigetragen, »multirassische« Allianzen gegen rechtsradikalen (und staatlichen) Terror zu schmieden – trotz vieler Fehler und interner Konflikte, die sie nicht verschweigt. Etwas mehr theoretische Reflektion hätte dem Buch zwar nichts geschadet, aber wer einen Einblick in praktische antirassistische Arbeit in der US-Provinz gewinnen will, ist bei Segrest an der richtigen Adresse.

Michael Hahn

»Mein größter Fehler war, daß ich in Deutschland Asyl beantragt habe.«

Abijou T., abgelehnter äthiopischer Asylbewerber, nach sechsmonatiger Abschiebehaft in der Justizvollzugsanstalt Würzburg

»Der Fall ist für uns ein Rätsel.«

Reinhardt Vogl, Direktor der Justizvollzugsanstalt Würzburg, zum Selbstmord des Abschiebehäftlings Abijou T.

Konkret 04/95, S. 12

Kurt Hübner

Die Neuen Derivativen

Ist das Finanzkapital auf dem Trip? Treiben computerversierte Spekulanten das globale Geldsystem in den Ruin? Die Pleite der Baring-Bank und die Einbrüche auf dem internationalen Währungsmarkt bieten allerhand Stoff für die Entfaltung endgültiger Untergangsszenarien

Ein Aufsteiger aus der englischen Underclass hat für Aufsehen gesorgt. Mit einigen computergestützten Future-Transaktionen, also bemerkenswert wenig Arbeitsaufwand, ist es ihm gelungen, eine zwar kleine, aber feine britische Traditionsbank in den Konkurs zu stürzen: Auf mehr als zwei Milliarden Mark haben sich die bislang bekanntgewordenen Verluste aus dem fernöstlichen Derivatenhandel des Nicholas Leeson aufgetürmt. Kein Grund allerdings für eine niederländische Bankengruppe, sich das Baring-Schnäppchen entgehen zu lassen, schließlich können über die dadurch möglichen Verlustabschreibungen umgehend fällige Steuern für Profite aus anderen Finanzoperationen eingespart und darüber hinaus ein famoses internationales Filialnetz erworben werden.

Beinhart ging es zur gleichen Zeit auf den internationalen Devisenbörsen zu. Die global engagierten Geldvermögensbesitzer sowie ihre Verwalter und Trader stellten mal wieder die Vertrauensfrage. Gewogen und zu leicht befunden wurden der US-amerikanische Dollar, der mexikanische Peso, die italienische Lira, die spanische Peseta, der französische Franc, das britische Pfund und andere Gelder des Europäischen Währungssystems. Der mexikanische Währungs-Knockout wiederum trieb die neue brasilianische Regierung unter Führung des ehemaligen Dependenztheoretikers Cardoso zu einer Revision ihres Wechselkursregimes, das nun eine schnellere Abwertung des brasilianischen Real ermöglicht – gleichsam eine antizipative Reaktion auf kommende Schockwellen für das lateinamerikanische Schwellenland auf der Kippe, die von dem von Devisenhändlern argwöhnisch beobachteten Argentinien ausgehen könnten. Sichere Häfen für die globalen Vermögensdisponenten wurden vor allem die D-Mark, der japanische Yen und der Schweizer Franken. Insbesondere mit Blick auf die Bundesrepublik ist der nächste Schwung auf dem internationalen Karussell damit schon vorprogrammiert, muß die D-Mark heute doch als überbewertet gelten. Calls und Puts lauten dann die Devisen: Die nächsten Einsätze bitte, das Spiel geht weiter!

Ob und wie das Spiel weiter geht, darüber gab es auf den Wirtschafts- und Frontseiten der deutschen Printmedien ob der Baring-Pleite rege Spekulationen. Während Weltökonomen wie der »Zeit«-Herausgeber Helmut Schmidt warnend den Zeigefinger erhoben und nach mehr Regulierung und staatlicher Kontrolle ihres Erachtens höchst abgehobener und undurchsichtiger Finanzgeschäfte verlangten, fanden sich in Gazetten wie der »Tageszeitung« oder der vollendet bäckerblumigen »Wochenpost« eifernde Lobeshymnen auf den Markt, dem es unter Zuhilfenahme seiner unbestechlichen Rationalität wieder mal gelungen sei, die Bösen von den Guten zu trennen und erneut Ordnung in das von Betrügern angerichtete Chaos zu bringen. Steht für den einen der Bestand des internationalen Finanzsystems und damit vielleicht sogar des globalen Kapitalismus auf dem Spiel, so sehen andere im globalen Handel mit Optionen, Swaps und derivativen Futures die Inkarnation marktwirtschaftlicher Vernunft, die weltweit das bessere Leben bringen wird.

Verstehen kann man die intellektuellen Wirrnisse der deutschen Wirtschaftsjournalisten und Leitartikler gut. Eignet sich doch das jugendliche handy-trendy Ambiente der Neuen Derivativen glänzend für allerlei Projektionen über die (Nicht-)Funktionsweise kapitalistischer Geld- und Marktwirtschaften: Seien es die zehntelsekundenschnellen Entscheidungen über flackernde Punkte auf Computerbildschirmen, selbst wiederum flüchtige Ausdrucksformen höchst komplizierter mathematischer Modelle, wie der »Spiegel« die neuen Arbeitswelten fixer Jungs beschreibt, oder seien es die phantastischen Einkünfte der jungen Trader, die in Luxuslofts, Porsches, kistenweise Champagner und jede Menge weißem Staub umgesetzt werden. Gemessen an den klassenkämpferischen Visionen eines revolutionären Umsturzes kapitalistischer Gesellschaften, die zur Hochzeit sozialistischer Phantasie in den Beletagen von Politik, medialer Öffentlichkeit und Gesellschaft Gänsehaut auszulösen vermochten, mag es heute als tröstlich empfunden werden, den eigenen Untergang als Opfer marktwirtschaftlicher Weißer-Kragen-Kriminalisierung erwarten zu dürfen. Umgekehrt scheint es der gleichfalls auf Jugendlichkeit getrimmten Journaille eine benedeite Vorstellung zu sein, aus dem im Sinne der Klassischen Politischen Ökonomie tugendsamen Wirken kleidsamer Fighter im Dschungel globaler Finanzmärkte eine Legitimation für das eigene Handy im Sportwagen oder auch die Teilhabe an den Spekulationen des kleinen Mannes beziehen zu können.

Nun zählen sowohl die Entwicklung von Untergangs- als auch von Ultrastabilitätsszenarien zu den beliebten Fingerübungen der denkenden wie schreibenden Zunft. Ein ultimativer Kommentar zur Leeson-Baring-Pleite und den Turbulenzen auf den internationalen Währungsmärkten wäre eigentlich von jenen geldwirtschaftlichen Katastrophentheoretikern zu erwarten, die, wie etwa Robert Kurz, schon seit langem mit dem schlichten Argument quantitativer Disproportionen realwirtschaftlicher und monetärer Aggregate hausieren gehen und damit beim katastrophenhungrigen vormals linken Publikum eine hohe Aufmerksamkeitspunktewertung erringen. Sozialpsychologisch ist das Bedürfnis nach solcherart Informationen höchst verständlich, kann damit doch zum einen der – fälschlicherweise

Marx zugeschriebene – tief verankerte Glauben andie selbstzerstörerischen Kräfte des Kapitalismus neue Nahrung erhalten und zum anderen vom eigenen revolutionären Versagen prima abgelenkt werden. Im konkre-ten Falle der konkreten Krisensituation geht dieses weitverbreitete Spengler-Bedürfnis eine innige Verbindung ein mit dem simplizistischen Geschichtsverständnis der Upperclass: Der Schurke ist ein – möglichst überehrgeiziger – Einzeltäter, der die Freiräume der offenen Gesellschaft und unregulierter Märkte verbrecherisch nutzt und damit alle dem Verderben weiht. Eine Geschichte, die geradezu nach einem Hollywood-Produzenten ruft. Futures auf die zu erwartenden Einspielergebnisse dürften bald gehandelt werden.

Produktionspolitisch sinnvoll wäre freilich ein auf Fortsetzungen angelegtes Drehbuch, sozusagen ein für die komplexen Finanzgeschäfte der mittneunziger Jahre eingerichtetes Dallas, das eines rhetorisch aufgemotzen J. R. bedürfte, um das Publikum unterhaltungswirksam in die Spielregeln derivativen Handelns einzuweihen. Der Phantasie wären dabei nur niedrige Grenzen gesetzt, dürfte die Realität globaler finanzieller Instabilitäten doch noch manche Purzelbäume schlagen: Die Unregierbarkeits-Story Italiens ist noch für die eine oder andere Lirakrise gut; auch der dräuende Präsidentschaftswahlkampf in Frankreich könnte noch für manche Franc-Talfahrt sorgen. Dramaturgisch interessant dürfte es allerdings erst werden, wenn schlitzäugige Yen-Japaner mit ihrer Weltmission in die Geschichte eingreifen. Leesons Singapur-Episode, die noch einen Dreh zulegen könnte, wenn die Auslieferung des Delinquenten ins Prügelstrafenland wider Erwarten doch noch geschehen sollte, wäre dann nur ein Hors d'oevre gewesen. Spitzeneinschaltquoten wären aber auch durch eine Zappatistenoffensive in Mexiko zu sichern, wenn etwa Kommandante Marcos die computerbestückten Hinterzimmer transnationaler Banken stürmt, um dem globalen Derivatenhandel den ultimativen Punch zu geben.

Kurt Hübner versuchte sich in KONKRET 4/94 an einer Wirtschaftsprognose

Konkret 04/95, S. 14

Jutta Ditfurth

Fischer's Friends

Schwarzgrüne Optionen? Aber was ist denn noch nicht schwarz an den Grünen? Ein Resümee von Jutta Ditfurth. Mit einem Blick auf die Bremer Verhältnisse nach dem Scheitern der Ampel-Koalition von Paul Tiefenbach (ab Seite 20)

Es ist so beliebt wie falsch, die schwarzgrüne Option, je nach Weltanschauung, entweder als besonders raffinierte oder besonders dumme Taktik einiger grüner Funktionäre hinzustellen. Denn seit der Gründung der Grünen 1980 gibt es Rechte in der Partei.

Bereits 1987 propagierten die baden-württembergischen Grünen »wechselnde Mehrheiten«. Das Bundesvorstandsmitglied Lukas Beckmann verlangte, sich auf »christliches und liberales Wählerpotential« auszurichten. Vor der Kommunalwahl in München 1988 sprach der CSU-Mann Stützle dann Klartext: »zu niedrige Geburtenrate bei den Deutschen«, gleichzeitig »hohe Vermehrungsrate bei Ausländern«. Zur Belohnung wählten ihn auch die Grünen zum Sozialreferenten und wurden mit dem Müllreferat bezahlt.

Die Grün-Alternative Liste (Galb) in Bischofsheim (Hessen) hat den »Taz«-Redakteur Klaus-Peter Klingelschmidt als Gemeindevorstandsmitglied, einen berüchtigten Realo-Hofberichterstatter und Feind aller Startbahngegnerinnen und -gegner. Der sagt, mit der »liberal-moderaten« CDU gebe es weit mehr Übereinstimmung als mit den »Betonköpfen« von der SPD. Im Kreistag von Ludwigshafen-Land (Kohls Wahlkreis) kooperieren die Grünen seit drei Jahren mit der CDU. Kurt Biedenkopf ist nicht unbedingt dagegen, und Werner Schulz (Bündnis 90/Grüne) träumt ohnehin von nichts anderem. In Heppenheim (Südhessen) haben CDU und Grüne Liste Heppenheim (GLH) eine Koalitionsvereinbarung geschlossen. In vielen Gemeinden Nordrhein-Westfalens gibt es schwarzgrüne Bündnisse.

Christian Wulff, CDU-Chef in Niedersachsen, ist dafür (»...kein Tabu mehr«) und Ole von Beust, der Hamburger CDU-Fraktionsvorsitzende, auch: »Das sind keine Latzhosenträger, sondern leistungswillige Leute.« Der Ludwigshafener Landrat Ernst Bartholomé (CDU) mag seinen grünen Stellvertreter Willi Tatge, und der schnurrt: »Gerade menschlich geht es wirklich gut.« Man hat sich geeinigt: Die CDU hetzt nicht mehr so laut gegen Ausländer, und die Grünen meckern nicht bei Abschiebungen. Manchmal sagen auch Klaus Töpfer und Rita Süssmuth Nettes über Grünschwarz und lassen dann die Zeilen eilig aus den Interviews streichen. Ralf Fücks (Ex-KBW) will »Lockerungsübungen« und nicht auf die SPD festgelegt sein.

Tom Koenigs, grüner Stadtkämmerer in Frankfurt am Main, läßt sich bei der »Sanierung« des städtischen Haushalts von einem zu diesem Zweck von der Deutschen Bank freigestellten Banker beraten. Dem Bayrischen Rundfunk erläuterte Koenigs sein »Geheimrezept für die Haushaltssanierung – Marktwirtschaft, Effizienz und Privatisierung«. Die Energieversorgung Frankfurts wurde für die nächsten 20 Jahre zu etwa 50 Prozent dem Atommulti Preag übertragen, ein Zwischenschritt hin zur Privatisierung der Stadtwerke, zur Unterwerfung der gesamten Energieversorgung unter die Interessen der Atommafia. Die durchgeführten und geplanten Kürzungen von Sozialleistungen und städtischen Stellen sowie Entlassungen und die Zwangsarbeit für Sozialhilfeberechtigte erwähnt Koenigs im Interview nicht so gern.

Die Deutschnationale Antje Vollmer schleimt Heiner Geißler an und stellt dessen Buch vor: »Es sei eine Ehre, dieses Buch vorzustellen. Der Mann habe keine Angst, fürchte die Isolation nicht, sei ›wirklich frei‹: ein ›waghalsiger Vordenker‹, ein ›Reformer‹.« Geißler sieht auch Risiken: »Das wird verwirrend für unsere Wähler und Mitglieder, die sind zum Teil noch nicht darauf vorbereitet.«

Die Bündnisgrünen haben eine familiäre Beziehung zu den herrschenden Verhältnissen. Antje Vollmer erzählt der »Bild«-Zeitung gerührt, Kohl denke, ›ach so sind sie, unsere (!) Grünen‹. Katholik Fischer freut sich: »Als wir Grünen 1990 aus dem Bundestag flogen, kamen sogar CSU-Leute zu mir und sagten: ›Um Gottes willen‹. Selbst die wollten den grünen Faktor nicht mehr missen.« Rezzo Schlauch, grüner MdB: »In Familien, wo die Eltern seit jeher CDU wählten, stehen die Kinder oft den Grünen nahe. Wenn das am Küchentisch zusammengeht, müßte es doch auch in der Politik funktionieren.«

Einige Jahre gelang es den damaligen Linken, den grünschwarzbraunen Flügel zu marginalisieren, Gruhl und Springmann wurden rauskatapultiert, die Anhängerinnen und Anhänger des antisemitischen, sozialdarwinistischen Silvio Gesell um Georg Otto (Niedersachsen) blieben unbedeutend bis zur Lächerlichkeit. Die baden-württembergische Fraktion der grünen CDU-Freunde um Fritz Kuhn, Winfried Kretschmann und Rezzo Schlauch quälte vorwiegend die linken Grünen im eigenen Landesverband.

Die Wende kam, als die mit der Frankfurter Sozialdemokratie traditionell korrupt verbundenen Frankfurter »Spontis« um Joseph Maria Fischer in die Grünen eintraten. Gebeutelt vom vergeblichen Warten auf den revolutionären Kampf, blamiert durch Schwärmereien für die fundamentalistisch-religiöse Erhebung Khomeinys im Iran, gelangweilt vom Wohngemeinschaftsleben, vom Kinderzeugen und -aufziehen brauchte man ein Projekt, mit dem was herzumachen war

und das die Altersreproduktion auf hohem Niveau sicherte. Bündnispartner zur Vertreibung der inhaltlich so sturen Ökosozialistinnen und Radikalökologen wurden verschiedene, zersplitterte rechte grüne Gruppen.

Kenntnisarme Kommentatoren der Grünen unterstellen heute gern, daß Fischer die Partei steuere. So täuschen die Bilder in einer Mediengesellschaft gelegentlich, und die herrschenden Medien sich auch selbst. Tatsache ist: Fischer hechelt den sich nach rechts verschiebenden grünen Mehrheiten hinterher, die er selbst zu produzieren half. Seine gesellschaftliche Bedeutung hängt (noch) daran.

Für die Grünen ist schwarzgrün längst eine *inhaltliche* Option. Ökologische Poltik wurde von allem Antikapitalismus gereinigt und getrenntsammelnd entsorgt. Was interessiert noch ausbeutende, entfremdende und naturvernichtende Produktion? Massive Defizite in der sozialen Frage brachten die Bündnisgrünen der CDU näher, darunter ein bündnisgrüner Begriff von Individualität, der soziale Solidarität ausschließt: Daß eine grüne Bürgermeisterin in Tübingen öffentliche Plätze von Wohnsitzlosen säubert, daß in Hessen und Frankfurt unter rotgrünen Regierungen brutale Abschiebungen stattfinden und Sozialhilfeberechtigte zwangsarbeiten müssen, sind keine Ausnahme, sondern typisch. Viele Beispiele dieser Art könnten selbst den rotgrünen Kritikerinnen und Kritikern schwarzgrüner Bündnisse belegen, daß der Unterschied zwischen rotgrün und schwarzgrün nicht substantiell ist, wäre da nicht so unerträglich viel reformistische Beschränktheit, historisches Desinteresse und die ewige Mystifikation der Sozialdemokratie. Davon profitiert etwa Jürgen Trittin, der – wie Claudia Roth oder Ludger Volmer – als »linker Grüner« gehandelt wird, wo sie doch stets alles mittrugen, in linksversetzten Schritten nach rechts mitgingen und ohnehin mit Minister-, Vorstands- und Parlamentsposten zu befrieden waren.

In ihrer sozialen Struktur sind die Bündnisgrünen nichts weiter als wildgewordener, satter Mittelstand, der nunmehr die eigenen Pfründe verteidigt. Die Beziehung zwischen der Partei und ihren Wählerinnen und Wählern ist ein Phänomen. Waren die Grünen früher ein Ausdruck gesellschaftlicher Opposition, sind sie heute ein Alibi für ihre Klientel. Der Deal funktioniert.

Die Wähler: Wir spenden an Greenpeace, wir wählen grün, laßt uns in Ruhe, seid ein bißchen originell, aber stellt niemals unsere materielle Basis, unsere grundsätzliche Übereinstimmung mit den herrschenden Verhältnissen in Frage.

Die Partei: Keine Sorge! Wir halten zu eurer Unterhaltung ein bißchen alternatives Image aufrecht, behelligen euch nicht mit politischem Streit, dafür mischt euch gefälligst nicht in unsere politischen Pläne und stört unsere Pfründe nicht.

Die ÖDP rühmt sich, in rund vierzig Bündnissen mit den Grünen zu kooperieren. Die ÖDP ist eine Partei, die sich gern moderat verkaufen möchte, aber ihre rassistischen Ausfälle und ökofaschistischen Ursprünge nicht leugnen kann, wenn es um Bevölkerungspolitik, Abtreibung oder den Umgang mit Flüchtlingen geht. Es wird ihr gefallen, daß die Grünen faktisch auf die Forderung nach Abschaffung des Paragraphen 218 verzichtet haben.

Soziale Gleichheit? Antje Vollmer verkündete auf einem Symposium der »Zeit«: »In der Bundesrepublik haben wir das Experiment der Egalität bis zum äußersten getrieben«, zur »bürgerlichen Kultur« gehöre »nicht nur, die Führung haben (zu) wollen«, sondern auch zu wissen, wann »das Vaterland in Not ist«. Zur Belohnung darf sie jetzt bei entsetzlichen Reden im Bundestag bedeutungsvoll nicken.

Die Wandlung von der vollständigen Ablehnung der Atomenergie über die Atomkonsensgespräche bis zum Einverständnis mit verlängerten Betriebslaufzeiten für Atomkraftwerke konnte nur den Grünen gelingen. Erst nach massivem Druck ging Fischer seiner Aufsichtspflicht gegenüber den Hanauer Atomanlagen nach. Erst nach Jahren inszenierte er einen Schaukampf mit Töpfer um das AKW Biblis A. In den Atomkonsensgesprächen gab er die alte grüne Position der sofortigen Stillegung aller Atomanlagen auf: Zwei bis drei Altreaktoren dichtmachen, und der ganze strahlende Rest läuft 10-20 Jahre länger weiter.

Den neuen sich selbst vermehrenden Risiken und Selektionsinstrumenten Gen- und Reproduktionstechnologien tönt kein grünes Nein! mehr entgegen. Überall soziale Auslese durch ökologische Steuern und Abgaben. Die Armen werden gezwungen, umweltverträglich zu leben, ohne Auto. Die Reichen und die Konzerne dürfen weiter vergiften, gegen die entsprechende Ablaßleistung. Wer mehr hat, darf im Kapitalismus mit bündnisgrüner Zustimmung mehr vernichten.

Rotgrüne Zustimmung gibt es für fast alles: für PVC-Produktion in Hessen, für die Daimlerteststrecke und eine Pipeline durchs Wattenmeer in Niedersachsen. Ablehnung jeder Giftmüllverbrennung? Grüne Moderatorinnen und Moderatoren wie die ehemalige Bundesvorsitzende Ruth Hammerbacher sorgen in Niedersachsen im Auftrag der Chemieindustrie für Befriedung und Spaltung.

Antifaschismus? Daniel Cohn-Bendit gab der rechtsextremen Zeitschrift »Mut« ein langes Interview. In »Heimat Babylon« diffamierte er Roma als »troublemakers«, die »asozial oder genauer: nicht-sozial sind«. Inzwischen ist der Grüne als letzter der Fischerclique mit einem Europamandat versorgt. Von Claudia Roth bis Cohn-Bendit, alle Grünen befürworten jetzt die bürokratische Diktatur EU-Europa, geschaffen zum Zwecke der Profitmaximierung.

Die Startbahnbewegung am Frankfurter Flughafen war eine der grünen Wurzeln. Seit Cohn-Bendit und Fischer im Aufsichtsrat der Flughafenaktiengesellschaft saßen, »bejahen« die Grünen »die Bedeutung und Funktion des Frankfurter Flughafens« und dessen Ausbau. Gewisse Risiken, wie höllischer Lärm, Kerosinschwaden über der Stadt, brutale Abschiebungen, seien von den »politisch Gewählten nur schwer zu tragen, geschweige denn zu verantworten«. »Verantwortung«? Fischer schlug die Privatisierung des Flughafens vor.

Cohn-Bendit setzte sich an die Spitze bei der Durchsetzung grüner Akzeptanz für deutsche militärische Einsätze im zerteilten Jugoslawien. Er hetzte gegen die dämonischen, angeblich allein am Krieg schuldigen Serben und begründete eine militärische Intervention auch damit, daß die bosnischen Moslems »Europäer« und »Menschen von unserem Blut« seien. Da kommt Claudia Roth, die Otto von Habsburg privat recht nett findet, nicht ganz mit. Sie will auch militärische Interventionen in Bosnien, nur meint sie es irgendwie nicht so böse.

Der Schein einer Distanz zwischen manchen bündnisgrünen Positionen ist nicht nur störend, sondern ungemein nützlich. Er befördert den Prozeß der Transposition noch verbliebener Zweifel in die Meinung der Herrschenden. Hat einer noch Zweifel an der friedensstiftenden Wirkung von Krieg, wird er Schritt für Schritt in großdeutsche und nationale Logik eingebunden. Es gibt keine andere deutsche Partei, der es gegenwärtig vergleichbar erfolgreich gelingen könnte, einen skeptischen, ökologisch angehauchten und sozial noch nicht vollends skrupellosen Teil der Mittelschicht in die herrschende Politik einzubinden und mitzuziehen: heim ins Reich, notfalls in den Krieg.

Jutta Ditfurth ist Redakteurin der Zeitschrift »ÖkolinX«

Konkret 04/95, S. 20

Paul Tiefenbach

Von Amseln und Ampeln

Zwei Ereignisse erschütterten Bremen im Februar: 1. der Wechsel von Otto Rehhagel zum FC Bayern München, der einhelliges Entsetzen hervorrief, und 2. das Ende der Ampelkoalition, von den meisten Bürgerinnen und Bürgern mit Erleichterung oder Desinteresse aufgenommen. Was hatte sich ereignet? Anfang Februar überraschten die Bremer Medien die Stadt mit der sensationellen Mitteilung, der frühere Staatsrat des grünen Umweltsenators Ralf Fücks habe ohne Rücksprache 20 Prozent der Fläche des Stadtstaates bei der EU als Vogelschutzgebiet angemeldet. Darunter ein Gelände, das nach dem Wunsch von SPD und FDP demnächst Gewerbegebiet werden sollte. Die Vorstellung, die ehemals reiche Hansestadt werde nicht zum High-Tech-Standort, sondern zum Vogelschutzgebiet mutieren, weckte alte Ängste vor den Grünen. Der CDU-Spitzenmann Nölle fiel mit der tiefschürfenden Bemerkung auf, Bremen konkurriere mit Hamburg und Hannover, aber nicht mit dem Vogelpark Walsrode. Bremens liberaler Wirtschaftssenator Klaus Jäger schloß sich dem vollinhaltlich an und forderte den Rücktritt des Kabinettskollegen. »Jäger bläst zur Fücksjagd«, kommentierte die Presse.

Bald stellte sich heraus, daß man den Grünen zuviel Mut beim Vogelschutz unterstellt hatte. Zwar räumte Fücks ein, die Anmeldung der Gebiete bei der EU sei tatsächlich nicht im Senat besprochen worden (»Dies war ein Fehler«), doch habe es sich um einen reinen Verwaltungsakt gehandelt. Die Gebiete seien schon seit langem Natur- oder Vogelschutzgebiete gewesen, man habe lediglich die bereits entsprechend ausgewiesenen Flächen der EU mitgeteilt. Zudem habe er die Anmeldung bei der EU nach Lautwerden der Kritik wieder zurückgezogen. Kurz: Das ganze Spektakel war bloß heiße Luft. Das Wort von der »Bremer Piepmatzaffäre« machte die Runde. Grund für einen Rücktritt war nun nicht mehr gegeben, doch wollte die FDP von der Forderung danach nicht lassen. Sie mußte die Ampel vor Ende der Legislaturperiode im Herbst 95 zum Erlöschen bringen, denn ein neuer Konkurrent saß ihr im Nacken: die frisch gegründete Wählervereinigung »Arbeit für Bremen«. Dieser Gruppe, die sich überwiegend aus im Rentenalter stehenden Honoratioren vom rechten Flügel der SPD, nicht wiedernominierten sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten und sonstigen sich übergangen Fühlenden zusammensetzt, erreichte bei Meinungsumfragen stolze 9 Prozent, die FDP dagegen nur 4. Der Slogan »Arbeitsplätze statt Vogelschutz« signalisierte daher den letzten Versuch der FDP, sich aus der ungeliebten Koalition zu befreien.

Der Schuß ging jedoch nach hinten los, denn Jäger hatte den zur Eitelkeit neigenden freidemokratischen Innensenator van Nispen an der Entscheidung zum Ampelausstieg unzulänglich beteiligt. Dieser beschloß daraufhin seinen persönlichen Ausstieg aus der FDP und wurde zum willkommenen Kronzeugen für die Grünen: Das Ganze sei eine lächerliche Inszenierung, ließ van Nispen verlauten. Schon lange habe sein Kollege Jäger, dessen persönliches Verhalten im Senat »eine Zumutung« sei, nach einem Vorwand gesucht, die Koalition zu verlassen. »Vom Jäger zum Gejagten«, kommentierte die Presse. Immerhin, es war vollbracht: Das von einem Teil der Grünen als Verbindung von Liberalität, sozialem Denken und Ökologie vielgepriesene »Experiment Ampelregierung« war zerbrochen. Woran ist es nun aber tatsächlich gescheitert?

Gemeinhin wird das Ende der Ampel damit erklärt, der Widerspruch von Ökologie und Ökonomie sei nicht zu lösen gewesen. Aber gerade das Ende der Ampel zeigt, daß es diesen Widerspruch eigentlich gar nicht gab. Die FDP mußte eine Lappalie zum politischen Skandal aufbauschen, weil ein wirklicher Konflikt nicht zu finden war. Nur ein einziges Mal hatten die Grünen das jedem Koalitionspartner zustehende Veto gegen eine Mehrheitsentscheidung im Senat eingelegt: bei der Ausweisung eines als ökologisch wertvoll eingeschätzten Gebiets als Gewerbefläche. Die Entscheidung wurde daraufhin in die nächste Legislaturperiode verschoben, es gab ohnehin keine interessierten Firmen, die dort Gewerbe treiben wollten. In der Öffentlichkeit standen die Grünen danach gleichwohl als diejenigen da, die den wirtschaftlichen Aufschwung und die Sanierung der katastrophalen Bremer Finanzen behinderten – das Schlimmste, was man in Bremen einem Politiker nachsagen kann. Die Sanierung der Finanzen nämlich sollte, da waren sich alle Fraktionen einig, das Hauptziel der Regierungspolitik sein. Man hatte zu diesem Zweck mit der Bundesregierung ein Sanierungsprogramm ausgehandelt. Bonn erklärte sich darin bereit, die Hälfte der Bremer Staatsschulden zu übernehmen, erwartete aber von der Stadt – gewissermaßen in die Rolle des IWF gegenüber Ländern der 3. Welt schlüpfend – eine Reihe von Strukturanpassungsmaßnahmen: strikte Sparpolitik in den unproduktiven Bereichen des Haushalts, dafür vermehrte Ausweisung von Gewerbeflächen, Straßenbau und Privatisierung stadteigener Betriebe.

Auch wenn es den Grünen in den Verhandlungen um das Sanierungsprogramm gelang, hier eine Verkehrsberuhigung und dort eine Verlängerung von Straßenbahnlinien aufzunehmen, ändert das nichts am Charakter des Bremer Sanierungsprogramms als eines typisch konservativen Austeritätsprogramms. Als die rechtssozialdemokratische Wählervereinigung »Arbeit für Bremen« nach ihrem Wahlprogramm gefragt wurde, erklärte sie, sie brauche keines. Ihr Wahlprogramm sei das Bremer Sanierungsprogramm. Da dieses nun aber die Leitlinie des bremischen Regierungshandelns

darstellte, war klar, daß die vor der Wahl angekündigte »Ökologische Reformpolitik« nicht stattfinden konnte. Die Grünen beschränkten sich künftig darauf, problematische Vorhaben der anderen Parteien zunächst abzulehnen, dann nach längerem Hin und Her aber doch klein beizugeben, wenn man ihnen in Nebensächlichkeiten entgegengekommen war. »Ampelgehampel« nannte dies der Bremer Bürger. Um das auch als Modell für Bonn gedachte »Projekt Ampel« nicht zu gefährden, akzeptierten die Grünen den Bau einer Autobahn, die Vertiefung der Weser, den Bau eines 500 Millionen Mark teuren Straßentunnels, um das Mercedes-Werk besser anzubinden, sowie den Ausbau des Flughafens. Selbst einer massiven Erhöhung der Abschieberate für Asylbewerber setzten sie nur mäßigen Widerstand entgegen. Asylbewerber verschwanden aus Bremen spurlos im Iran oder in Liberia. Ein siebzehnjähriger Kurde konnte durch einen Selbstmordversuch seine Abschiebung gerade mal um vierzehn Tage hinausschieben, ohne daß all dies zu einem handfesten Koalitionskrach geführt hätte. Die »FAZ« gibt den FDP-Wirtschaftssenator Jäger so wieder: »Die Grünen vollführten einen Spagat, der sie eigentlich auseinanderreißen müßte. Weil sie zumindest verbal genügend Fundamentalpositionen vertreten, werden sie von ihrer dogmatischen Kernanhängerschaft ... immer noch gewählt. Andererseits hätten sie in der Regierungsverantwortung in den Ländern einen auf Machterhalt angelegten Pragmatismus entwickelt, der der FDP als geradezu unanständig angelastet werden würde.«

Diese Taktik der Grünen scheint sich zu bewähren. Neuesten Umfragen zufolge haben sie ihr Wählerpotential leicht vergrößern können. Solange ihnen auf der Linken keine ernsthafte Konkurrenz erwächst, können sie offenbar jeden Kompromiß eingehen und gewinnen dennoch. Potentiellen Wechselwählern aus dem sozialdemokratischen Lager beweisen sie so Regierungsfähigkeit, während das linke Protestspektrum die Faust in der Tasche ballt, aber die Grünen als vermeintlich kleinstes Übel weiterhin wählt. Der Mißtrauensantrag der CDU gegen den grünen Umweltsenator läßt zudem alle frühere Kritik an Fücks vergessen und verleiht diesem die Aura eines Märtyrers. Die PDS, die in Bremen erstmals in einem westdeutschen Land die 5-Prozent-Hürde nehmen wollte, wird inzwischen wieder mit 1-2 Prozent notiert.

Von Reformpolitik redet im einstmals roten Bremen kaum noch jemand. Wenn aber zur klassischen Sparpolitik keine Alternative mehr besteht, stellt sich die Frage, ob die von Rechtsanwälten dominierte FDP und die postmaterialistisch angehauchte SPD das richtige Personal bereithalten. Die CDU präsentiert demgegenüber einen gestandenen Finanzmanager als Spitzenkandidaten. Die rechtssozialdemokratische Gruppe »Arbeit für Bremen« wollte da nicht zurückstehen und stellte ebenfalls einen Banker an die Spitze. Beide gehören dem gleichen Firmenvorstand an, nämlich dem der Sparkasse Bremen, so daß es sich geradezu aufdrängt, dieses erfolgreiche Duo die im Sparkassenvorstand erprobte Zusammenarbeit demnächst in der Landesregierung weiterführen zu lassen. Wenn’s um Geld geht: Sparkasse. Das Kreditinstitut hat inzwischen die beiden Manager für den Wahlkampf freigestellt, natürlich mit vollen Bezügen. Kritische Journalistenfragen beantwortete die Sparkasse souverän mit der Auskunft, auch freigestellte Vorstandsmitglieder trügen schließlich immer noch die volle Verantwortung. Für den »Arbeit für Bremen«-Kandidaten Rebers ist die Freistellung nicht unbedingt ein Vorteil. Diente doch bislang die Vorstandsetage im pompösen Sparkassenverwaltungsgebäude an der Weser zugleich als Kontaktadresse von »Arbeit für Bremen«. Ganz offen greift in der Hansestadt das Finanzkapital nach der allerdings ziemlich maroden Staatsmacht.

Seit Lenin jedoch wissen wir, daß mit der Herrschaft des »Wucherkapitals« der Kapitalismus seine innovative Phase hinter sich gelassen hat. Auch in Bremen beweist sich das Finanzkapital – hier in Form des Sparkassenvorstands – als besonders dumpfe Kapitalfraktion. Der kurz vor der Pensionierung stehende Sparkassenchef Rebers, künftiger Bürgermeisterkandidat von »Arbeit für Bremen« (»Das Übergewicht des Finanzkapitals über alle übrigen Formen des Kapitals bedeutet die Vorherrschaft des Rentners«, Lenin) hatte es sich mit der grünen Kultursenatorin verdorben, als er bekannte, seit zwanzig Jahren das Bremer Theater nicht mehr zu besuchen, weil dort unbekleidete weibliche Oberkörper zu sehen seien. 1993 forderte er eine »Bannmeile« um die Innenstadt für bettelnde Zigeunermütter und alkoholisierte Stadtstreicher. Die Grünen retteten damals die Rathausarkaden für die Alkis, gaben aber bei den Romafrauen nach. Auch im Inneren der Sparkasse waren Rebers Junkies, Alkis und Asylanten ein Dorn im Auge. Diese suchen nämlich an bestimmten Tagen in großer Zahl das Sparkassenhauptgebäude auf, da ihre Sozialhilfe hier ausgezahlt wird. Die Sparkasse verdient daran zwar, die angestammte Kundschaft aber reihte sich nicht gerne in die Schlange merkwürdiger Gestalten vor dem Kassenschalter ein. So beschloß der Sparkassenvorstand – »um Wartezeiten zu vermeiden« – , eigene Schalter für Sozialhilfeempfänger an diskreter Stelle einzurichten. Erst nach öffentlichen Protesten ließ er davon ab, entwickelte heimlich aber neuartige Geldautomaten. Sie sollen demnächst in Bremen montiert werden und sind in der Lage, die Barschecks der Sozialbehörde zu lesen. Denn Euroscheckkarten will Rebers an seine subproletarische Kundschaft nicht ausgeben.

Besonders unfreundlich sprang die Sparkasse mit dem grünen Umweltsenator Fücks um. Drei Plätze im 24köpfigen Verwaltungsrat stehen traditionell dem Bremer Senat zu. Dieser bestimmt seine Vertreter selbst, sie müssen aber vom Trägerverein der Sparkasse, dem 250 geschäftlich aktive Bremer angehören, bestätigt werden. Das ist stets eine reine Formalie gewesen – bis der Senat den Ex-Maoisten Fücks als einen seiner drei Vertreter vorschlug. Der wurde abgelehnt, womit erstmals in der Geschichte der Sparkasse ein Kandidat durchfiel. Monatelang bearbeitete der Senat den Trägerverein. Auch Hans Koschnik, selbst Mitglied des Verwaltungsrats, warb in wohlgesetzten Worten für Fücks. Umsonst. Bei der Wiederholungswahl im Mai 93 fiel Fücks wieder durch.

Konservative Politik wird am besten von Konservativen gemacht, meint offenbar ein immer größerer Teil auch des Bremer Wahlvolks. Stets war die CDU in Bremen in einer ähnlich hoffnungslosen Lage wie die SPD in Bayern. Zum ersten Mal seit dem 2. Weltkrieg hat jetzt ein CDU-Kandidat eine reelle Chance, mit Unterstützung von »Arbeit für Bremen« und FDP bei den Neuwahlen am 14. Mai zum Regierungschef gewählt zu werden. Die Umfragen sehen beide Lager gleichauf. Nachdem einige sozialdemokratische Abgeordnete ihre Sympathie für »Arbeit für Bremen« bekundet haben, hat das rechte Lager schon jetzt im Landtag die Mehrheit. Die erste Tat dieser neuen Mehrheit war, dem grünen Senator Fücks das Mißtrauen auszusprechen. Ein Akt der Undankbarkeit, der betroffen macht. Hatte doch gerade Fücks manche Brücke zur CDU geschlagen. Lehrer, die gegen Stellenabbau an Schulen protestierten, bezeichnete er als »Kinder der Wohlstandsgeneration«. Gemeinsam mit seiner Lebengefährtin, der grünen Bundestagsabgeordneten Marie Luise Beck, focht er Seite an Seite mit Schwarz-Schilling für einen Militäreinsatz der Nato in Bosnien. Den Verkauf der bremischen Stadtwerke an den Atomkonzern PreAG sah er nicht als Ampelkompromiß, sondern als Chance. Atomkonzerne seien auch nicht mehr das, was sie mal waren, sondern durchaus brauchbare Partner für die Durchsetzung einer ökologischen Energiepolitik. Verblüffend auch die Kursänderung in der Müllpolitik. Die im Koalitionsvertrag von ihm selbst ausgehandelte Schließung der Müllverbrennungsanlage im Jahr 1998 und die Kompostierung des Mülls seien utopisch, teilte Fücks seiner Partei mit. Nun plant man eine neue Müllverbrennungsanlage, natürlich auf höchstem technischen Standard.

Die Sozialdemokraten ärgert die ungeheure Leichtigkeit, mit der Fücks die Standpunkte wechselt, während er zugleich in der Öffentlichkeit als Mann mit Rückgrat angesehen wird. Niemand verkauft simple Realpolitik mit derart dramatischem Pathos wie er. Der frühere SPD-Senator Franke, der als unangreifbarer Pensionär zu verblüffender Radikalität auflief und eine regelmäßige Kolumne für die »Taz« verfaßt, behauptete frech, Fücks habe den Frieden mit der Reaktion gemacht. »Haben wir Dich so beeindruckt, daß Du uns nun alles nachmachst?« fragte er ironisch den früheren KBWler. Der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Kunick meinte in einem Brief an eine Parteifreundin, die Grünen hätten mit den Erfolgen der Regierung »nur so viel zu tun, daß durch Einbindung sie gehindert worden sind, ihre Gegnerschaft gegen Veränderungen voll auszuleben. Was sogar so weit geht, daß Fücks die Plastikverbrennung bei Klöckner zuläßt und den Weidedamm mit räumt. Die Lehre bei Maotsetung wirkt halt lebenslang und verleiht Überlegenheit nicht nur im Kabinettskampf, sondern auch in der Veränderung früherer Zielsetzungen der grünen Partei.« Beim Weidedamm handelt es sich um die Bremer Miniaturausgabe der Hamburger Hafenstraße. Fücks war es gelungen, den organisierteren Teil der Besetzer mit einem Ersatzgrundstück zufriedenzustellen, woraufhin der unorganisierte Teil abgeräumt werden konnte. Der einstige Sprecher der Besetzer bewirbt sich nun um ein Bürgerschaftsmandat der Grünen.

Im letzten November hatte die CDU den Grünen bereits ein Angebot für eine Koalition nach den Wahlen gemacht. Die hatten abgelehnt: »Mit dieser CDU nicht.« Denkbar, daß nach den Wahlen am 14. Mai nun ein rot/grünes »Reformbündnis« aus der Taufe gehoben wird. Denkbar aber auch, daß wir eine neue Art von Koalition kennenlernen werden: Die SPD koaliert mit sich selbst, also mit ihrem abgespaltenen Flügel »Arbeit für Bremen«. Zu dieser Gruppe überlaufende SPDler weigern sich oft, ihr Parteibuch rauszurücken. Sie verstehen sich als die wahren Sozialdemokraten. Die Restsozis haben ihrerseits an einem vollständigen Bruch auch kein Interesse, denn es gibt inzwischen ziemlich viele Überläufer. Rein arithmetisch könnte es reichen. Spannender als in NRW wird die Wahl in Bremen auf alle Fälle.

Paul Tiefenbach ist Politologe und lebt in Bremen

Konkret 04/95, S. 23

Peter Hetzler

Stechen im Auge

□ bereifer? Ende der Deeskalation? □ Mit enormem Aufwand ermittelt der Staatsschutz gegen die Autonome Antifa (M)

Ende der achtziger Jahre war die Gegend um Göttingen eine Neonazihochburg. In Mackenrode unterhielt die FAP ein Schulungszentrum. Ein antirassistischer Jugendlicher wurde von einem Mitglied dieses Zentrums ermordet. Skinheads griffen Göttinger Schüler an. Faschos fuhren in Bussen in die Stadt, marschierten unter Polizeischutz durch die City und attackierten das autonome Jugendzentrum. In Bursfelde hielt die NPD ihren Parteitag ab, und in Adelepsen richtete sie sich ein Zentrum ein. In Nordhain hatte sich der FAP-Landesvorsitzende Torsten Haiger in den Kopf gesetzt, daß dort nur noch Veranstaltungen seiner Partei stattfinden dürfen, und deshalb Schüler während einer Abifete mit einer Gaspistole angeschossen.

Zu dieser Zeit diskutierten einige Göttinger Autonome □ die spätere Autonome Antifa (M), das M steht für Mittwochsplenum □ darüber, wie sie ihre politische Isolation als reine Szenegruppe durchbrechen könnten. Es entstand ein Konzept, das erstens eine breitere Bündnispolitik zur Durchsetzung und zweitens eine bessere Medienpolitik zur Vermittlung linksradikaler Positionen anstrebte. Aufgrund der Faschoübergriffe und der Tatsache, daß Polizei und Politik offensichtlich nichts dagegen unternahmen, traf die Antifa auf offene Ohren, als sie bei DGB, SPD, Grünen und anderen Organisationen ein breites Bündnis gegen Rechts vorschlug. So fand 1988 eine erste große Demo zum FAP-Schulungszentrum statt, die von unterschiedlichsten Gruppen getragen und durchgeführt wurde. An der Spitze lief die Antifa als schwarzer Block.

Der schwarze Block hatte sich bis Ende der achtziger Jahre viele Scharmützel mit der Polizei geliefert, die der Göttinger Geschäftswelt noch heute in unangenehmer Erinnerung sind. Ein abruptes Ende fand das, als die Autonomen Silvester 1991 eine Demo ankündigten und versprachen, keine Scherben zu hinterlassen, falls die Polizei sich nicht blicken lasse. Überraschenderweise hielten sich beide Seiten an diese Abmachung. Damit war die Göttinger Deeskalationsstrategie geboren. In der Folge ergab sich das Ritual, daß die Antifa (M) Demos nicht mehr anmeldete, sondern dem Ordnungsamt lediglich einen Zettel mit der geplanten Route und der Bitte schickte, Polizisten und störende Blumenkübel vom Straßenrand zu entfernen. Die Behörden taten, was verlangt wurde, das Vermummungsverbot war damit aufgehoben, Farbbeutel und fliegende Eier gingen als »gewaltfrei« durch, und hinter dem bis zu 800 Mitgliedern starken schwarzen Block marschierten Gewerkschaftler, Grüne, SPD-Landtagsabgeordnete und auch mal der Oberbürgermeister der Stadt in trauter Eintracht gegen Rechts.

Die Strategie hatte Erfolg: Das FAP-Schulungszentrum gibt es nicht mehr, ein FAP-Landesvorsitzender aus Österreich wurde ausgewiesen, eine Veranstaltung der Pan-Europa-Union verhindert, und man setzte den Aktivitäten des FAPlers Torsten Haiger Grenzen. Die Antifa (M) wurde in Göttingen zu einer etablierten Organisation, die nicht mehr im autonomen Juzi, sondern in einer komfortablen SPD-Einrichtung tagte, trotzdem aber weiter Vortragsreihen über politische Gefangene, Agit-Prop-Veranstaltungen zum Superwahljahr und bundesweite Vernetzungsaktivitäten organisierte, aus denen die Antifaschistische Aktion/Bundesweite Aktion hervorgegangen ist, der inzwischen Gruppen aus 12 Städten angehören (mehr zum politischen Selbstverständnis der Antifa (M) in KONKRET 3/94).

Soweit könnte also alles ganz wunderbar sein, wenn da nicht die Soko 606 des LKA Niedersachsen wäre, die seit Sommer 1991 auf der Suche nach unbekannten Attentätern ist, denen rund 50 Anschläge auf Neonazi-, Gentechnik- und andere Einrichtungen im Raum Göttingen zur Last gelegt werden. Wer sucht, muß irgendwo anfangen, und schwarze Blöcke stechen ins Auge. So stand die Antifa (M) von Anfang an im Visier der Ermittler, und mit dem Instrumentarium des Paragraphen 129a (terroristische Vereinigung) ließ es sich munter ermitteln.

Alleine in den 10 Monaten zwischen Oktober 93 und August 94 hörte die Soko 13.929 Telefongespräche ab. Es wurden Bewegungsprotokolle von Antifa-Leuten angefertigt, die man zu diesem Zweck wochenlang rund um die Uhr observierte. Die Staatsschützer überwachten Fahrten zu KZ-Gedenkstätten und Museen. Sie dehnten ihre Ermittlungen auf alle Personen und Gruppen aus, die mit der Antifa (M) zusammenarbeiteten. Sie beobachteten Gewerkschaftler, SPDler, Grüne und Umweltschützer. Sie überwachten die Räumlichkeiten der Arbeiterwohlfahrt und den Besuch von Schulklassen in den dortigen Ausstellungsräumen. Sie checkten städtische und universitäre Behörden, Kulturzentren und Tagungshäuser. Sie ermittelten so konspirative Dinge wie die Grundrisse öffentlich zugänglicher Gebäude und die Namen an den Klingelschildern. Sie durchsuchten mit Bombenentschärfungskommandos Wohnungen und Arbeitsplätze von 17 Personen (KONKRET 10/94), eine Druckerei, die AStA-Räume, den Buchladen Rote Straße und selbst das konservative »Göttinger Tageblatt«. Die Ermittlungen, in deren Rahmen mehrere hundert Menschen polizeilich erfaßt und die politischen Strukturen einer ganzen Stadt geheimdienstlich ausgeforscht wurden, kosteten bis heute rund vier Millionen Mark und brachten nicht einen einzigen Hinweis auf die vorgeblich gesuchten Militanten.

Dafür aber jede Menge Protest. SPD, Grüne, Gewerkschaften, Verlage, der Oberbürgermeister und sogar der Unipräsident Ludwig Schreiber (CDU) protestierten heftig. Selbst der niedersächsische Innenminister Gerhard Glogowski (SPD) findet das alles reichlich übertrieben. Das Innenministerium, das die Göttinger Deeskalationsstrategie mitträgt, mußte zwischenzeitlich sogar Strafanzeigen des LKA Hannover gegen die Göttinger Polizeiführung wegen Strafvereitelung (Akzeptanz nicht angemeldeter Demos) abwehren.

Weshalb die niedersächsischen Staatsschützer selbst von ihrem Minister nicht mehr zu bändigen sind, ist schwer zu sagen. Oberster Ermittler ist Generalstaatsanwalt Dr. Manfred Endler (CDU), Verfechter einer wehrhaften Demokratie mit klaren deutschnationalen Vorstellungen, die er in der »Cellischen Zeitung« vom 20.7.93 so artikulierte: »Heimat Vaterland, das setzt die Verantwortung und Verpflichtung gegenüber der Gemeinschaft, Identifikation und die emotionale Bindung an das Ganze voraus.« Tugenden, die der Antifa (M) völlig abgehen.

Deshalb, und weil der Öffentlichkeit der ganze aberwitzige Ermittlungsaufwand irgendwie doch noch als sinnvoll verkauft werden muß, hat die Antifa (M) jetzt eine Anklageschrift erhalten 216 Seiten Prosa, die beweisen sollen, daß sie eine kriminelle Vereinigung ist. Doch die darin und in dem 300seitigen Abschlußbericht des LKA enthaltene Aneinanderreihung von Banalitäten nennt keine anderen Straftatbestände als Landfriedensbruch (unangemeldete Demos) und Nötigung (der Polizei wegen der Nichtanmeldung). Hinzu kommt der Vorwurf der Werbung für eine terroristische Vereinigung, der RAF nämlich, wegen eines Veranstaltungsplakats. Das ist alles.

Weil keine wesentlichen Straftatbestände nachweisbar sind, soll, wie immer in solchen Verfahren, die Gefährlichkeit der 25 Angeklagten durch deren politische Gesinnung nachgewiesen werden. In rund 100 Aktenordnern mit insgesamt mehreren 10.000 Seiten lassen sich die Staatsschützer deshalb darüber aus, wer wann mit wem worüber diskutiert, wer welchem politischen Gefangenen geschrieben und wer diesen oder jenen staatsgefährdenden Gedanken in seinem Tagebuch notiert hat.

Neben der Antifa (M) sind auch die Initiative Kunst und Kampf, der Infodienst Spinnennetz, die Antifa-Liste der Uni, die Antifa-Jugendfront und der Verein zur Förderung Antifaschistischer Kultur betroffen. Sollte die Antifa (M) nach Paragraph 129 verurteilt werden, haben außerdem der Buchladen Rote Straße und die Göttinger Grünen ein Verfahren wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung, nämlich der Antifa (M), zu erwarten. Und einige andere Gruppen wahrscheinlich auch.

Peter Hetzler schrieb in KONKRET 3/95 über den Ausgang des »Einblick«-Prozesses

Konkret 04/95, S. 24

ARCHIV FÜR SOZIALPOLITIK

Jeder ist uns der nächste 36

Samstag, 17.12.1994 –

In einer Diskothek in Bandelin/Mecklenburg-Vorpommern beginnen deutsche Jugendliche einen Streit mit Asylbewerbern, in dessen Verlauf ein 18jähriger Jugoslawe eine Prellung erleidet. Als die Asylbewerber in ihr benachbartes Heim fliehen, werfen die Verfolger mit Steinen und Flaschen die Fenster des Gebäudes ein. Dabei wird ein 13jähriges Mädchen aus dem ehemaligen Jugoslawien verletzt.

Sonntag, 18.12. –

Brand in einer zu einer Asylbewerberunterkunft umgebauten Scheune in Kammeltal/Landkreis Günzburg. Eine dreiköpfige Familie aus dem ehemaligen Jugoslawien und die Besitzerin des Anwesens können sich unverletzt ins Freie retten. Die Unterkunft brennt völlig nieder. Es entsteht ein Sachschaden von 400.000 Mark. Die Brandursache ist unklar. –

Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Rosendahl-Holtwick/Westfalen. Unbekannte Täter dringen in das Haus ein und legen an mehreren Stellen Feuer. Durch Zufall wird das Feuer rechtzeitig von einem Bewohner des Hauses entdeckt. Eine Frau und zwei Kleinkinder aus dem ehemaligen Jugoslawien erleiden Rauchvergiftungen.

Montag, 19.12. –

Wie das niedersächsische Innenministerium in Hannover mitteilt, wurden in Niedersachsen in diesem Jahr weniger fremdenfeindliche Straftaten registriert als 1993. Vom 1. Januar bis zum 15. Dezember wurden insgesamt 320 versuchte oder vollendete fremdenfeindliche Straftaten registriert. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres waren es 542 Straftaten. In zwölf Fällen habe es sich um Brandstiftung und in 28 Fällen um Körperverletzungen gehandelt. 14 der insgesamt 128 Tatverdächtigen seien der Skinhead-Szene zuzuordnen.

Mittwoch, 21.12. –

In Bandelin/Mecklenburg-Vorpommern rufen Jugendliche vor einem Asylbewerberheim Parolen wie »Ausländer raus«. Ein 18jähriger wird vorübergehend festgenommen.

Donnerstag, 22.12. –

Nach einer im Auftrag des Bundesinnenministeriums erstellten Studie der Universität Trier, in deren Rahmen 5.232 Ermittlungsakten zu fremdenfeindlichen Straftaten aus allen Bundesländern analysiert wurden, wird ein Großteil fremdenfeindlicher Straftaten in den großen Städten begangen. Im Vergleich zur Vorjahresstudie wurde ein höheres Alter der Täter festgestellt. Zwar seien Jugendliche unter 21 Jahren noch immer die Haupttäter, aber der Anteil der über 30jährigen habe zugenommen. 40 Prozent der in den Akten vermerkten Straftäter stammen aus militanten Gruppen, 19 Prozent kommen aus rechtsextremistischen Parteien und Cliquen und 21 Prozent aus der Skinheadszene.

Freitag, 23.12. –

Wie die Brandenburger Ausländerbeauftragte Almuth Berger in Potsdam mitteilt, haben die gewalttätigen Übergriffe auf Ausländer in Brandenburg deutlich abgenommen. Während 1993 insgesamt 235 Übergriffe registriert wurden, zählte die Polizei 1994 noch 70 derartige Straftaten. Die Ausländerbeauftragte betont zugleich, die »rassistisch motivierten Vorurteile gegenüber Ausländern« seien nicht zurückgegangen. Die Zahl der Asylbewerber in Brandenburg ist von 30.000 auf etwa 7.000 gesunken.

Samstag, 24.12. –

Bei einem Brand in einem Wohnhaus in Reichertshofen/Bayern sterben der türkische Familienvater Sinan K. (38) und sein fünfjähriger Sohn. Das Wohnhaus brennt völlig aus. Die 34jährige Ehefrau und die drei Kinder Mustafa, Serpil und Sultan überleben leicht verletzt. Die Brandursache ist unklar.

Dienstag, 27.12. –

Nach einer Untersuchung der Universität Wuppertal, in deren Rahmen 1.342 Studenten an sechs Hochschulen in Wuppertal, Magdeburg, Halle und Ost-Berlin befragt wurden, äußern ostdeutsche Studenten wesentlich häufiger rassistische Vorbehalte gegenüber Minderheiten als ihre westdeutschen Kommilitonen. Während in Westdeutschland nur 7,5 Prozent der Studenten Antipathie gegen Türken eingestanden, waren es in Ostdeutschland 27 Prozent. Auch die Ablehnung von »Zigeunern« war im Osten mit 60 Prozent gegenüber 38 Prozent im Westen deutlich höher. Schwarze wurden im Osten von 13 Prozent, im Westen von 2 Prozent der Befragten als »unsympathisch« eingeschätzt. Zu den am meisten abgelehnten Bevölkerungsgruppen gehören nach der Studie in ganz Deutschland Asylbewerber und Spätaussiedler. Juden wurden bei Studenten in Ost- und Westdeutschland gleichermaßen von einer Minderheit von rund fünf Prozent abgelehnt. Nach den Ergebnissen der Studie haben Schichtzugehörigkeit und Alter der Befragten keinen Einfluß auf die Haltung gegenüber Minderheiten. Deutliche Unterschiede ergaben sich dagegen bei Männern und Frauen. Frauen äußerten seltener Ablehnung von Minderheiten. Der Autor der Studie, Manfred Brusten, betont, daß seine Arbeit weder im Hinblick auf die Gesamtbevölkerung noch auf die »junge Generation« repräsentativ ist. Die Studie zeichne ein »viel zu positives Bild« der Einstellungen in der Bevölkerung.

Mittwoch, 28.12. –

Brandanschlag auf eine türkische Teestube in Geesthacht/Schleswig-Holstein. Die 22 Bewohner des je zur Hälfte von Türken und Deutschen bewohnten Wohn- und Geschäftshauses können sich unverletzt ins Freie retten oder von Polizei und Feuerwehr geborgen werden. Die Teestube brennt völlig aus. Es entsteht ein Sachschaden von 250.000 Mark. Die Polizei hält einen fremdenfeindlichen Hintergrund der Tat für möglich.

Samstag, 31.12. –

In Berlin setzen unbekannte Täter den vor der Wohnung im Hausflur abgestellten Rollstuhl des 37jährigen Namera D. in Brand. Der aus Äthiopien stammende Ex-Vize des Allgemeinen Behindertenverbandes in Deutschland war bereits 1993 Ziel eines Brandanschlags.

Sonntag, 1.1.1995 –

Brandanschlag auf ein türkisches Lebensmittelgeschäft in Ludwigshafen. Es entsteht erheblicher Sachschaden. Nach Angaben der Polizei gibt es keine Hinweise auf einen fremdenfeindlichen Hintergrund der Tat.

Dienstag, 3.1.1995 –

In Brandenburg ist die Zahl der Ermittlungsverfahren wegen rechtsextremistischer und ausländerfeindlicher Straftaten 1994 um über ein Drittel zurückgegangen. Nach Angaben des Generalstaatsanwalts wurden in Brandenburg 1993 insgesamt 1.600 Verfahren gegen knapp 3.000 Beschuldigte eingeleitet. 1994 waren es 1.000 Verfahren gegen 1.600 Verdächtige. –

Wie das Innenministerium in Hannover mitteilt, ist die Zahl der registrierten Straftaten mit fremdenfeindlichem Hintergrund in Niedersachsen 1994 gesunken. Wurden 1993 insgesamt 564 derartige Straftaten registriert, waren es 1994 noch 331. 72 Fälle wurden durch die Polizei aufgeklärt und 131 Verdächtige ermittelt, darunter 14 Skinheads.

Mittwoch, 4.1. –

Bei einem Brand in einem Asylbewerberheim in Zell im Wiesental/Südbaden kommen zwei Mädchen im Alter von zwei und vier Jahren aus einer kosovo-albanischen Familie ums Leben. Die Mutter und eine weitere fünfjährige Tochter werden mit Brandverletzungen ins Krankenhaus eingeliefert. Die Polizei schließt vorsätzliche Brandstiftung aus. –

Trotz des Rückgangs fremdenfeindlicher Straftaten bleibt der Rechtsextremismus nach Einschätzung des rheinland-pfälzischen Verfassungsschutzes eine Gefahr für die innere Sicherheit. Nach Angaben des Leiters des Verfassungsschutzes, Armin Dostmann, entwickele die rechte Szene Organisationsformen, die schwerer greifbar seien. So würden zunehmend Computer-Mailboxen und Mobiltelephone eingesetzt, was überregional abgestimmte Aktionen belegten. Der Verfassungsschutz stellt zudem eine sich »verstärkt abzeichnende Ausbreitung rechter Umtriebe in allen Schichten unserer Gesellschaft« fest.

Donnerstag, 5.1. –

Wie die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der PDS mitteilt, wurden im ersten Quartal 1994 67 Personen wegen rechtsextremistischer oder fremdenfeindlicher Straftaten zu einer Jugend- und Freiheitsstrafe, die nicht zur Bewährung ausgesetzt wurde, verurteilt. Wieviele dieser Entscheidungen derzeit vollstreckt werden, ist der Bundesregierung nicht

bekannt. 1993 seien 265 Personen und 1992 insgesamt 134 Personen zu einer Jugend- und Freiheitsstrafe, die nicht zur Bewährung ausgesetzt wurde, verurteilt worden. –

Das Landgericht Schwerin verurteilt in einem Revisionsverfahren zwei 19 und 20 Jahre alte Männer wegen versuchten Mordes zu zwei Jahren Jugendfreiheitsstrafen auf Bewährung. Die Angeklagten hatten im Mai 1993 zwei Brandsätze in ein Ausländerwohnheim in Schwerin geworfen. Der Bundesgerichtshof hatte das erstinstanzliche Urteil vom November 1993 im Juli 1994 teilweise aufgehoben, da die Täter nicht wegen versuchten Mordes verurteilt worden waren.

Freitag, 6.1. –

Das Amtsgericht Zwickau verurteilt mehr als drei Jahre nach dem Anschlag auf das Asylbewerberheim in Zwickau einen ehemaligen Rechtsextremen, der zur Tatzeit 17 Jahre alt war, zu einerJugendstrafe von einem Jahr und drei Monaten. Bei dem Überfall am 3. Oktober 1991 waren drei Asylbewerber und vier Polizisten verletzt worden.

Sonntag, 8.1. –

In Mellendorf bei Hannover brennt ein Wohncontainer für Asylbewerber völlig aus. Eine 27jährige Serbin aus Belgrad und drei ihrer Kinder kommen in den Flammen ums Leben. Nach Angaben der Polizei liegen keine Hinweise auf einen fremdenfeindlichen Anschlag vor.

Donnerstag, 12.1. –

In Sachsen-Anhalt hat sich mit insgesamt 166 Delikten die Zahl der fremdenfeindlichen Straftaten 1994 im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt. Nach Mitteilung von Innenminister Manfred Püchel (SPD) waren von den 166 Straftaten 59 Gewaltdelikte, wie Tötung, Brandanschläge oder Körperverletzung. Den Tatbestand der Volksverhetzung erfüllten 40 Straftaten, 44 waren Propagandadelikte.

Freitag, 13.1. –

In ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der PDS teilt die Bundesregierung mit, daß das Bundeskriminalamt für den Monat November 1994 insgesamt 36 fremden- bzw. ausländerfeindlich motivierte Straftaten registrierte. Hierbei handele es sich um zwei Brandanschläge, 25 Angriffe gegen Personen – darunter zwei versuchte Tötungsdelikte – und 109 »sonstige Straftaten«. Im Zusammenhang mit diesen Verbrechen wurden 71 Tatverdächtige gemeldet, 16 von ihnen wurden vorläufig festgenommen, gegen vier ergingen Haftbefehle. Die meisten Tatverdächtigen seien in Nordrhein-Westfalen registriert worden.

Mittwoch, 18.1. –

Nach Angaben des Verfassungsschutzes ist die Zahl der rechtsextremen Straftaten in Berlin 1994 weiter gestiegen. 1992 registrierte der Verfassungsschutz 475 Fälle, 1993 waren es 647 Delikte, und 1994 wurden rund 750 Delikte mit rechtsextremem Hintergrund gezählt. Dabei sank allerdings die Zahl der Gewalttaten. Die meisten rechtsextremen Straftaten waren sogenannte »Schmier- und Klebedelikte«. Die Zahl der ausländerfeindlich motivierten Taten ist nach Angaben des Verfassungsschutzes von 212 im Jahr 1993 auf 150 in 1994 zurückgegangen. Ein leichter Anstieg wurde bei den antisemitisch motivierten Taten registriert, sie stiegen von 75 auf 80.

Montag, 23.1. –

Die Jugendkammer des Landgerichts Potsdam verurteilt drei rechtsradikale Jugendliche aus Zeuthen wegen gefährlicher Körperverletzung, Beihilfe zum Mordversuch und Nötigung zu Bewährungsstrafen zwischen 18 Monaten und zwei Jahren. Damit sind insgesamt acht Beteiligte verurteilt, die am 9. Mai 1992 eine Diskothek in Wendisch-Rietz überfallen und einen nigerianischen Asylbewerber lebensgefährlich verletzt hatten.

Das Archiv für Sozialpolitik, Ffm, erstellt diese Chronik für KONKRET seit November 1991

Antisemitische Angriffe

Freitag, 11.11. –

Der Aktionskünstler Wolfram Kastner, der zusammen mit sechs Mitgliedern der Aktion »Das andere Bayern« Anfang November zum Gedenken an die Reichspogromnacht eine Performance in der Münchner Innenstadt geplant hatte, erhält per Post und Telefon Drohungen. Ein Drohbrief wird an die Frau eines Bekannten adressiert. Inhalt des Briefes: »Das Judengesülze ist langsam genug. Ihr steht ganz oben in unserer Kartei.« Telefonisch wird Kastner von einem Mann mit österreichischem Dialekt gedroht: »Ihnen werden wir auch noch eine Briefbombe schicken.«

Samstag, 12.11. –

Die Gedenkstätte des früheren Konzentrationslagers Sachsenhausen wird erneut geschändet. Im Besucherbuch des Museums werden Schmierereien und Hakenkreuze gefunden.

Sonntag, 13.11. –

Auf dem Parkplatz der Gedenkstätte Buchenwald werden neun Jugendliche aus Weimar, Sondershausen, Bochum und Münster vorläufig festgenommen, in deren Autos umfangreiches Propagandamaterial der kürzlich verbotenen Wiking-Jugend gefunden wird.

Freitag, 18.11. –

Das Amtsgericht Weimar verurteilt im dritten Prozeß um die Schändung der KZ-Gedenkstätte Buchenwald fünf Skinheads zu Bewährungsstrafen. Das Jugendschöffengericht verhängt gegen vier Angeklagte Freiheitsstrafen zwischen vier und sieben Monaten auf Bewährung. Eine weitere Tatverdächtige erhält eine Jugendstrafe, die auf zwei Jahre zur Bewährung ausgesetzt wird.

Sonntag, 20.11. –

Der NPD-Vorsitzende Günter Deckert wird vor der Gedenkstätte Buchenwald, die er im Rahmen sogenannter »politischer Spaziergänge« aufsuchen wollte, in Unterbindungsgewahrsam genommen.

Samstag, 26.11. –

Unbekannte Täter schänden einen jüdischen Friedhof in der Nähe der Ortschaft Busenberg im Landkreis Pirmasens/Rheinland-Pfalz. Die Täter werfen 50 bis 60 Grabsteine um und besprühen Grabmale mit Hakenkreuzen, Judensternen und antisemitischen Parolen.

Mittwoch, 14.12. –

Ein Schöffengericht in Berlin verurteilt drei Neonazis, die 1993 in einem Bus antisemitische Parolen von sich gegeben hatten, wegen Volksverhetzung zu Bewährungsstrafen zwischen vier und sechs Monaten sowie zu Geldbußen zwischen 400 und 500 Mark.

Donnerstag, 15.12. –

Das Landgericht München I verurteilt den Neonazi Bela Ewald Althans wegen Leugnung des Holocaust zu 18 Monaten Haft ohne Bewährung. Das Gericht befindet den Angeklagten der Volksverhetzung, der Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener und der Verbreitung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen für schuldig. Den von der Anklagebehörde beantragten Haftbefehl erläßt die Strafkammer mangels Fluchtgefahr nicht. Althans befindet sich derzeit in Untersuchungshaft, weil in Berlin ein weiteres Verfahren gegen ihn anhängig ist und nach Ansicht der Berliner Richter Verdunkelungsgefahr besteht. –

Der Bundesgerichtshof (BGH) hebt das Urteil von einem Jahr Bewährungsstrafe des Landgerichts Mannheim gegen den NPD-Vorsitzenden Günter Deckert auf. Nach Ansicht des BGH istdas Strafmaß zu milde und die Urteilsbegründung »rechtsfehlerhaft«. Wer den Holocaust leugne, »verdient dafür keine Strafmilderung«. Der BGH ordnet eine Neuverhandlung beim Landgericht Karlsruhe an.

Dienstag, 20.12. –

Wie die Bundesregierung auf eine Anfrage der PDS mitteilt, registrierte das Bundeskriminalamt (BKA) in den ersten neun Monaten insgesamt 937 antisemitisch motivierte Straftaten. Zu den Taten zählt ein versuchter Mord im Zusammenhang mit dem Brandanschlag auf die Synagoge in Lübeck im März. Hinzu kommen eine Brandstiftung, drei Körperverletzungen, 42 Fälle der Schändung jüdischer Friedhöfe und Gedenkstätten sowie 890 sonstige Straftaten.

ca. Montag, 26.12. –

Unbekannte Täter verwüsten den jüdischen Friedhof in Göppingen/Baden-Württemberg.

Mittwoch, 11.1.1995 –

Nach Mitteilung des rheinland-pfälzischen Innenministers stieg die Zahl der Schändungen von jüdischen Mahnmalen und Kultstätten in Rheinland-Pfalz in den letzten drei Jahren. Zwischen Oktober 1992 und November 1994 wurden 28 Schändungen registriert, in den vier Jahren zuvor waren es 35 solcher Straftaten. Von den 28 Schändungen konnten nur fünf aufgeklärt werden.

Montag, 16.1. –

In Frankfurt/Main wirft ein vermutlich geistig verwirrter Mann eine Flasche mit brennbarer Flüssigkeit gegen die Außenmauer der Westend-Synagoge.

Mittwoch, 18.1. –

Das Amtsgericht Frankfurt/Main lehnt die Eröffnung eines Prozesses wegen Volksverhetzung gegen den NPD-Vorsitzenden Günter Deckert ab. Die Staatsanwaltschaft hatte Deckert angeklagt, weil er in einem als Offenen Brief bezeichneten Schreiben an ein Präsidiumsmitglied des Zentralrats der Juden unter anderem behauptet hatte: »... das Land der Juden ist schon seit Jahrzehnten Israel und nicht Deutschland.« Gegen die Entscheidung des Gerichts legt die Staatsanwaltschaft Beschwerde ein.

Donnerstag, 26.1. –

Wegen des Verdachts der Volksverhetzung durchsucht die Polizei die Bundesgeschäftsstelle der NPD in Stuttgart, die Wohnung des NPD-Vorsitzenden Deckert sowie zehn weitere Objekte in Süddeutschland. Es werden Flugblätter, Filme und verschiedene Schriften sichergestellt, in denen der Massenmord an Juden geleugnet wird.

Montag, 30.1. –

Der Leiter der KZ-Gedenkstätte Buchenwald, Volkhard Knigge, wurde vom NPD-Vorsitzenden Günter Deckert bedroht. In einem Brief an Knigge schrieb Deckert, nach einem »Machtwechsel wären Sie auf der Liste mit Ihrem ganzen Vermögen, unter Aberkennung aller Rentenansprüche«. Knigge sei in einer britischen Datei von Rechtsextremisten erfaßt, in der sogenannte deutsch-feindliche Kräfte gespeichert würden. Wie eine Mitarbeiterin der Gedenkstätte mitteilt, sei der Brief nicht das erste Schreiben dieser Art.

Dienstag, 31.1. –

Der Landesvorsitzende der jüdischen Gemeinde in Sachsen-Anhalt, Peter Ledermann, wirft der Stadtverwaltung von Schönebeck bei Magdeburg offenen Antisemitismus vor. Im Wohnungsamt wurde jüdischen Zuwanderern aus Rußland, die einen Wohnberechtigungsschein beantragen wollten, mitgeteilt, sie sollten sich in anderen Städten eine Wohnung suchen.

Konkret 04/95, S. 27

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Wie mir einmal ein Aids-Test aufhalf

Im Februar neunzig, Outofrecordnotizen, die mir dieser Tage wieder einmal unterkamen, halten dies fest, steckte ich in der tiefsten Befindlichkeitssenke meines Lebens. Als leidenschaftlich engagiertes Mitglied im Verein Menschheit e.V. verzweifelte ich an den Destruktionstorheiten an Euphrat und Tigris, als Homme de lettre litt ich an einer rätselhaften wie entsetzlich demütigenden Wortfindungs- und Endreimschwäche. Ich ging nicht mehr zum Skat, säumte das Hallentennis und den donnerstäglichen Imperialismuszirkel, hatte kein Interesse an den Hervorbringungen der Natur, und selbst die sonst so geliebten Musiken Alban Bergs waren mir wurscht. Zu alledem suchte ich Ablenkung, ja Rettung! ausgerechnet beim Alkohol, diesem tückischen, kontrollverlustbefördernden Todfeind des Zentralen Nervensystems. Ich schien am Ende. Reif für die ambulante Therapie – wenn nicht für Schlimmeres ... Da fügte es sich wie vom Himmel, daß ich, wieder einmal schon in aller Herrgottsfrühe betrunken, in der Schenke am Bahnhof Dammtor meinem alten Freund Rainer L. begegnete, der mit dem Nachtzug von einem Thomas-Carlyle-Symposion zum Thema »Arbeiten und nicht verzweifeln« zurückgekehrt war. Rainer L., der, das wußte ich, Weihnachten 89 seiner von Haus aus unfruchtbaren Lebensgefährtin Brigitte H. seine Vasoresektion, also die Samenstrangdurchtrennung, geschenkt hatte, just for fun! »Was du brauchst«, sagte er, nachdem er seine Verwunderung über meinen desaströsen Zustand verdaut hatte, »was du brauchst, das ist ein kathartischer Thrill.« – »Was«, lallte ich zurück, »soll ich per Pedes durch die Wüste Gobi oder am Gummiseil von der Köhlbrandbrücke runter?« – »Keins von beidem«, sagte er, »ich meine: Mach doch mal nen Aidstest.« Aidstest, Aidstest, was eine Schnapsidee, dachte ich, einerseits ... andererseits ... warum nicht? Wir verabschiedeten uns, er ging Richtung Uni, wo er um 11 Vorlesung hatte, ich nahm das Taxi nach Hause, um mich auszunüchtern. Tags drauf saß ich, das in einem Zug geleerte Glas Wasser in zittriger Hand, in der Blutabnahmekabine der laboratoriumsmedizinischen Großpraxis in der Hamburger Bergstraße und wartete auf die Wiederauferstehung des aderlaßbedingt zusammengekrachten Kreislaufs. Keine drei Wochen später erbrach ich im Cafe der Katholischen Studentengemeinde im Beisein eines Kännchens Malventee das Kuvert und las den »Befundbericht: Patient Tomayer, geboren am, Kasse AOK, HIV-1/2 Antikörper (Elisa), Ergebnisnegativ, Unterschrift Doktor Sowieso ...« Waren es meine antidepressiven Selbstheilungskräfte, oder war es der positive Schock des Befunds? Ich kann es auch heute nicht mit Gewißheit sagen. Jedenfalls mit meiner Befindlichkeit gings augenblicks bergauf, Skat und Tennis und Alban Berg und Schneeglöckchen und Endreim und donnerstäglicher Imperialismuszirkel, kurz: Die ganze schöne Existenz inklusive Reflexion macht seither wieder einen Hei!den!spaß! Und so solls ja auch sein. Gell?!

Ei freilich, Boenisch, wir, die **Original deutsche Linke**, die wir mal grausam sind und mal gut

Die wir mal am Stieleis lecken und mal Blut

Die wir mal am Golf operieren und mal im OP

Die wir mal was Gutes tun und dann mal wieder weh

Was sind wir doch, gemessen am Volumen des Alls und in eines Meteoritenfeuerschweifes grell erkenntnisstiftendem Schein

Mit all unserem Wissen wie die oh Kinderlein kommet so klein

Selber zu winzig für große Appelle an die Demut freuen wir uns aber wie das Schneehäs’chen über den ersten Schnee, wenn ein Großer wie du so grandios räsoniert

Und desderwegen haben wir, die **Original deutsche Linke**, dich, oh Boenisch, nicht nur zum größten Knallkopf des Jahres, nein, zum größten Knallkopf des ausklingenden Millenniums gekürt

Belohnet aber werden sollst du für diesen deinen megaflotten Scheiß

Dergestaltermaßen, und das sagen wir nicht einfach so dahin, das sagen wir dir weis

Daß, wohin du deinen Body, Boenisch, fürder schiebst, auf Schritt und Tritt

Die Menschheit angesichts deines Herannahns auseinanderstieben soll, den Edvardmunchschrei auf den Lippen: Obacht, der Boenischmeteorit!

Konkret 04/95, S. 28

Erwin Riess

Zu Protokoll

Vom Rassismus der Linken oder Groll streicht einen Zaun. Ein Dialog

Wien-Floridsdorf. Groll, ein Rollstuhlfahrer und Berufsunfähigkeitspensionist, streicht den Zaun im Vorgarten seiner Behindertenwohnung. Magister Tritt, ein Soziologe, eilt auf ihn zu.

TRITT: Guten Tag, Freund Groll!

GROLL *ohne sich umzudrehen:* Guten Tag!

TRITT: Warum streichen Sie nur die oberen Sprossen?

GROLL *wendet den Rollstuhl und sieht Tritt mit einem durchdringenden Blick an.*

TRITT: Entschuldigen Sie.

GROLL: Die Teile, die in meiner Reichweite sind, streiche ich dafür mehrmals.

TRITT: Darf ich Ihnen helfen?

GROLL: Kommt nicht in Frage.

TRITT: Vorher war der Zaun gleichmäßig von der Sonne ausgebleicht, jetzt ist er scheckig wie eine Hyäne. Wo liegt da der Sinn?

GROLL: Das müssen Sie die Hausverwaltung fragen. Sie hat mir schon drei Drohbriefe geschrieben. Sie droht mir mit der Erschießung, falls ich den Zaun nicht binnen Wochenfrist streiche.

TRITT: Was ist das für eine Hausverwaltung?

GROLL: Eine sozialdemokratische. Ich darf aber bei der standrechtlichen Erschießung im Rollstuhl sitzen bleiben. Ein soziales Entgegenkommen.

TRITT: Die Verrohung der Sitten nimmt beängstigende Ausmaße an.

GROLL: Richtig! Seit die Sozialdemokraten Haider offiziell ausgrenzen und heimlich wählen, ist der Ton der Hausverwaltung merklich schärfer geworden.

TRITT: Sehen Sie, lieber Groll, genau darüber wollte ich mit Ihnen reden.

GROLL: Worüber?

TRITT: Ich möchte im nächsten Semester eine Vorlesung über das Verhältnis der Linken zur Behindertenfrage halten. Da ich weiß, daß Sie sich zur Restlinken zählen, würde ich Sie gern befragen.

GROLL: Fangen Sie an.

TRITT *zieht einen Notizblock hervor und liest:* Aufgrund ihrer gesellschaftlichen Randstellung finden sich unter den Behinderten sehr viele kritische, linke Menschen.

GROLL: Falsch!

TRITT: Wieso?

GROLL: Aufgrund ihrer Ghettoisierung fristen viele Behinderte ein Außenseiterdasein. Sie sind zu hoher Standorttreue verurteilt und werden somit eine leichte Beute des Fernsehens. Folglich finden Sie unter den Behinderten Nebelhaftigkeit im Denken, Obskurantismus und Liquidatorentum. Weit verbreitet sind auch die gewöhnliche Dunkelmännerei und ein notorischer Hang zum Anschwärzen von Schicksalsgenossen.

TRITT: Das meinen Sie doch nicht ernst!

GROLL: Bei der Pflegegeld-Demonstration vor dem Finanzministerium wurde ich Zeuge, wie mehrere Rollstuhlfahrer »Ausländer raus!« brüllten, nachdem die Behindertensprecherin der FPÖ dazu aufgefordert hatte.

TRITT: Wie haben Sie darauf reagiert?

GROLL: Ich skandierte eine Gegenparole: »Behinderte raus!«

TRITT *nachdenklich:* Ich war der Meinung, daß behinderte Menschen weltoffener als ihre Mitbürger sind.

GROLL: Das genaue Gegenteil ist der Fall, Sie Illusionist! Wie sollte denn jemand, dem die Welt nicht offen steht, weltoffen sein?

TRITT: Ich dachte, daß Behinderte meistens verkabelt seien.

GROLL: Ein gedanklicher Kurzschluß! Kabelfernsehen und Weltoffenheit schließen einander aus. Als die Kabelgesellschaft vor Jahren zum Sturmangriff auf meinen Gemeindebau ansetzte, klebte ich noch vor dem Beginn der Kampfhandlungen ein Stück Elektrokabel an meine Wohnungstür. Daneben befestigte ich ein altes Plakat aus der Zeit des Vietnamkrieges: »Ami go home!« Das »Ami« habe ich durch »Kabel« ersetzt. Die Männer von der Kabelgesellschaft waren wie vor den Kopf geschlagen. Noch am selben Tag riß ich das Telefonkabel im Stiegenhaus aus der Wand und kaufte mir ein Funktelefon.

TRITT: Ein Handy?

GROLL: Nein, ein sowjetisches Röhrengerät der Marke »Traktorist«, ich ziehe es auf einem Lastrollstuhl hinter mir her.

TRITT: Aber gerade Sie, der Sie immer die Provinzialität Österreichs beklagen, gerade Sie müßten doch an der Welt außerhalb Österreichs interessiert sein!

GROLL: Ich bin nur daran interessiert.

TRITT: Folglich müßten Sie doch das Kabelfernsehen nützen!

GROLL *zornig:* Im kommunistischen Manifest werden Sie nichts über Kabelfernsehen finden, und ich halte mich auch in Fragen des Alltags an die Anweisungen der Klassiker. Wozu soll ich kabelfernsehen? Damit ich sehe, wie in der senegalesischen Casamance der Sezessionskrieg fortgesetzt wird? Damit ich erfahre, daß Burkina Faso beeindruckende Sozialreformen verwirklicht hat und im Sahel als das Kuba Westafrikas gehandelt wird? Damit ich den Kampf der algerischen Rif-Kabylen, die der ORF als Berber denunziert, gegen den Klerikalfaschismus verfolgen kann? Das weiß ich auch ohne Kabel, Sie Tropf! Wenn Sie mich weiter damit ärgern, werde ich auch vor dem Äußersten nicht zurückschrecken, dann werde ich den Tiefkühl-Kabeljau im KONSUM boykottieren.

TRITT: Der Schaden wird beträchtlich sein. Woher beziehen Sie denn Ihr Wissen?

GROLL: Ich bediene mich eines weltweiten Informantennetzes.

TRITT: Abgesprungene Stasi-Agenten? Leute vom KGB?

GROLL: Denunzianten und Defätisten haben bei uns nichts verloren. Ich rede von behinderten Kolleginnen und Kollegen.

TRITT: Ich verstehe. *Er trägt etwas in sein Notizbuch ein.* Darf ich mit meinen Fragen fortfahren?

GROLL: Bitte.

TRITT: Bei den Klassikern des Sozialismus finden sich erstaunlicherweise keinerlei Aussagen über Behinderte.

GROLL: Falsch! Engels' *Lage der arbeitenden Klasse* und Marx' *Kapital* handeln von nichts anderem. Ganz zu schweigen von den Artikeln, die Marx und Engels über die Verstümmelungen während des Sepoy-Aufstandes in Indien im Jahre 1857 verfaßten. Oder die Kommentare von Marx in den technologisch-historischen Exzerpten. Lesen Sie seine Anmerkungen zur ursprünglichen Akkumulation, die Umwandlung von Waisen- und Irrenanstalten zu Arbeitshäusern.

TRITT: Ich meine eher die philosophischen Dimensionen des Marxschen Denkens.

GROLL: Pardon! Ich vergaß, daß Sie ein Sozialdemokrat sind. Aber auch hier irren Sie. In der *Kritik der Hegelschen Dialektik und der Philosophie überhaupt* entwickelt Marx den Begriff der Entfremdung, es heißt dort, daß der sich selbst entfremdete Mensch auch seinem gesellschaftlichen Wesen nach ein entfremdeter Denker ist; und welche Entfremdung könnte größer sein als diejenige, die ein Mensch erlebt, dessen Glieder oder Sinne sich von ihm emanzipiert oder entfremdet haben, indem sie die Arbeit einstellen, streiken oder gänzlich verschwinden? Die Lähmung eines Beins zum Beispiel ist nichts anderes als ein partieller Generalstreik.

TRITT: In diesem Sinne ließe sich ja die ganze Geschichte auf die Behindertenfrage reduzieren!

GROLL: In diesem Sinne heißt behindert sein, daß innerhalb des Behinderten ein Kampf zwischen seinem fungierenden und seinem potentiellen, seinem naturhaften und seinem gesellschaftlichen Wesen tobt. Mit anderen Worten: Mit dem Verlust bestimmter körperlicher oder geistiger Fähigkeiten geht der behinderte Mensch auch der damit korrespondierenden Teile seines Wesens verlustig. Er büßt die eigentümliche Qualität der menschlichen Existenz ein – die Veränderungsfähigkeit durch die Arbeit an der Natur und damit an sich selber. Die meisten Behinderten verändern sich nicht, sie bleiben, wie sie sind.

TRITT: Das ist ja geradezu blasphemisch!

GROLL: Warum? Wer täglich mit dem Status quo zu kämpfen hat, entwickelt schwerlich Utopien.

TRITT: Aber gerade Marx war ein Prophet der Veränderung!

GROLL: So wurde er in der Sozialdemokratie verstanden, in Wahrheit war Marx vor allem ein leidenschaftlicher Kritiker der bestehenden Ordnung. Vielleicht haben Sie schon davon gehört, daß nach Marx das Individuum nichts anderes ist als

das Ensemble der vorgefundenen gesellschaftlichen Verhältnisse. Wenn Sie sich dazu bequemen, den sozialdemokratischen Horizont zumindest gedanklich hinter sich zu lassen, werden Sie feststellen, daß sich aus dem oben Gesagten ein Doppelcharakter der Behinderung ergibt: Zum einen ist sie lästige Erschwernis des Alltags, zum anderen wird sie im gesellschaftlichen Verkehr von politökonomischen Verwerfungen überformt, die bis zum staatlich verordneten Massenmord reichen können. Es ist diese zweite Dimension von Behinderung, die das Leben behinderter Menschen schwierig macht.

TRITT: Das ist mir zu pessimistisch!

GROLL: Andererseits behaupten Behinderte schon durch ihre Existenz die Möglichkeit einer anderen Lebensform. Sie sind ein lebender Widerspruch, der dazu drängt, die Grundlage dieses Widerspruchs, die Unterwerfung der Menschen unter die Zwänge der Plusmacherei, umzuwälzen. Aus diesem Grund spiegelt ja auch die Art des gesellschaftlichen Umgangs mit Behinderten die zivilisatorische Stufe der jeweiligen Gesellschaft wider.

TRITT: Die Behinderten als Spiegel der Nichtbehinderten! *Er schreibt in sein Notizbuch.*

GROLL: Unter anderem üben die Behinderten auch diese gesellschaftliche Rolle aus. Ebenso wichtig erscheint mir aber eine andere Funktion.

TRITT: Reden Sie!

GROLL: Sie disziplinieren die Nichtbehinderten. Es liegt in der Logik unserer Gesellschaftsordnung, daß vor den behinderten Staatsbürgern ständig neue Barrieren aufgetürmt werden. Die gesellschaftliche Behinderung wirkt als Stigmatisierung, und zwar derart, daß noch der ausgebeutetste Nichtbehinderte froh ist, bloß ausgebeutet und betrogen, nicht aber behindert zu sein. Wir sind also ohne unser Zutun eine gesellschaftliche Abschreckungswaffe. Und diese Waffe wird jeden Tag aufs neue in Stellung gebracht.

TRITT: War es nicht der aufgezwungene Rüstungswettlauf, der dem sozialistischen Lager seine Humanität raubte? Ist es nicht am militärindustriellen Komplex zugrundegegangen?

GROLL: Ich bin der tiefen Überzeugung, daß die Kommunisten, wären sie zugrunde gegangen, anstatt sich zugrunde gerichtet zu haben, wegen ihres Versagens gegenüber den Schwächsten zugrunde gegangen wären. Übrigens möchte ich Kuba von diesem Befund ausnehmen. Selbst heute noch, da Kuba ökonomisch erdrosselt wird, leben geistig Behinderte dort unvergleichlich menschenwürdiger als in den USA. Dennoch: Die Marxschen Gedanken sind zuerst in den Behindertenghettos des Realen Sozialismus erstickt. Ich erinnere mich noch mit Schaudern an die Warnungen beamteter Revolutionäre vor den politisch unberechenbaren Lumpenproletariern, wozu auch die Behinderten gezählt wurden.

TRITT: Bei allem Respekt für Ihre Lage: Heißt das nicht, die Bedeutung der Behinderten für die Linke grotesk überzubewerten?

GROLL: Keinesfalls! Der Aufstand der russischen Proleten war zu großen Teilen ein Aufstand der Lumpenproletarier, der Kriegskrüppel, Invaliden, Arbeits- und Wohnungslosen. In jeder Revolution, die in den Straßen ausgefochten wurde, war der Anteil der Deformierten, der späteren »Ballastwesen«, unverhältnismäßig hoch. Der Abscheu der Bürger vor den Kommunisten war auch der Abscheu vor den in deren Reihen hinkenden oder rollenden Krüppeln. Nehmen Sie nur die Ausrufung der österreichischen Republik im Oktober 1918: Auf den Fotos erkennen Sie überwiegend Kriegskrüppel – einbeinige, blinde, verwachsene, skrofulöse Menschen. Das Massaker am Gründonnerstag 1919 in Wien – nahezu alle Getöteten waren Kriegsinvaliden! Die Angehörigen des Arbeiter- und Soldatenrates, der die Macht bis ins Jahr 1920 innehatte: nur wenig Nichtbehinderte. Dieselbe Situation in Italien, in Deutschland, in der Slowakei, in Ungarn. Nein, geschätzter Freund, wir dürfen nicht die Augen davor verschließen, daß sowohl die Sozialdemokraten als auch die Kommunisten in den Jahren des kapitalistischen und des sozialistischen Aufbaus in dieser Frage auf der ganzen Linie versagt haben. Für die Revolution waren die Krüppel gut genug, Staat wollte man mit ihnen aber keinen machen. Der Reale Sozialismus sperrte sie in Heime, nie erlangten sie die Freiheit, ihren Bedürfnissen gemäß zu leben. Zwar wurden den Behinderten untergeordnete Arbeiten zugeteilt, die baulichen und sozialen Barrieren aber wuchsen mit der Saturiertheit der Revolutionäre ins Skandalöse. Mit dem Rollstuhl den Alexanderplatz zu überqueren, die Altstadt von Krakau zu befahren oder in Budapest eine Behindertentoilette zu finden, das waren Extremsituationen, die nur mit der Kursker Panzerschlacht zu vergleichen sind! Für mich gibt es keinen Zweifel, daß in diesen Beispielen nicht nur abgrundtiefe Borniertheit, sondern, mehr noch, eine generelle Menschenfeindlichkeit sich ausdrückt.

TRITT: Sie bringen es noch soweit, daß ich als Sozialdemokrat die Kommunisten vor Ihnen in Schutz nehme!

GROLL: Warten Sie ab, was ich über die Sozialdemokratie zu Protokoll gebe. Aber noch sind wir beim Realen Sozialismus. Es stimmt: Behinderte bekamen ihren Trabant schneller als Nichtbehinderte. Es stimmt: Sie durften auch in den Westen reisen, um ihre Rollstühle reparieren zu lassen.

TRITT *schreibt:* Sehen Sie!

GROLL: So mancher Verantwortliche hoffte wohl, sie würden im Westen bleiben. Die große Sowjetunion, die Sibirien und den Weltraum erschloß, die Flüsse umleitete, Wüsten bewässerte und Millionen Panzer produzierte, war nicht in der Lage, eine funktionierende Hilfsmittelversorgung auf die Beine zu stellen. Haben Sie einmal sowjetische Rollstühle gesehen? Bei ihrem Anblick glaubte man, eine Selbstfahrlafette aus der Zeit Iwans des Schrecklichen vor sich zu haben.

Tritt schüttelt den Kopf und schreibt eifrig in das Notizbuch.

GROLL: Anfang der achtziger Jahre erteilte der Stadtrat in Frankfurt an der Oder der evangelischen Kirche die Erlaubnis, für einen querschnittgelähmten Burschen zu sammeln – er sollte einen Westrollstuhl erhalten. Und das, nachdem der Bedauernswerte ein volles Jahr im Bett gelegen hatte!

TRITT: Das ist nicht wahr!

GROLL: Das dachte der Betroffene auch. Einem durch Kinderlähmung schwer gehbehinderten Mitarbeiter eines großen Berliner Verlages mutete man eine Wohnung im sechsten Stock ohne Lift zu.

TRITT: Unmöglich!

GROLL: Eine Tatsache. Ein Bluter mußte von Woche zu Woche um seine lebensnotwendigen Medikamente bangen. Das VEB Arzneimittelwerk war nicht in der Lage, kontinuierlich zu liefern.

TRITT: Aufhören!

GROLL: In ungarischen Schulen wurden behinderte Kinder von ihren nichtbehinderten Altersgenossen strikt getrennt. In der polnischen Stadt Bialystok durfte ein muskelkrankes Mädchen mit Gleichaltrigen nicht einmal denselben Kindergarten besuchen.

TRITT: Dabei hätte der Reale Sozialismus erstmals die Voraussetzungen für ein menschenwürdiges Leben auch behinderter Menschen geboten, ein Leben frei von Faschisten, Ausbeutern und mächtigen Dummköpfen.

GROLL: Doch der Feind der Behinderten saß von allem Anfang mit am Tisch, saß im Politbüro, saß in den Parteivorständen, und dieser Feind hieß: Rassismus.

TRITT: Ich weigere mich, das zu glauben!

GROLL: Dann hören Sie die folgende Geschichte: Im Jahre 1982 fuhr ich mit dem Auto in die DDR, und an der Grenze fragte mich der Zöllner: »In welchem Ausmaß sind Sie denn schwerbeschädigt?«

TRITT: Schwerbeschädigt?

GROLL: Sie hören recht. Wer behinderte Menschen als schwerbeschädigt tituliert, degradiert sie zu Wesen jenseits der Person, einer Maschine näher stehend als einem Menschen. Die Unterdrückung behinderter Menschen zählt dann nur als Sachbeschädigung, wie die Ermordung eines Hundes.

TRITT: Ich bin entsetzt!

GROLL: Als ich den Zöllner dieses unsägliche Wort aussprechen hörte, war mir klar, daß es mit dem humanistischen Gehalt der »entwickelten sozialistischen Gesellschaft« nicht so weit her sein kann; und als ich, Jahre später, in einer Rostocker Buchhandlung das Buch *Schwerbeschädigtengesetz der DDR* erwarb, stand für mich fest: In den sozialistischen Staaten behindert zu sein, ist ein empörend schweres Los.

TRITT: Niemand hat davon gesprochen.

GROLL: Die Defekte des Sozialismus wollte man nicht an seinen Bürgern verwirklicht sehen. Deswegen wurde der »allseitig vervollkommnete sozialistische Körper« auf Universiaden und Spartakiaden in einer Art und Weise vergötzt, die Leni Riefenstahl mit Genugtuung erfüllt haben muß. Der defekte Körper, der defekte Geist aber wurden in Sonderanstalten gesperrt, die Atombunkern mehr als Sanatorien glichen.

TRITT: Ein monströser Vergleich! Aber ich gebe zu: Die Bilanz der Staatskommunisten in der Behindertenfrage scheint niederschmetternd. Lassen Sie uns nun von der Sozialdemokratie sprechen.

GROLL: Wie Sie wollen! In gewisser Hinsicht ist sie noch bösartiger mit den Behinderten umgesprungen als die Kommunisten. Zur Borniertheit der Kommunisten gesellte sich bei ihnen ein gerüttelt Maß an Feigheit und Verschlagenheit.

TRITT: Das müssen Sie begründen!

GROLL: Nichts leichter als das. Die Kommunisten versteckten die Behinderten, weil sie nicht in ihr Weltbild vom flözhauenden, pipelinebohrenden und stahlabstechenden Stachanow paßten. Die Sozialdemokraten aber gingen in Österreich darüber noch hinaus, sie sorgten sich darum, die vielen Euthanasiefanatiker nicht zu verschrecken – Wählerstimmen, ohne die Mehrheiten nicht zu erzielen sind.

TRITT: Das gilt aber nicht für die ersten Jahre der Regierung Kreisky!

GROLL: In der ersten sozialistischen Alleinregierung Österreichs, dem Kabinett Kreisky I, das am 21. April 1970 aus FPÖ-Gnaden zustande kam, waren vier von zwölf Ministern ehemalige Angehörige von SS und NSDAP. Kann es da verwundern, daß ein des hundertfachen Mordes an geistig Behinderten überführter Mann, Primarius Dr. Gross, Mitglied des »Bundes Sozialistischer Akademiker«, meistbeschäftigter Gerichtspsychiater Österreichs und Inhaber der weltgrößten Sammlung von in Spiritus eingelegten Hydrocephali, im Volksmund »Wasserköpfe« genannt, vom SPÖ-Justizminister Broda gedeckt wurde? Auch der Kommandant des Wilnaer Ghettos, Murer, wurde nie angeklagt. Sein Sohn Gerulf stellte sich als hoher FPÖ-Politiker schützend vor ihn. Der langjährige Parteivorsitzende der FPÖ, Friedrich Peter, wurde als ehemaliges Mitglied einer SS-Mordbrigade enttarnt – keine Anklage. Horst Silberbauer, der Mann, der Anne Frank verhaftet hatte und dem Simon Wiesenthal Dutzende Verbrechen nachweisen konnte, versah jahrzehntelang als Polizist in Wien Dienst und ging hochdekoriert in Pension; die Jahre, die er für die Gestapo während des Krieges in Holland gearbeitet hatte, wurden ihm selbstverständlich für die Rente angerechnet. Die wenigen Überlebenden des Euthanasie-Vernichtungslagers Hartheim erhielten nicht einmal eine Entschädigung.

TRITT: Die Laxheit im Umgang mit den Nazis war der Preis für die Erlangung der Unabhängigkeit.

GROLL: Während der Anwesenheit der Alliierten wurden in Österreich achthundert Kriegsverbrecherprozesse geführt, nach ihrem Abzug 1955 kam es nur mehr zu sechsundvierzig Kriegsverbrecherprozessen, die in sechzehn Fällen mit geringfügigen Verurteilungen endeten. Mit Antritt der Regierung Kreisky II im Jahre 1972 wurden überhaupt alle Kriegsverbrecherprozesse eingestellt, obwohl ausreichende Anklagen gegen Hunderte unbehelligt in Österreich lebende Kriegsverbrecher bestanden. Wundert es Sie da, daß in den siebziger Jahren die Ghettoisierung behinderter Kinder in Sonderschulen verstärkt betrieben wurde? Daß zur selben Zeit in Italien alle Sonderschulen ersatzlos gestrichen wurden und die Integration behinderter Kinder ins Regelschulwesen erfolgte, wurde von sozialistischen Bildungspolitikern nicht einmal ignoriert.

TRITT: Aber gerade im Bildungsbereich hat die SPÖ eine große Vergangenheit! Bedenken Sie die Errungenschaften des »Roten Wien«!

GROLL: Ich will sie nicht schmälern. Trotzdem füge ich hinzu, daß der berühmte Sozialhygieniker – welch ein Wort! – Julius Tandler nicht davor zurückschreckte, »lebenswertes« von »lebensunwertem« Leben zu unterscheiden.

TRITT *gereizt:* Sie haben aber an jedem etwas auszusetzen!

GROLL: Ich sage, was ist. Es war die Wiener SPÖ, die sich bis zuletzt gegen die Einführung des Pflegegelds wehrte, Behinderte sollten ihrer Ansicht nach nicht mit Geld und der damit verbundenen gesellschaftlichen Macht ausgestattet werden, man war nur zu unzureichenden Sachleistungen bereit. Die Hauptgegner der Einführung des Pflegegelds waren nicht die bürgerlichen und kirchlichen Parteien und Gruppierungen, unser Hauptgegner war die vereinte Sozialdemokratie, der Finanzminister, der Sozialminister, der Wiener Finanzstadtrat, der Präsident der Arbeiterkammer, der Präsident des Gewerkschaftsbundes. Ich bemühe mich nach Kräften, die Erinnerung unter meinen behinderten Kollegen und Kolleginnen daran wachzuhalten, daß wir selbst es waren, die das Pflegegeld in einem fünfzehn Jahre währenden Sozialkrieg erkämpften!

TRITT: Und ich erinnere mich daran, daß auch der »Kriegsopferverband« gegen die Einführung des Pflegegelds für sogenannte Zivilinvaliden protestiert hat, und der ist wahrlich nicht sozialdemokratisch ausgerichtet.

GROLL: Deswegen war es uns auch ein leichtes, ihm das Maul zu stopfen. Wesentlich schwieriger war dagegen unser Stand in einer sozialdemokratisch dominierten Wohnhausanlage. Dort zirkulierten Unterschriftenlisten, auf denen Nichtbehinderte dagegen protestierten, daß Behinderte Waschmaschinen für ihre Wohnung erhielten. Die Nichtbehinderten wollten nicht einsehen, daß die Waschmaschinen von der Behindertenvertretung durchgesetzt wurden, weil die Rollstuhlfahrer die Gemeinschaftswaschküchen wegen der vielen Stufen nicht benutzen konnten. Dasselbe galt für die Saunen und die dreihundert Gemeinschaftsräume, die allesamt für Gehbehinderte unerreichbar waren. Es dauerte Monate, bis eine Gerätekammer zum Sportraum für Behinderte umfunktioniert, es dauerte Jahre, bis eine Sauna adaptiert werden konnte. Das alles geschah unter den wachsamen Augen der örtlichen Sozialdemokratie; die Behinderten erhielten von ihrer Seite nicht nur keine Hilfe, im Gegenteil, es waren Funktionäre der SPÖ, die die Unterschriften sammelten.

TRITT: Und es fanden sich Mieter, die niederträchtig genug waren, zu unterschreiben?

GROLL: Zweihundertzweiundsiebzig von sechshundersechsundzwanzig. Und bei Hausversammlungen unter Aufsicht der SPÖ wurden die Behinderten beschimpft; die Gattin eines Bezirksfunktionärs der SPÖ ging noch weiter, sie warf den Behinderten vor, über ungerechtfertigte Privilegien wie einen Parkplatz vor der Wohnung zu verfügen, sie forderte dasselbe auch für Nichtbehinderte. Wenn Sie glauben, daß die SPÖ ein Wort der Entschuldigung, ein Wort der Distanzierung gefunden hat, haben Sie sich getäuscht. Im Gegenteil, gegen einen erzürnten Rollstuhlfahrer, ein SPÖ-Mitglied, wurde in der Folge ein Parteiausschlußverfahren angestrengt.

TRITT: Gehe ich recht in der Annahme, daß sich diese Vorfälle in Ihrem Gemeindebau ereignet haben?

GROLL: Ja. Und ich komplettiere das Bild von der Floridsdorfer SPÖ, indem ich Ihnen sage, daß nach der letzten Gemeinderatswahl, bei der die FPÖ mit ihrem »Ausländer raus!«-Wahlkampf fast ein Viertel der Stimmen bekommen hatte, das Sektionslokal der SPÖ geschlossen wurde. Die Folge war, daß bei der jüngsten Nationalratswahl der FPÖ-Anteil in diesem Wahlsprengel auf über fünfzig Prozent geklettert ist, und das trotz der Tatsache, daß nach wie vor rund drei Viertel der Mieter SPÖ-Mitglieder sind.

TRITT: Wo arbeiten diese Leute?

GROLL: Beim Magistrat, bei den Verkehrsbetrieben, der städtischen Müllabfuhr, der städtischen Versicherung, den städtischen Wasserwerken, der Wiener Polizei – alles sozialdemokratische Hochburgen. Während der SPÖ-Bundeskanzler Haider ausgrenzt, betreibt sein Innenminister die Haidersche Ausländerpolitik, und die SPÖ-Mitglieder wählen FPÖ. Tatsache ist, daß die Partei, die Haider verbal am stärksten bekämpft, in ihren Taten und Nicht-Taten das meiste dazu beiträgt, daß Haider immer stärker wird.

TRITT: Immerhin verfügt die SPÖ über einen Behindertensprecher.

GROLL: Der selber nicht behindert ist, was in jedem zivilisierten Land einen Ausschließungsgrund darstellt. Außerdem ist er Leiter des Tiroler Landesinvalidenamts.

TRITT: Was ist daran problematisch?

GROLL: Als Leiter des Landesinvalidenamtes untersteht er dem Sozialminister. Als Behindertenpolitiker müßte er den aber ständig attackieren. Ein klassischer Fall von Interessenkollision.

TRITT: Das stimmt, die Optik ist bedenklich.

GROLL: Nicht nur die Optik, Sie Weißwäscher, nicht nur die Optik! Der Direktor der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt flog vor einigen Jahren mit behinderten Sportlern zu einem Wettkampf nach Singapur. Die Versehrtensportler drängten sich in der Touristenklasse, der Herr Direktor aber belegte ein Luxusabteil, in dem für drei Rollstuhlfahrer Platz gewesen wäre.

TRITT: Was kann die SPÖ dafür?

GROLL: Sie hat den Mann, einen ehemaligen Chauffeur, auf den Direktorsposten gehievt.

TRITT *triumphierend:* Sie als Linker werfen einem Proletarier dessen Herkunft vor?

GROLL: Keineswegs, ich werfe ihm vor, nichts gelernt zu haben und darauf auch noch stolz zu sein.

TRITT: Sie können aber nicht leugnen, daß unter sozialdemokratischen Regierungen der Sozialstaat nicht wie in anderen Staaten demontiert wurde.

GROLL: Sie haben recht. Er wurde nicht demontiert, er wurde von innen ausgehöhlt. Und die SPÖ ist daran nicht unbeteiligt: Der Präsident der Dachorganisation der Behindertenverbände wartet schon seit zwei Jahren auf einen Termin beim Kanzler.

TRITT: Das glaube ich nicht. Ich gebe Ihnen allerdings zu, daß die Ökonomie manche wünschenswerte soziale Verbesserung nicht zuläßt.

GROLL: Die Ökonomie selber untersagt gar nichts, Sie Roßtäuscher! In unserem Fall ist die Ökonomie eine abgeleitete Größe der Ideologie, und die Ideologie ist bekanntlich das Feld, auf dem die Menschen sich der gesellschaftlichen Konflikte bewußt werden. Nur bewußte Menschen können Sozialisten sein, gegen die Gefühlsduselei in der Linken hat Marx schon vor hundertfünfzig Jahren in der Schrift *Das Elend der Philosophie* gewettert. Die sozialistischen Staaten und der Sozialstaat der Sozialdemokraten gehen gemeinsam unter. Wer sich um die Schwächsten nicht kümmert, der kann auch keine Ökonomie führen. Die Ikone beider Sozialismen war der schweißüberströmte, siegessichere Facharbeiter. Muskeln wie ein Gebirge, Blick in die Ferne, Fäuste wie ein Amboß. Der sozialistische Humanismus ist, was die Lage der Behinderten betrifft, nichts als eine böse Karikatur auf eine Gesellschaft, in der potentiell jeder seinen Bedürfnissen gemäß hätte leben können.

TRITT: Das ist ein niederschmetternder Befund.

GROLL: Das Menschenbild des Sozialismus ist, ich sage das als zukunftsfroher Marxist, durch und durch rassistisch. Daß der Antisemitismus in der Linken nicht ausgestorben ist, daran besteht ja mittlerweile kein Zweifel mehr. Daß auch der gewöhnliche Rassismus in der Linken tief verwurzelt ist, diese Geburtsbehinderung muß gerade uns behinderten Linken zu denken geben.

TRITT: Da erhebt sich aber die Frage: Wozu überhaupt noch Linker sein?

GROLL: Die Frage ist berechtigt. Aber sie ist leicht zu beantworten, wenn Sie die politischen Alternativen in Betracht ziehen.

TRITT: Ja, manchmal unterscheiden sich die Alternativen nur im Ausmaß ihrer Scheußlichkeit.

GROLL: Auf dieses wahre Wort hin trete ich Ihnen den Pinsel ab. Sie dürfen den Rest streichen.

TRITT *überrascht:* Vielen Dank! Sie werden es nicht bereuen.

Erwin Riess schrieb in KONKRET 2/95 über Österreichs Feiern zur »Befreiung« vom Nationalsozialismus

Konkret 04/95, S. 33

Thomas Ebermann, Rainer Trampert

Die Offenbarung der Propheten II

Wie das böse Geldkapital über das produktive Kapital hinauswuchert und sekundenschnell um die Welt kreist; wie Nationalstaaten auf wundersame Weise ihr Leben aushauchen und die Differenzen zwischen 1. und 3. Welt, zwischen Zentrum und Peripherie, abhängigen und weniger abhängigen Staaten sich auflösen. Zweiter Teil einer dreiteiligen Serie über die Sanierung des Kapitalismus und die Verwandlung linker Theorie in Esoterik

Viele linke Theoretiker sind sich darin einig, daß der Kapitalismus seit etwa zwei Jahrzehnten nicht mehr der alte ist. Karl Heinz Roth vermutet, daß ein »extrem destruktiver Akkumulationstyp« sich »nunmehr seit 20 Jahren« sogar »völlig konträr zur ... Marxschen Kapitaltheorie« verhalte, weshalb dem Ganzen mit der »marxistischen Kritik der politischen Ökonomie ... nicht mehr beizukommen« sei. Etwas Außergewöhnliches muß geschehen sein, wenn selbst die alten kolonialistischen, imperialistischen und faschistischen Epochen, die Mord, Totschlag und Raub in extenso sowie zwei Weltkriege vorweisen können, vor dieser neuen Destruktivität noch im Grabe erschauern. Aber was?

Bei Robert Kurz begegnet uns ein »fiktives Kapital des global verzinsten Geldes«, welches »über jede kapitalproduktive Basis hinausgewuchert« und »außer Kontrolle« geraten sei. Die »Herstellung des unmittelbaren Weltkapitals« habe »die Zersetzung der alten territorialen Staatlichkeit und der Nation genannten Großgebilde, die vom noch größeren Weltmarkt obsolet gemacht wurden«, zur Folge. Die Nationen hätten sich insgesamt »als gesellschaftlicher Bezugsrahmen entwirklicht«. Auch für Joachim Hirsch hat die »Globalisierung des Kapitals«, die in »wachsendem Tempo« vorangeschritten sei, die »Wertvorstellungen und politischen Orientierungen«, die für Nationalstaaten bestimmend waren, aufgelöst. Das »Prinzip der Einen Nation« gehöre »wohl endgültig der Vergangenheit an«, und infolge der »Einschränkung staatlicher Souveränität laufen demokratische Prozesse mehr und mehr auf«. Für »demokratische Beteiligung und soziale Sicherung« habe der Nationalstaat seine Bedeutung verloren. Wenn also Wolfgang Schäuble den Lauschangriff will oder die CSU Abtreibungen strafverfolgt, liegt das an deren Souveränitätsverlust. Nationale Regierungen können sich nicht mehr wehren, weil »die Gewährleistung räumlicher Standortvorteile für das frei flottierende internationale Kapital« sie am Gängelband hält. Selbst Jürgen Elsässer, der im übrigen zu konträren politischen Schlußfolgerungen kommt, hat eine »epochale Änderung in der politischen Struktur des Planeten« entdeckt, weil »ein vaterlandsloses Weltkapital ..., welches das in Gebäuden und Maschinen fixierte Investitionskapital ... bei weitem übertrifft« und sekundenschnell über den Globus transferiert werden kann, sich herausgebildet habe.

»Im Kern«, bestätigt Holloway Roths Annahme, habe der Souveränitätsverfall »während der letzten zwanzig Jahre stattgefunden«. »Das Ende des langen Nachkriegsbooms« sei auch »das Ende der relativen Abschottung des Nationalstaates« gewesen. Die Existenz der Nationalstaaten habe früher »auf der relativen Stabilität des Produktionskapitals beruht«. Seitdem aber der Kapitalismus – als Ausdruck seiner Schwäche – die Finanzanlage der Investition vorziehe, schwärme er mit dem Geld über die weite Welt aus wie »bei den Bienen, wenn es nicht genug Honig im Bienenstock gibt«. Seither sei dem Kapital auch ein für allemal eine direkte Bindung »an das Staatsgebiet« abhanden gekommen. Kapital und Nationalstaat hätten sich auseinandergelebt, weil »Nationalstaaten fest sind«, Kapital aber »wesentlich flüssig« sei und »Geld keine persönlichen und nationalen Gefühle kennt« – nicht einmal Verwandte. Den neuen Zustand sollen wir uns nun »als eine Reihe von Staubecken vorstellen, die darum konkurrieren, ein Maximum an Wasser aus einem mächtigen und weitgehend unkontrollierten Strom anzuziehen und zu halten«. Dieses didaktische Bild hat Karl Heinz Roth so sehr gefallen, daß er uns mitteilt: »Die Staaten sind zu vereinzelten oder ... vernetzten Staubecken geworden, die keinerlei Einfluß mehr darauf haben, wieviele Wasseranteile der zum mitreißenden Strom gewordene Kapitalismus in sie oder aus ihnen ableitet.« Nach Holloway und Roth sind alle Nationalstaaten gleichermaßen ein Ergebnis der »Fragmentierung der Weltgesellschaft« bzw. eine »Teilfunktion des Weltkapitals«.

Kurz und Roth legen besonders viel Wert auf eine Differenzierung zwischen einem Kapital der »aggressivsten Geld-Form«, dem »die Verwalter der territorial weitgehend immobilen politischen Sozialisations- und Integrationsmechanismen ... nichts mehr entgegenzusetzen« hätten (Roth), und einem produktiven Kapital, das Kurz von einem Erstickungsanfall in den nächsten taumeln läßt. Auch bei Roth zerschlagen mal Finanzmärkte »externe Kompensationsmechanismen« (?) und haben mal »Devisenspekulationen die Axt an die Fundamente der harten DM ... zu legen begonnen«. Die wird zwar von Tag zu Tag härter und scheint sich zur neuen Leitwährung zu mausern, aber was soll's. Wenn fast jede Vermutung an der Wirklichkeit vorbeisaust, weshalb sollte dann bei den Währungsrelationen ausnahmsweise das Richtige angenommen werden.

Roth und Holloway lassen schließlich den globalen Strom noch etwas Epochales vollbringen, das einem ein seriöser Blick auf die Verhältnisse nicht sofort erschließt. Im Übergang zum 21. Jahrhundert – also in den nächsten fünf Jahren – entstünde »eine weltweite Nivellierung der Klassenlagen, die die bisherigen Unterschiede zwischen erster, zweiter und dritter Welt genauso aufhebt wie alle bisherigen Strategien zur ›nationalen‹ Fixierung von sozialen Emanzipationsbewegungen« (Roth). Holloway ergänzt die Nivellierungstheorie: »Die Ausbeutung« sei »keine

Ausbeutung« mehr »von armen Ländern durch reiche Länder, sondern von globaler Arbeit durch globales Kapital, und die Bipolarität ist keine von Zentrum und Peripherie, sondern von Klassen ...« Die bisher von Linken getroffene »Unterscheidung von abhängigen und nicht abhängigen Staaten« falle »in sich zusammen«.

Die neuen Theorien sind derart widersprüchlich, daß wir nur einige davon ausführlicher kritisieren können. Warum nur sprach man in den 30er Jahren, als Kapital definitorisch noch nicht so flüssig, internationales Geld noch nicht allmächtig und schon gar nicht sekundenschnell zu transferieren war, als Nationalstaaten noch in einer relativen Stabilität ihrer Produktion wurzelten, von einer Weltwirtschaftskrise, die das Börsenkapital an nur einem schwarzen Freitag rund um die Welt zusammenkrachen ließ? Weshalb brach der Kapitalismus in Epochen relativer Produktionsstabilität häufiger und tiefer ein – bis zur kriegerischen Sanierung der organischen Zusammensetzung des Kapitals – , als bislang in seiner vermeintlich »instabilen« Phase? Gut, was nicht ist, kann noch werden. Aber weshalb soll es heute – wg. Souveränitätsverlustes – keine demokratischen oder sozialen Spielräume in einem Nationalstaat mehr geben, wo doch gerade in Zeiten eines höchst souveränen deutschen Staates, der sich auf seinem Sonderweg sogar partiell vom Weltkapital lossagte, schier gar kein Spielraum auszumachen war? Gilt die Volksweisheit »Geld regiert die Welt« tatsächlich erst für die letzten 20 Jahre? Wieso begann das Zeitalter des ausschwärmenden Geldes und der Öffnung der Nationalstaaten erst vor 20 Jahren, obwohl doch jeder Depp weiß, daß die BRD gleich nach dem 2. Weltkrieg für US-amerikanisches Kapital offen war wie ein Scheunentor, und dem Wirtschaftshistoriker sogar einfallen kann, daß England in den Jahren von 1870 bis 1913 zwei Fünftel seiner gesamten Ersparnisse in »Übersee« investierte und 1913 sein Auslandskapital nahezu 50 Prozent des inländischen Volumens erreichte? Ist die aktuelle Vereinbarung zwischen den USA und Mexiko, derzufolge Mexiko für kurzfristige Kredite aus den USA nicht mehr 10, sondern 50 Prozent (!) Zinsen berappen muß und die USA bei Zahlungsschwierigkeiten des Schuldners ein Zugriffsrecht auf dessen sämtliche Öleinnahmen vertraglich zugesichert bekamen, tatsächlich ein Beweis dafür, daß sich die Pole »Zentrum und Peripherie« oder »abhängige und nicht abhängige Staaten« aufgelöst haben? Werden sich die Lebensverhältnisse in Hamburg und Kagliali (Ruanda) innerhalb der nächsten fünf Jahre angleichen? Welchen Erkenntniswert oder gar politischen Nutzen ziehen englische Bergarbeiter, denen der Staat die Grube schließt, die Polizei auf den Hals hetzt, die Sozialversorgung kürzt, die Gewerkschaften per Gesetz lahm legt, aus dem Hinweis, ihr Staat habe keinerlei Einfluß mehr auf ihre Lebensumstände, weil er bereits obsolet sei, sie müßten sich schon an die Globalität oder das internationale Geldkapital wenden? Erstaunlich ist, daß ausgerechnet jene Theoriefraktion, die das internationale Geld alles steuern läßt, gleichzeitig behauptet, ein Transfer von Werten aus den armen in die reichen Länder finde nicht mehr statt. Wäre das wahr, würde die internationale Kreditvergabe, an die doch gerade Bedingungen für den Mehrwerttransfer geknüpft werden, keinen Sinn machen. Abstrus ist auch die implizite Annahme, ausgerechnet in der Phase einer von den Autoren selbst behaupteten totalen Krise des Weltkapitalismus würde dieser zum ersten Mal in seiner Geschichte im Kampf um das siechende Wirtschaftspotential nicht nationalstaatlich regredieren, sondern würden im Gegenteil die Nationalstaaten sich auflösen bzw. einflußlos werden.

Wir wollen zunächst folgende Annahmen überprüfen: Ist die Geldkapitalanlage über das produktive Kapital hinausgewuchert, übt jene die entscheidende Macht aus, ist es aggressiver, also böser als das produktive Kapital, bezieht der Kapitalismus sein Geld inzwischen vor allem aus Geld, und handelt es sich dabei um fiktives, also nicht existentes Kapital? Manchmal gewinnt man den Eindruck, zwischen den Gelehrten ist ein Wettbewerb ausgebrochen: Wer am meisten Geld durch die Welt zirkulieren läßt, hat gewonnen. Ernest Mandel und Winfried Wolf etwa leiten u.a. aus dem Börsencrash vom 19.10.87 eine alarmierende Krisenanfälligkeit des gegenwärtigen Kapitalismus ab. »Wegen der engen Verflechtung der Finanzmärkte ..., schrankenlosen weltweiten Spekulationen und wegen der international vagabundierenden Milliardensummen ... kam es an ein und demselben Tag zu einem Crash, fand binnen weniger Stunden ... eine Entwertung der gehandelten Papiere statt, die sich auf über 1.000 Milliarden US-Dollar beziffert« (Mandel/Wolf, *Crash, Crisis* ...). An anderer Stelle ihres Buches sprechen sie »die relativ lange Dauer der guten Konjunktur« von »1983 bis 1989« an. Die Autoren bestätigen damit, daß sich die Weltwirtschaft von dem Crash, der in diese Zeit fiel, offensichtlich nicht beeindrucken ließ. Im Crash-Jahr 87 belief sich die gesamte Kreditvergabe an die Entwicklungsländer ebenfalls auf etwas mehr als 1.000 Milliarden US-Dollar. Man soll zwar nicht Äpfel mit Birnen vergleichen, aber ein Liquiditätsverlust dieser Größenordnung an einem Tag scheint der Weltwirtschaft nicht viel anhaben zu können, wenngleich bei den Gebeutelten vorübergehend die Nerven blank gelegen haben dürften.

Karl Heinz Roth schickt insgesamt 50 Billionen Dollar Geldanlagen über den Globus. Hätte er richtig gewürfelt, wären die Wertpapierpreise am schwarzen Montag 87 um 2 Prozent dezimiert worden. Darüber kann ein Kaufmann im Winterschlußverkauf nur lachen. Einige Zahlen und eine differenzierte Betrachtung des fiktiven Kapitals lassen es ratsam erscheinen, etwas weniger burschikos mit der »Wucherung« umzugehen. In der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der BRD von 1988 wurde das gesamte Volkseinkommen mit 1.700 Milliarden DM ausgewiesen. Daran hatten Einkommen aus Geldvermögen aller Art (einschließlich Sparbücher, Lebensversicherungen und Dividenden) einen Anteil von 109 Milliarden. Rund 6 Prozent des Gesamtverdienstes floß demnach in einem der reichsten Länder aus Geldanlagen. Wer will wissen, ob das zuviel ist? Dominant scheint diese Einnahmequelle jedenfalls nicht zu sein. Das sogenannte Volksvermögen

wurde für den gleichen Zeitraum mit 7.000 Milliarden DM veranschlagt, der Bestand an international handelbaren festverzinslichen Wertpapieren und Aktien kam auf insgesamt 473 Milliarden.

Vor allem aber läßt eine Analyse der inneren Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus daran zweifeln, daß fiktives Geld und Zinseszins die Macht übernommen haben. Verfolgen wir z.B. denWeg des englischen Kapitalismus im Zeitraffer. Bereits im letzten Jahrhundert war England als Nationalstaat offen und sein Kapital transnational wie ein reißender Strom. Die Beherrscherin der Meere war »monopolistischer Zwischenhändler auf dem Weltmarkt und bei den Auslandsinvestitionen« (Paul Mattik). (Wo es einen Zwischenhändler für Auslandsinvestitionen gibt, müssen auch andere Nationalstaaten ziemlich offen gewesen sein.) England vernachlässigte dabei »seine eigene industrielle Entwicklung ... immer mehr zugunsten« der »finanziellen Vorherrschaft innerhalb der Weltwirtschaft – eine Vorherrschaft, die auf den großen, während seines industriellen Aufstiegs angehäuften Geldreserven beruhte«. Nicht erst seit 20 Jahren also, sondern schon Ende des letzten Jahrhunderts übte das Geld eine »Vorherrschaft« aus, was aber selbst damals nicht besonders neu war: »So herrschte nach der Krise von 1847 eine Einschränkung der Umsätze und ein großer Überfluß an Geld« (Marx, *Kapital*, Band III). Der Geldüberhang ist England nicht bekommen. Nachdem Krieg und Krise in unserem Jahrhundert viel Geldkapital vernichtet hatten und Konkurrenten wie die USA immer produktiver geworden waren, taumelte der Weltbankier als Dauerschuldner von einer Zahlungsbilanzkrise in die nächste. Als sich der Geschützqualm des 2. Weltkrieges zu verziehen begann, hatte England viel verloren – Ölquellen waren an die USA, Mehrwertproduktion an die aufwärtsstrebende BRD gegangen – und seine Weltmachtstellung eingebüßt. Erst vor 15 Jahren – mit dem Thatcherismus – hat England eine gewaltige Sanierung seiner produktiven Basis eingeleitet. Offenkundig ging die Ausdehnung des Geldvolumens nicht mit Machtausdehnung und größerem Einfluß einher, sondern mit einem rapiden Machtverfall. Nicht ein globales Finanzkapital entschied über Aufstieg und Fall einer imperialistischen Nationalökonomie, sondern letztendlich die produktive Basis. Unter Umständen ist nichts so schnell weg wie Geldvermögen oder spekulative Anlagen. Manchmal genügt ein einziger Börsencrash, um sichtbar zu machen, wer welche reale Macht hat. Dem widerspricht nicht, daß der Kapitalismus für seine Geldanlagen Zinsen einstreichen will und allerlei anstellt, um dies zu erreichen.

Einige Globaltheoretiker leisten sich die Merkwürdigkeit, den Fetischcharakter des Geldes durch seine Mystifizierung aufheben zu wollen. Schon die undifferenzierte Handhabe von Geldkapital als »Luftbuchung« oder »Fiktion« macht es zu einem Mysterium. Die an den Börsen gehandelten Aktien zum Beispiel sind »in der Tat« auch »Titel auf wirkliches Kapital. Indes geben sie keine Verfügung über dies Kapital. Es kann nicht entzogen werden. Sie geben nur Rechtsansprüche auf einen Teil des von demselben zu erwerbenden Mehrwerts« (Marx). »Soweit die Akkumulation dieser Papiere die Akkumulation« von tatsächlichem Kapital »ausdrückt, drückt sie Erweiterung des wirklichen Reproduktionsprozesses aus«. Ein gewaltiger, nicht ausrechenbarer Anteil des voluminösen Geldkapitals ist demnach grundsätzlich keineswegs fiktiv, sondern entspricht der Ausdehnung der realen Kapitalakkumulation. In bestimmten Phasen steigert sich der fiktive Anteil spekulativ. Die »Kursnotierung an der Börse« hat als »Folge des tendenziellen Falls der Profitrate ... notwendig die Tendenz zu steigen, so daß dieser imaginäre Reichtum ...expandiert«. Dieser fiktive Anteil wird »in Krisen enorm vermindert«, nähert sich also regelmäßig wieder seinem realen Wert. Soweit nicht wirklich die Produktion stillstand, »wurde die Nation um keinen Heller ärmer durch das Zerplatzen dieser Seifenblasen von nominellem Geld« (Marx, *Kapital*, Band III). Marx weist hier auf die nach wie vor bestehende Dominanz des mehrwertproduzierenden Sektors hin. Vollständig fiktiv ist dagegen die Staatsanleihe. Derjenige, der freudig eine sein eigen nennt, hat ein Papier in der Hand, dessen Gegenwert schon verbraucht ist. Er nennt das Papier Kapital, obwohl es zur Vernutzung von Kapital gezeichnet wurde. Da das Papier ein Anspruch auf künftige Wertschöpfungen darstellt, wird es jedoch seinen Wert behalten, solange der Staat nicht pleite macht. Wie der Staatskredit beruht der gesamte Kreditmechanismus, »der das Wachstum der Produktion fördert, auf künftigen Profiten, die sich realisieren oder nicht. Diese Pseudo-Prosperität erfordert also ein kontinuierliches und sich beschleunigendes Produktivitätswachstum, das umso notwendiger wird, je länger die Prosperität anhält. Weniger produktive Produktionsmittel müssen ständig durch produktivere ersetzt werden, und ein Teil der realisierten Profite muß zu diesem Zweck als zusätzliches Kapital verwendet werden« (Mattik). Der Reproduktionsprozeß wird dadurch »bis zur äußersten Grenze forciert« (Marx). Aktienkapital und Kredit schaffen also schneller Reichtum und haben insofern einen Anteil an den nach wie vor immanenten kapitalistischen Krisen, indem sie jene vergrößern. Wo mehr Kapital ist, kann mehr entwertet werden. Einen wichtigen Beitrag für die beschleunigte Investiv- und Geldkapitalbildung leistet auch das Sparvolumen des »Proletariats«, welches vom Bankensystem kreditschöpfend umgelenkt wird.

Dieser Prozeß begründet aber kein Auseinanderfallen des Kapitals in eine aggressivere, wuchertreibende, unkontrollierbare, böse raffende und in eine – zwingend aus solchen Attributen ableitbare – frommere und rechtschaffenere Fraktion. »Diese Unterscheidung zwischen ›Industrie‹ und ›Finanzwelt‹, zwischen ›produktivem‹ und ›parasitärem‹ Kapital ist so alt wie der Kapitalismus selbst; sie ließ einen Scheinkampf gegen ›Zinssklaverei‹ und unverantwortliche Spekulanten entstehen« (Mattick). Ihre verheerendste Auswirkung hatte sie in der Zeit des Nationalsozialismus, als sie dem Zweck diente, ein »Volk« darauf abzurichten, sich »seinen« nationalen Wirtschaftsführern bedingungslos zu unterwerfen und Juden als (tatsächlich fiktive) Feinde zu hassen. Zwischen verschiedenen Kapitalformen moralisch unterscheiden zu

wollen, war schon immer falsch. Eine solche Unterscheidung hat zudem keine materielle Basis, weil »die gegenseitige Druchdringung von Industrie und Finanzwelt ... perfekt geworden« ist. Der »schaffende« Kapitalist ist auch immer Geldbesitzer – er kann es parken oder damit Waren und Menschen für seine Mehrwertproduktion kaufen – , und die Banken sind Miteigentümer an den Unternehmen. Durchaus nicht der Börsenspekulant, sondern der investierende Arm desselben Kapitalismus regelt den Austauschprozeß des Menschen mit der Natur so, daß Arbeiter »selbst von Kindesbeinen an in den Teil einer Teilmaschine« verwandelt werden, die »alle freie körperliche und geistige Tätigkeit ... konfisziert« und »alle Sinnesorgane ... gleichmäßig verletzt« (Marx). Die Wertschöpfung des produktiven Kapitals, aus dem nebenbei auch die Werte für Geldanlagen fließen, tötet fortlaufend Menschen in südamerikanischen Stollen, auf chemikaliengetränkten Feldern oder durch Hunger nach erfolgreicher Zerschlagung tradierter Subsistenzwirtschaften. Der Kapitalismus ist rundum ein räuberischer Vielfraß. Selbstverständlich setzt er bei seinem Raubzug auch den Kredit als Waffe ein. Die Menschen in Vietnam fürchteten aber sein Napalm mehr als das globale Geld, während die Menschen auf den Plantagen oder in den High-Tech-Werkhallen die Aktienverluste des Jahres 1987 kaum als ihre Hauptkrise identifiziert haben werden. Soll der politischen Ökonomie mit der marxistischen Theorie etwa deshalb nicht mehr beizukommen sein, weil sie keine Stigmatisierung des »verzinsten Geldes« in Relation zur unmittelbaren Ausbeutung zuläßt? Dieser Verdacht drängt sich auf, wenn Roth nicht nur das »Finanzkapital als Hauptakteur des Geschehens« ausmacht, sondern es auch als die »schamloseste, mobilste, abstrakteste und somit am wenigsten greifbare Form des Kapitals« die »Kapitaleigentümer, die Lohnabhängigen und die Verwalter bzw. Bezieher von sozialstaatlichen Transferleistungen zur Flucht nach vorn« zwingen läßt. Begreift Roth, daß er »schaffendes« Kapital, Staat und Ausgebeutete zusammenschweißt, um diese Volksgemeinschaft zur Flucht nach vorn zu treiben gegen den vermeintlichen Peiniger, dargestellt als nicht greifbares Geld?

Ein wichtiger Baustein der neuen Staatstheorie, die das Absterben des Staates, das von der marxistischen Theorie erst in einer reifen sozialistischen Phase vorgesehen war, bereits im heutigen Kapitalismus realisiert sieht, ist die Annahme, Kapital verhalte sich so flüssig wie ein reißender Strom und sei deshalb an kein Staatsgebiet mehr gebunden. Nicht in Zweifel zu ziehen ist, daß sich die Mobilität von Kapital in seiner Geldform mittels moderner Kommunikationstechniken erheblich beschleunigt hat. Es ist sozusagen minutenschnell von einem Kontinent auf den anderen verschiebbar. Moderne Transportsysteme haben den Transfer von Kapital in seiner Warenform ebenfalls beschleunigt, wenngleich dieser langsamer und teurer ist als der Geldfluß. Gleiches gilt für die Werkhalle, die nicht so schnell wie Geld, aber immerhin relativ flexibel irgendwo hingestellt oder in Beschlag genommen und mit einfachen Maschinen bestückt werden kann. Viele industrielle und dienstleistende Kernbereiche sind allerdings so ortsgebunden wie die chinesische Mauer. Der dominante kapitalistische Sektor ist reichlich zähflüssig. Voluminöse Produktionsanlagen, Forschungszentren, industriell erzogene Arbeitskräfte, Marktgebundenheit oder die Nutzung von Agglomerationsvorteilen aller Art zwingen wesentliche Kapitalsegmente zu räumlicher Stabilität. Um sie herum gruppieren sich Bankhäuser, Versicherungspaläste und tausend Zuliefer- und Dienstleistungsbetriebe. Produktionsanlagen wechseln durchaus nicht beständig hin und her auf der Suche nach dem jeweils kostengünstigsten Standort. Viele Großbetriebe in solchen Staaten, die auf eine lange kapitalistische Tradition zurückblicken können, sind seit 150 Jahren mit der Marktausdehnung, der Infrastruktur und den Entwicklungen der Wissenschaft zu Fabrikanlagen gewachsen, in denen sich ganze Kleinstädte verstecken können. Wollte Bayer sein Stammwerk in Leverkusen schließen, um es in Indien neu zu bauen, käme diese Maßnahme einem freiwilligen Ruin des Konzerns gleich.

Kapitalverpflanzungen solcher Größenordnungen wären schon finanziell nicht zu verkraften. Hinzu käme, daß die Fertigwaren kostspielig von Indien in den europäischen Markt eingeführt werden müßten, der Betrieb sich von mehreren Tausend hochqualifizierten, industriell erzogenen und bestens eingearbeiteten Arbeitskräften trennen und sich von einer hochkarätigen Zulieferindustrie samt Dienstleistungsumgebung lösen würde, die täglich abrufbar sein müssen: Werkstattdienste, High-tech-Wartung, Bankendienste, Bautrupps für allerlei komplizierte Spezialbauten, eingespielte Wissenschaftsdienste, Werbedienste, Giftentsorgung, willfährige Bürgermeister und Kommunalparlamente, sicherheitstechnische Spezialtransportunternehmen, schließlich eine allgegenwärtige Vergnügungsindustrie für die Zerstreuung der Beschäftigten.

Andere kolossale Produktionszweige wie Energiewirtschaft oder Raffineriesysteme sind allein wegen ihrer Marktgebundenheit nicht zu transferieren. Auch Kaufhäuser, Groß- und Kleinhändler sind marktgebunden. Aus der relativen Unbeweglichkeit großer Kapitalkomplexe und den operativen Weltmarktvorteilen erwachsen eine starke Bindung an den angestammten Nationalstaat, der Zwang zu forcierter Produktivitätssteigerung und das dringende Bedürfnis nach Ruhe an der Produktionsfront. Das Ausmaß, in dem Produktionsstätten mit ihrem Drumherum räumlich gebunden sind, entlarvt das Standortargument der Kapitalverbände als Propaganda, die nur noch von den linken Globaltheoretikern übertroffen wird. Selbst nach Aussagen von Tyll Necker (BDI) können etwa 90 Prozent des in Deutschland angesiedelten Kapitals nicht auswandern. Der Rest aber wird überwiegend auch durch größere Opfer der Belegschaften nicht zu halten sein. Mit dem tschechischen Arbeiter, der sich für 300 DM im Monat anbietet, kann der deutsche, der allein 1.200 DM Monatsmiete zu tragen hat, nicht konkurrieren.

Eine aktuelle Bestandsaufnahme zeigt, daß der internationale Geldfluß den Nationalismus nicht hat eindämmen können. Nirgendwo entwirklicht sich der Nationalgedanke. Überall auf der Welt feiern Ethnien, Sippen, Volkstänze einen Aufschwung, und in Deutschland ist mit der Volksmusik das beste Geschäft zu machen. Deutschland und Frankreich schmieden eine ökonomische und militärische Bündnisachse und wollen eine EU der »zwei Geschwindigkeiten« – Spanien und Griechenland ade. Außenminister Kinkel beruhigt die Gemüter mit den Worten, niemand wolle den Deutschen, den Schweden oder Engländern das Vaterland rauben, »niemand will, daß Brüssel alles und jedes zentral regelt«, es dürfe »nicht sein, daß der Langsamste das Tempo des ganzen Konvois bestimmt« (»FAZ«, 22.2.95). Die EU-Politik wird dominiert von einer ökonomischen Blockbildung gegen die Weltmarktkonkurrenten, einer großräumigen Marktdurchdringung, der Anpassung der Sozialgesetze nach unten sowie dem nationalen Anspruch Deutschlands, Führungsmacht zu sein. Dazu gehört zweierlei: Eine höhere Produktivität, die auch innerhalb des EU-Blocks konkurrierende Länder niederringt und sich in der Akzeptanz der DM als Leitwährung ausdrückt, und eine militärische Autonomie gegenüber den Restriktionen der Nato, die im Bündnis mit Frankreich angestrebt wird. Wer darin einen Prozeß der Entwirklichung von Nationalstaaten und ihren Einflüssen erkennt, muß sich seine Phantasie aus einem Blick in die Glaskugel geholt haben.

Italien hat das Bündnis von unmittelbarer Kapitalfraktion, rechten Regionalisten und Faschisten bereits angetestet. Keineswegs losgelöst von ökonomischen Absichten gibt es in Frankreich neue Gesetze zum Schutz der französischen Sprache vor fremden Einflüssen und eine Kampagne für die Erhaltung nationaler und kontinentaleuropäischer Kultureigenarten gegen Hollywood. Unter der Überschrift »Wenn der Wechselkurs zur Waffe wird« schreibt die »SZ«: »Die Dollarabwertung erweist sich für die japanische Wirtschaft als brandgefährlich.« In den USA erhielt Ross Perot viel Beifall für seinen Feldzug gegen die Japanisierung der USA. Japan hat sich gegen Kapital und Waren aus dem Ausland vielfältig abgeschottet, die EU-Staaten und die USA tun desgleichen. China klaut digitale Programme, und die USA schlagen mit Zollerhöhungen zurück. Im zerbröselnden Ex-RGW-Raum blüht der Nationalismus, der oft gerade von den Ex-Bolschewisten über ihre neuen Parteien kultiviert wird, und Schleswig-Holstein kämpft gegen englische Rinder.

Kapital und Nationalstaat stehen in einem dialektischen Verhältnis zueinander und befinden sich nicht in einem Prozeß, der eine Seite dieses Verhältnisses zugunsten der anderen aufhebt. Die Geschichte des Kapitalismus ist bis heute auch eine konkurrierender Nationalstaaten. Der relative Stand ihrer ökonomischen Entwicklung ist ein Barometer für den Aufstieg und Fall von Weltmächten. Ein Staat wird deshalb immer versuchen, »seine Wirtschaft gegen die schädlichen Auswirkungen des internationalen Wettbewerbs zu schützen, wenn sich dies als notwendig erweist«. Andererseits muß er »auf die Wiederherstellung einer ›automatisch‹ oder in anderer Weise integrierten Weltwirtschaft hoffen oder hinarbeiten« (Mattick). Wieviel Einsatz für die Weltwirtschaft und wieviel für separate Interessen geleistet wird, wechselt mit den Notwendigkeiten. »Solange alles gut geht«, schrieb Marx, »agiert die Konkurrenz, wie sich bei der Ausgleichung der allgemeinen Profitrate gezeigt hat, als praktische Brüderschaft der Kapitalistenklasse, so daß sie sich gemeinschaftlich, im Verhältnis zur Größe des eingesetzten Loses, die gemeinschaftliche Beute teilt. Sobald es sich aber nicht mehr um Teilung des Profits handelt, sondern um Teilung des Verlustes, sucht jeder einzelne soviel wie möglich sein Quantum an demselben zu verringern und dem anderen auf den Hals zu schieben ... wieviel aber jeder einzelne davon zu tragen hat ..., wird dann zur Frage der Macht und List, und die Konkurrenz verwandelt sich dann in einen Kampf der feindlichen Brüder. Der Gegensatz zwischen dem Interesse jedes einzelnen Kapitalisten und dem der Kapitalistenklasse macht sich dann geltend, ebenso wie vorher die Identität dieser Interessen sich durch die Konkurrenz praktisch durchsetzt« (Marx, *Kapital*, Band III). Selbstverständlich würde eine Zerstörung Japans durch eine Erdbebenkatastrophe eine Flut von Beileidsbekundungen auslösen, der fällige globale Börsencrash würde einigen Börsianern das Leben kosten, deutsche, britische, französische und amerikanische Konzerne würden versuchen, sich die bislang von Japan aus bedienten Märkte einzuverleiben, und es gäbe für alle wieder verdammt viel aufzubauen. China würde auf der Stufenleiter seiner Nachindustrialisierung gleich zehn Sprossen überspringen und Südkorea alles daran setzen, Japan als Weltimperium »Fernost« zu beerben.

Ob die Geschichte ohne Weltkrieg zu regeln wäre, ist fraglich. Wie ein Kampf unter Brüdern schon in guten Zeiten aussehen kann, zeigt uns die Geschichte Kuwaits nach der irakischen Kapitulation 1991. Für das Scheichtum war ein 160 Milliarden Dollar schweres Aufbauprogramm vorgesehen. Es ging also darum, wer wieviel Öläquivalent aus Kuwait abziehen durfte. Deutschland blieb außen vor, weil seine wiedergewonnene »volle Souveränität« noch so jung war, daß kriegerisches Engagement innenpolitisch erst schrittweise durchgesetzt werden mußte, und weil die Anti-Irak-Alliierten damals noch gute Gründe kannten, dem deutschen Drängen nach militärischer Vollwertigkeit einige Riegel vorzuschieben. Die USA vereinbarten mit Kuwait, daß Aufträge vertraulich zu behandeln seien und zuächst nur US-Firmen zugehen dürften, bevor sie öffentlich ausgeschrieben würden. Die Frist für die Einreichung von Angeboten sollte dann so knapp sein, daß kein englischer Kapitalist mehr reagieren könnte. Das amerikanische Militär vor Ort war dabei ein gewichtiges Argument. Als England hinter den Plan kam, packte Mayor sofort seinen Koffer, um in Washington – vor den Augen der Fernsehkameras – heftig zu protestieren. Wenn u.a. Holloway recht hätte mit seiner Behauptung, Kapital kenne keine Bindung an einen Staat, hätte Mayor nicht auf Reisen gehen müssen. Schon vorher hatten die USA mit Saudi Arabien vereinbart, daß während der Kriegsdauer saudisches Öl zum halben Preis in die USA fließen müsse – eine

Schutzgelderpressung im großen Stil, in deren Genuß die Konkurrenten nicht kamen. Der Nationalstaat USA entpuppte sich in diesem Konflikt also keineswegs als passives Staubecken, sondern war selber ein reißender Strom, der die eigene Wirtschaft mit billigem Öl ankurbelte und auch sonst noch einiges in der Golf-Region zu erledigen hatte.

Unbestritten üben Kapital- und Warenverkehr einen Zwang auf Nationalstaaten aus. Kapital siedelt sich, soweit es flexibel ist, sowohl nach Profit- als auch nach Sicherheitserwägungen an. »Die gewinnträchtigsten Wirtschaftsregionen ziehen«, sollten sie gleichzeitig politische Stabilität und Sicherheit gewährleisten, »das meiste Kapital an und ermöglichen dadurch noch höhere Profite. Dies vermindert die Wettbewerbsfähigkeit der weniger produktiven Länder, die damit noch ärmer an Profitmöglichkeiten werden« (Mattick). Ein Land mit höherer Produktivität übernimmt aus dem Verliererland Warenproduktion und Beschäftigung, während dieses sich verschuldet. Daraus folgt nicht die Angleichung der Nationalstaaten, sondern ihre Ausdifferenzierung in abhängige und dominante. In einem ökonomisch schwachen Land werden weder der Staat, der seine Bürger ruhigzustellen hat, noch das dort ansässige Kapital zufrieden sein. Es kommt, sofern das Land nicht völlig am Tropf eines Imperiums hängt, zu nationalen Abwehrmaßnahmen protektionistischer, möglicherweise kriegerischer Art. Auch global folgt einem Freihandelsabkommen meist unverzüglich die nächste Protektion. Das liegt schlicht daran, daß Nationalstaaten und Wirtschaftsblöcke beständig um die Mehrwertmasse konkurrieren. Freihändler, schrieb Marx, würden nicht begreifen, »wie ein Land sich auf Kosten eines anderen Landes bereichern kann, ... da dieselben Herren noch weniger begreifen wollen, wie innerhalb eines Landes eine Klasse sich auf Kosten einer anderen bereichern kann«. Im Kapitalismus kann es einen gleichgewichtigen Tausch nicht geben. Ein solcher hätte das Profitprinzip aufgegeben, wäre also nicht mehr kapitalistisch. »Trotz aller Erklärungen und selbst tatsächlicher Handlungen kann es« deshalb »nicht das Ziel« eines imperialistischen Staates sein, »eine gut funktionierende Weltwirtschaft auf Kosten« seiner »eigenen Vorherrschaft hervorzubringen«.

So bleibt das globale Kapital gleichzeitig national bzw. blockorientiert. Derselbe Staat wird sich in einer Phase ökonomischer Stärke, in der seine höhere Produktivität über die Terms of Trade Mehrwert aus anderen Ländern abzieht, vehement für die Ausdehnung des freien Handels einsetzen, und in einer Schwächeperiode allerlei protektionistische Barrieren errichten. Der Kampf der Nationalstaaten um den Raub fremder Werte wird täglich in unzähligen Varianten geführt. In Stichworten: Währungskrieg, Kredit- und Zinspolitik, Einfuhrverbot, Einfuhrquote, Zollschranke, Investitionsauflage oder -verbot, nationalistische Subvention (warum nur kann der Staat, der doch obsolet sein soll, die vaterländische Industrie subventionieren und die ausländische leer ausgehen lassen?), Sicherheitsauflage, Umweltauflage, Kat-Verordnung, Gesundheitsschutzbestimmungen, Unbedenklichkeitszertifikate, Warennormierung, Qualitätskontrolle, Patentierung, Staatsdiktat (in China hat der Staat die Vermarktungshoheit für alle Waren, auch die für den Shanghai-VW), Preiskrieg, IWF-Auflage, Regionalfonds (in der EU), nationalistische, ethnische oder religiöse Präferenzen für Waren, militärische Drohung, »Schutzgeld«-Erpressung, bevorzugtes Gemeinschaftsunternehmen (Joint-Venture), Freigabe oder Restriktion von Gen- und Bioprodukten, Lizenzierung u.v.m. Erst kürzlich konstatierte die »FAZ«, der Informations- und Kommunikationsmarkt, der weltweit im Jahre 2.000 1,5 Billionen DM schwer sein soll, sei nationalstaatlich extrem fragmentiert. Nun verlangen einige konkurrenzkräftige Staaten »die gegenseitige Öffnung der noch immer abgeschotteten Märkte«. Erst wenn von alldem keine Rede mehr sein kann, gibt es einen freien Kapital- und Warenverkehr, der sich um nationalstaatliche Auflagen nicht mehr kümmern muß.

Kapitalistische Staaten haben kein prinzipielles Interesse, aus dem »reißenden Strom« Kapital für ihr Land abzuziehen. Auch in dieser Frage verhalten sie sich dialektisch. Als nach dem 2. Weltkrieg Kapitalmassen aus den USA in das zerstörte Europa flossen, hatte im besonderen die BRD nichts dagegen, weil das ausländische Kapital die Mehrwertproduktion des inländischen in Schwung brachte. Beide Kapitale profitierten von der extrem hohen Ausbeutungsrate in dem demolierten Land und der niedrigen organischen Zusammensetzung des Kapitals. Die BRD profitierte davon, weil deutsche Konzerne durch den so induzierten Aufschwung mitgenährt wurden, ihre Profitrate höher als die durchschnittliche der US-Konzerne war und die Dollaraufkäufe die Währungsreserven wachsen ließen. Deutschland wurde ein Gläubigerland. Als die europäische Wirtschaft wieder auf eigenen Füßen stand, war sie »immer weniger geneigt, Kapitalimporte aus den USA zu begrüßen« (Mattik). Dafür gab es zwei gute Gründe. Wenn die inländische Wirtschaft soweit in Schwung gekommen ist, daß sie die Märkte bedienen und ausdehnen kann, wird das ausländische Kapital zur störenden Konkurrenz. Es schwächt den eigenen Zugriff auf die Profitmasse. »Während es für die Wirtschaft eines Landes« in diesem Stadium »ohne Belang sein kann, ob das investierte Kapital inoder ausländischer Herkunft ist, ist es für die inländischen Kapitalisten nicht belanglos, daß ausländisches Kapital in ihre eigene traditionelle Sphäre der Kapitalexpansion eindringt ...« In einem zweiten Schritt kann die importierte Kapitalmasse für das inländische Kapital und für den Staat gleichermaßen zu einer Belastung werden. Die gesamte inländische Kapitalbildung wird durch den Profittransfer ins Ausland beeinträchtigt. Dieser Prozeß kann sogar zu einer rückläufigen nationalen Kapitalbildung führen, sofern der Profittransfer die Kapitalbildung kompensiert. Für viele kapitalarme Staaten ist dieser Zustand Normalität. Der Kapitalimport liegt also keineswegs unter allen Umständen im Interesse eines Nationalstaates und des mit ihm liierten Kapitals.

Globales Kapital fördert nicht das Absterben der Nationalstaaten, sondern braucht sie. Je globaler das Kapital, desto wichtiger wird ein starker Staat als Basis. Ein wesentlicher Faktor für den globalen Erfolg ist die enge Verknüpfung der Wirtschaft mit der militärpolitischen und diplomatischen Potenz des Heimatstaates. Daimler wird sein Stuttgarter Werk um nichts in der Welt Japanern überlassen, von der Zentralverwaltung zu schweigen. Die US-amerikanische Mineralölwirtschaft wird sich nicht einer tibetanischen Führung anvertrauen. Wenn Helmut Kohl China einen Besuch abstattet, begleiten ihn 50 deutsche Industrielle und Finanzmakler, aber kein Japaner. Schließlich soll Kohl mit der chinesischen Regierung Verträge abschließen, die es deutschen Unternehmen erleichtern, dort Fuß zu fassen. Bei jeder Expansion – nicht nur der militärischen – ist Staatspolitik im Spiel. Deshalb werden transnationale Konzerne zwar überschüssiges Geld über die Erde verstreuen, dort Anlagen bauen, wo sie den Markt bedienen wollen, einer geschwächten Konkurrenz irgendwo Betrieb und Markennamen abkaufen, um eigene Marktchancen zu verbessern, sie werden auch in eingeschränktem Rahmen Abteilungen ausgliedern, aber nie werden sie die kumulierten Vorteile im Stammland aufgeben zugunsten unkalkulierbarer Risiken. In keinem Fall haben transnationale Konzerne wegen eines neuen Marktes ihren nationalen Standort verlassen. Offenbar ziehen sich in Krisenzeiten selbst Spekulanten mit ihrem Geld in den Schoß der Heimat zurück. Die Finanzwelt nennt dieses Phänomen »homing instinct«. 1987 wurde der Kursverfall u.a. damit begründet. Mandel/Wolf zitieren die »Financial Times«, die davon sprach, daß »panische ausländische Investoren sich in ihre vertraute Umgebung der eigenen heimischen Märkte zurückzogen«. Die Verschmelzung von Kapital und Nationalstaat beruht auf einer materiellen Basis, die Paul Mattick so beschreibt: »Jedes kapitalistische Unternehmen und jedes kapitalistische Land versucht, sein eigenes Kapital auszudehnen – wenn nötig auf Kosten anderer Unternehmen und Länder.« Nationalstaat und nationales Kapital lassen sich genauso wenig trennen wie schaffendes und raffendes Kapital. »Die Regierung ist nicht mehr nur der politische Ausschuß der Kapitalistenklasse. Ihre wirtschaftlichen Interessen sind vielmehr so eng mit denen der Kapitalisten verknüpft, daß Regierungs- und Unternehmenspolitik ein und dasselbe sind.«

Die Bindung des transnational operierenden Kapitals an einen Nationalstaat ergibt sich aus der Notwendigkeit, eine verläßliche Militärmacht im Rücken zu haben. Zwar gibt es Phasen wie die des Kalten Krieges, in denen eine grundlegende Übereinstimmung der kapitalstarken Nationen, eine stellvertretend für alle handelnde Militärmacht und ein reibungsloser Aufschwung die Akkumulation auch in einem Land erlauben, dem eigene Militäreinsätze nicht möglich sind bzw. das über ein großes Bedrohungspotential nicht verfügt, doch wenn nur eine dieser Voraussetzungen fehlt, macht sich bemerkbar, daß ein nicht kriegsfähiger Imperialismus nur ein amputierter ist. Das erweist sich schon im einfachen Tagesgeschäft. An dem Putsch in Chile hatten die United Fruit Company, einige US-Kupferkonzerne und der Staat USA gleichermaßen ein Interesse. Es galt, Geschäfte zu sichern, die Versorgung der USA billig zu halten und die Ausbreitung von Ideen, die der eigenen Staatsphilosophie zuwiderliefen, abzuwürgen. Der Putsch ist Sache des Nationalstaates, der seine Geheimdienste, Diplomaten, Militärsachverständigen mobilisiert und – schon in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft – die Putschisten mit Waffen versorgt. Das Abräumen von Mineralstoffen und Früchten, von denen auch die Einwohner der USA profitieren, ist dann wieder Sache der Konzerne, die ihren Staat mit Steuern füttern. Beide ergänzen einander: Der Staat hängt am Tropf der Ökonomie, die Ökonomie ist stark durch den Staat, der ihr die Basen sichert.

Überall dort, wo der globale Kapitalismus seine dicksten Bankbücher liegen hat und über wichtige Rohstoffbasen verfügt, läßt er den Staat ein Netz von Vertrauten hochziehen und eine militärische Deckung aufbauen – allein oder im Bündnis. Vieles spricht auch heute noch für die Klassiker: »Der Bourgeois repräsentiert den Welthandel, den direkten Austausch der Produkte aller Zonen, den Handel mit Geld, die große, auf Maschinenarbeit beruhende Fabrikindustrie – Erwerbszweige, die ein möglichst großes Terrain, möglichst große Kapitalien und raschen Umschlag erfordern und eine universelle und stürmische Konkurrenz erzeugen« (Engels), dabei kann der Kapitalismus »ohne direkte, stete Kontrolle der Zentralverwaltung, der auswärtigen Politik, der Gesetzgebung seines Staates seine Interessen nicht sicherstellen« (Marx, *Status Quo in Deutschland*). So wie Kapital und Nationalstaat beide territorial gebunden sind, so bewegen sie sich auch global, oft synchron. Weshalb eigentlich drängt der Nationalstaat Deutschland mit Vehemenz auf militärische Operationen? Dies allein widerlegt schon die Behauptung, daß ein globales Kapital die alleinige Herrschaft über die Nationalstaaten angetreten habe. Kriege finden zwar überwiegend nicht unabhängig von Kapitalverhältnissen statt, auf keinen Fall jedoch losgelöst von Nationalstaaten. Von einer Aushöhlung der Nationalstaaten könnte im militärpolitischen Zusammenhang nur dann gesprochen werden, wenn etwa der Uno-Generalsekretär tatsächlich die Entscheidungsgewalt über Krieg und Frieden an sich gezogen hätte. Jeder halbwegs gebildete Mensch weiß aber, daß der eine Marionette in den Händen einiger mächtiger Nationalstaaten und der mit ihnen verbundenen Kapitale ist.

Für Roth und Kurz spielen solche Argumente keine Rolle mehr, weil sie mit den Nationalstaaten zugleich auch die Kriege absterben lassen. Roth hält die aggressivsten und schamlosesten Elemente des Kapitals – einigermaßen überraschend – zugleich für Garanten der Friedenssicherung: »Für die Finanzmärkte wird wie in der Ära vor der Jahrhundertwende eine Politik der langfristigen globalen ›Friedenssicherung‹ vordringlich, um internationale Weiterungen der durch sie selbst induzierten vernichterischen ›Ethnisierung des Sozialen‹ zu verhindern.« Kurz behauptet, daß Kapitalanlagen im Ausland Kriege verhindern würden, weil sonst ein Staat seine eigenen Anlagen bombardieren müßte – bei über 30 Kriegen, die derzeit toben, und angesichts der Tatsache, daß kapitalstarke Staaten dabei häufig ihre schmutzigen Finger im Spiel haben,

ist das eine gewagte Annahme.

Bei aller globalen Vernetzung bleibt die nationale Identitätsstiftung auch im Zentrum ein bedeutender Sicherheitsfaktor. Eine nationalistische Stimmung im Lande kann das Geschäft entscheidend stimulieren. Die Marke Daimler steht genauso für die erfolgreiche Nation wie die Fußball-Nationalmannschaft oder das staatspolitische Modell Deutschland. Nationale Größe wurde in Deutschland zunehmend mit dem Geschäftserfolg verbunden, weil es solange keinen Krieg führen durfte und obendrein die beiden letzten verlor. So wie der Geschäftserfolg der Konzerne tatsächlich über Wohl und Wehe des Nationalstaates entscheidet, verschmolz mit der Zeit das führende Management mit der Nation. Der Integration von oben entspricht die von unten. Das Proletariat hat zumindest eine Ahnung davon, daß auch seine ökonomische Situation sich mit dem Geschäftserfolg verbessern oder verschlechtern kann. Es weiß, daß ein Großauftrag, der den Amerikanern vor der Nase weggeschnappt wurde, sich für sie in bezahlter Arbeit niederschlägt.

In den Zentren braucht der Kapitalismus Nation und Nationalismus zur Unterstützung seiner weltweiten Operationen und für die Ruhe an der Produktionsfront. In den peripheren Staaten dient beides dem marchiavellistischen Prinzip des »Teile und herrsche«. Wenn die Gefahr besteht, daß unterlegene, rohstoffreiche Staaten sich zu Preiskartellen zusammenschließen, wie einst die Opec, wird die Auflösung eines solchen Staatenbundes zugunsten nationalstaatlicher Einzelinteressen zu einer strategischen Pflicht. Wo immer3. Welt-Nationen gemeinsame Sache machen, wird das gesamte Instrumentarium der reichen Staaten eingesetzt, um sie auseinanderzudividieren. Kämen in der Peripherie gar nationalistische, religiöse und ethnische Eifersüchteleien zur Ruhe, die ein solidarisches Handeln unmöglich machen, müßte der Imperialismus sie neu erfinden, um die Leute wieder gegeneinander zu hetzen. Erst dann wird der Nationalismus kontraproduktiv, wenn er in den Zentren ein Eigenleben zu führen beginnt, das die Produktionszwecke behindert (rassistische Übergriffe können den Betriebsfrieden derart stören, daß die Effektivität darunter leidet) und in den Peripherien die Ausbeutung langfristig erschwert.

Die häufig geäußerte Meinung, der chinesische Weg zum Kapitalismus sei auch aus Sicht der Metropolen dem der ehemaligen Sowjetunion vorzuziehen, kann in ihr Gegenteil umschlagen, wenn das für seine Stabilität gelobte chinesische Regime den eigenen Markt zu sehr abschottet. Alle Regionen, die sich auf dem Wege einer verspäteten Industrialisierung befinden, bekämen ohne Nationalstaat (inklusive Diktatur) nichts auf die Reihe. Schon Japan bediente sich bei seiner historischen Aufholjagd eines ausgeprägten Nationalismus. Die rasante Entfaltung der japanischen Ökonomie in den letzten Jahrzehnten war nur möglich, weil der Staat die gesamte Wirtschaft kontrollierte und auf diese Weise eine extreme Lohnsklaverei bei strikter Begrenzung des Kapitalimports durchgesetzt werden konnte, gleichzeitig der Weltmarkt florierte und die Konkurrenten anderes zu tun hatten, als gegen Japan Krieg zu führen. Ein starker Nationalstaat, der auch die eigene Wirtschaft beherrscht, kann sich mit der Weltwirtschaft gut vertragen.

»Kein Nationalstaat, ob arm oder reich, kann unter Absehung von seiner Existenz als Moment des globalen Kapitalverhältnisses verstanden werden«, meint Holloway und zieht daraus den Schluß: »Die so oft getroffene Unterscheidung von abhängigen und nicht abhängigen Staaten fällt in sich zusammen«; »die Ausbeutung ist keine Ausbeutung von armen Ländern durch reiche Länder ... und die Bipolarität ist keine von Zentrum und Peripherie.« Für Roth steht fest: »Es werden also nicht mehr arme Länder durch reiche ausgebeutet, sondern bei der Verwertung von globaler Arbeit durch das globale Kapital setzt sich eine Tendenz zur Angleichung ... durch.« Vielleicht ist dieser globale Unsinn der schamloseste. Irgendeinen Trick, Ungleiches gleich zu machen, gibt es natürlich immer. Der Millionär und der Pauper sind beide St. Pauli-Fans, beide sind deutsch und Momente eines globalen Kapitalverhältnisses. Die USA, Deutschland, die Schweiz, die Ukraine, der Irak und Haiti sind allesamt Momente einer kapitalistischen Globalität. Diese banale Feststellung besitzt etwa den gleichen Erkenntniswert wie der ebenso richtige Hinweis, daß alle Bewohner dieser Länder unter einer Sonne leben. Erst das Wissen um die Disparitäten und deren Ursachen aber bringt weiter.

Nennen wir beispielhaft einige Differenzen: Die USA sindabhängig vom Wachstum der Weltökonomie und ihrem Anteil daran, der sich durch eine preisgünstige Ölzufuhr erheblich steigern kann. Sie besitzen eine gewaltige Militärmaschinerie und eine sehr starke Stellung in den Weltorganisationen, zu der auch die Uno gehört. Sie bombardierten den Irak so lange, bis der kapitulierte. Für die USA war der Irak »mit seinen Ölquellen, seiner dadurch gesicherten Teilhabe am internationalen Reichtum, dem Zugang zu Waffen, einer eigenen Waffenproduktion, einem zahlreichen Volk, einer schlagkräftigen Armee und lauter entsprechend ambitionierten nationalen Perspektiven ... ein Problem; eben kein machtloses, ruiniertes und für die Rohstoffbedürfnisse der Welthandelsnationen austauschbares Land im ... Einflußbereich der USA, wie Haiti« (»Gegenstandpunkt« 4/94). Dem militärisch unterworfenen Staat wurden Bedingungen diktiert: Militärische Abrüstung, begrenzte Einfuhren, Ausfuhrkontrollen, Gebietsentzug, Flugkontrollen, Rüstungsüberwachung. Obwohl der Irak ein Ölland ist, gehört er heute zu den ärmsten der Welt und steht vor dem Zusammenbruch. Es liegt auf der Hand, daß der Irak zu vergleichbaren Strafexpeditionen gegen die USA nicht in der Lage wäre, selbst wenn er wollte. Er wurde für etwas bestraft, was für die USA selbstverständlich ist: Er wollte sich u.a. Ölquellen unter den Nagel reißen und eine regionale Großmacht werden. Haiti ist seit Kolonialzeiten ausgeplündert worden, seine Bewohner haben ihre Versorgungsmöglichkeiten eingebüßt. In ihrer Armut überließ man sie einer Militärclique, die solange rauben und morden

durfte, bis Menschen, die man nicht im Land halten wollte, in die USA flohen. Welchen Erklärungswert hat die Feststellung, daß alle drei Länder Fragmente einer Weltgesellschaft sind? Natürlich sind Deutschland und die Ukraine Momente eines globalen Verhältnisses. Bei einer Inflationsrate von 4.000 Prozent im Jahr ist die Ukraine aber faktisch ein Nationalstaat ohne eigene Währung. Ihre Bergarbeiter lassen sich den Lohn schon seit einiger Zeit in Dollar ausbezahlen. Was hilft den Ukrainern die These, sie seien wie die Deutschen Ausdruck einer Bipolarität der Ausbeutung globaler Arbeit durch das globale Kapital? Nichts wünscht sich das Proletariat in der Ukraine sehnlicher als jene Ausbeutung durch ein globales Kapital, das sich dort bisher nicht sehen ließ.

Erst wenn wir die Plattitüden verlassen, stoßen wir auf Erkenntnisse, die uns zeigen, daß sich die Verhältnisse zwischen Nationalstaaten durch Abhängigkeiten, Machtverhältnisse und Reichtumstransfers regeln, die manchmal sogar darüber entscheiden, ob Staaten existieren oder nicht. Dann erkennen wir Nationalstaaten, die über die Terms of Trade, ihr Militär oder den IWF der halben Welt ihre Bedingungen diktieren, und die, wenn es nützlich erscheint, am Wochenende Grenada überfallen oder in Panama einen Präsidenten verhaften, und solche, die hoffen, daß irgendein ausländischer Geldgeber in ihren verkommenen Hauptstädten Bordelle errichtet, weil die ihnen Devisen verschaffen. Dieser Zustand hat seit der Kolonialzeit beständig etwas mit Kapitalismus und seinem Werttransfer zu tun, den es ohne die Schaffung von Disparitäten nicht gäbe. Mandel/Wolf berechnen, daß die negative Entwicklung der Terms of Trade »die dritte Welt« nur »im Zeitraum von 1982 bis 1987 rund 100 Mrd. Dollar kostete. Hinzu kommen weitere rund 100 Mrd. Dollar, welche die dritte Welt den Metropolen in Form von Dividenden für Direktinvestitionen und Benutzungsrechte (Lizenzen) ... zahlte.« Zusätzlich landeten 200 Milliarden Dollar Zinszahlungen und – in der Zeit von 1976 bis 1985 – nochmal 200 Milliarden aus den Kassen der besitzenden Klassen der armen Länder auf den Konten der reichen Staaten. Nicht gerechnet wurden die in die Konzernzentralen transferierten Profite. Der IWF sorgt mit seinen Auflagen dafür, daß selbst aus Ländern, die kaum noch eine eigene Produktion vorweisen können, noch Werte geholt werden können. Er ist der institutionelle Ausdruck des Verhältnisses von Zentrum und Peripherie, von reich und arm, von dominant und abhängig. Wäre das anders, müßte Brasilien Deutschland dazu zwingen können, Sozialhilfe und Schulsystem zugunsten eines Werttransfers nach Brasilien drastisch zu reduzieren bzw. stillzulegen. Diese Verhältnisse zu leugnen oder als unwichtig abzutun, kommt einem historischen Freispruch des Imperialismus gleich. Gemessen an der Hoheitsgewalt, die starke Länder über arme ausüben, kann tatsächlich von obsolet gewordenen Staaten, die nur noch als formale Hülle bestehen, gesprochen werden. Doch nicht wenige linke Theoretiker sehen jene Gebilde inzwischen nicht mehr als Überbleibsel imperialistischer Ausplünderung, sondern machen sich Sorgen über die Unsicherheit der Kredite, die das hiesige Bankensystem in Mitleidenschaft ziehen könnte.

Indem unter der Beschwörung der Globalität alles gleich wird, beerdigt die neue Theorie die auf Nationalstaaten beruhende imperialistische Wirklichkeit. Definitorisch löst sie Nationalstaaten und mit ihnen nationalistische Manifestationen auf und schließt daraus, ein politischer Antinationalismus entbehre jeder Grundlage, sei deshalb verrückt oder nebensächlich. Alles Böse im Lande folgt – heißt es diesmal von links – einem fremden Zwang. Statt deutsche Regierungen, Institutionen und gesellschaftliche Gruppen für das von ihnen zu verantwortende Übel auch verantwortlich zu machen, wird der Knebel »Finanzmarkt« oder irgend etwas anderes Fremdes beschworen, das in seiner Globalität bedrohlich genug erscheint. Vergleichbar mit der Zinstheorie eines Silvio Gesell wird der greifbare Gegner durch eine Mystifikation ersetzt. Faktisch wäre da nichts mehr zu bekämpfen außer einem kaum dingfest zu machenden globalen Zwangszusammenhang. Um diese und weitere politischen Implikationen geht es im dritten Teil unseres Beitrags, der in KONKRET 5/94 erscheinen wird.

Konkret 04/95, S. 40

Robert Kurz

Fordistische Fossile

Anmerkungen zur Anti-Krisenanalyse von Thomas Ebermann und Rainer Trampert (»Die Offenbarung der Propheten I«, KONKRET 3/95)

Daß der fordistische Arbeiterbewegungsmarxismus im Endstadium theoretisch und analytisch nur noch eine Art Röcheln hervorbringen kann, ist kaum überraschend. Trampert/Ebermann haben es in dieser Hinsicht fast schon zur Virtuosität gebracht. Nirgends wird dies deutlicher als bei der Frage, ob es eine Krise gibt und was eine Krise überhaupt ist. Meist unausgesprochen stehen sich hier zwei Prämissen gegenüber:

1. Das Kapital kann an und für sich ewig akkumulieren. Es ist wesentlich ein Herrschaftsverhältnis von Willenssubjekten. Der Wille zur Ausbeutung steht gegen die Ontologie der ewigen Arbeit. Eine Krise im eigentlichen Sinn könnte nur dadurch entstehen, daß das Arbeitssubjekt die ihm vom Ausbeutungssubjekt angelegten Ketten nicht mehr tragen will. Was landläufig als Konjunktur- oder Strukturkrise bezeichnet wird, sind dagegen immer nur »Reinigungsprozesse« des Kapitals.

2. Das Kapital ist ein blindes Fetischverhältnis unter Einschluß aller Beteiligten. Die Kämpfe der Willenssubjekte finden in der gemeinsamen Hülle einer bewußtlosen Willensform (volonté générale) statt. Diese besteht in der auf sich selbst rückgekoppelten totalen Warenform der Gesellschaft, die sich logisch in einer Stufenfolge des Fetischismus darstellt (Warenfetisch, Geldfetisch, Kapitalfetisch, Lohnfetisch). Die Arbeit ist dabei nicht der ontologische Gegenspieler, sondern nur die andere Seite des Kapitals selbst. Wie dieses Strukturverhältnis seine immanenten Gesetzmäßigkeiten »hinter dem Rücken« der Beteiligten herausgebildet hat, so kann logischerweise auch seine Krise nur »hinter dem Rücken« der darin befangenen Subjekte entstehen. Die historische Krise des Kapitals ist notwendig identisch mit der Krise der Arbeit und mit der Krise der gemeinsamen Willensform.

Beide Versionen sind von der Marxschen Theorie her denkbar. Vom Standpunkt der zweiten Version gehört die erste selber noch dem unausgeschöpften Modernisierungsprozeß in der Fetischhülle an. Sie entspricht einem »zweiten Durchgang« der bürgerlichen Modernisierung, die ihrer eigenen warenförmigen Bedingtheit gegenüber blind blieb. Deswegen konnte auch der Arbeiterbewegungsmarxismus mit der Fetischkritik bei Marx wenig anfangen und dachte selber immer nur »positivistisch« in Warenkategorien. Und deswegen überrascht es kaum, daß der zweite Ansatz Leuten wie Trampert/Ebermann als eine Art »Esoterik« mit »mystischen Eingebungen« erscheint; der einschlägige Komplex bei Marx wurde ja schon früher als »Überrest Hegelischer Mystifikationen« abqualifiziert.

Der Gegensatz der Prämissen ist klar; es fragt sich nun, wie er in den aktuellen Analysen wiedererscheint. Nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf sind derzeit de facto ca. 30 Prozent der globalen Erwerbsbevölkerung arbeitslos; im Weltmaßstab ist damit bereits die Dimension der Großkrise von Anfang der 30er Jahre erreicht. Diese globale Massenarbeitslosigkeit ist außerdem eine »strukturelle«, d.h. durch den Konjunkturzyklus nicht mehr abbaubare. Für Trampert/Ebermann kann das Kapital trotzdem besser denn je akkumulieren. Wie das?

Ralf Dahrendorf wird mit der Aussage bemüht, daß die »Vollbeschäftigung« der 60er Jahre eine historische Ausnahme gewesen sei; jetzt kehrten wir eben zum »Normalkapitalismus« zurück. Dieses Argument verwechselt »Armut überhaupt« mit Massenarbeitslosigkeit als Resultat von Rationalisierung und Globalisierung. Vom 17. Jahrhundert bis zum 1. Weltkrieg entstand die Massenarmut nicht in erster Linie aus industrieller Arbeitslosigkeit, weil der größte Teil der Bevölkerung noch gar nicht in der Industrie beschäftigt war. Vielmehr handelte es sich gerade um Erscheinungen des Übergangs zum Industriekapitalismus. Es gab immer wieder zu wenig kapitalistische Industrie, um die aus der Agrarproduktion »Freigesetzten« beschäftigen zu können. Erst im 20. Jahrhundert wurde das Kapital durch den Fordismus zur »vollen« Reproduktionsform der Gesamtgesellschaft. Und erst in den 20er Jahren begann der Rationalisierungsprozeß im engeren Sinne, an dessen Ende heute die postfordistische Rationalisierung erstmals in der kapitalistischen Geschichte eine strukturelle (irreversible) Massenarbeitslosigkeit auf dem Boden des industriellen Kapitals selbst hervorgebracht hat. Es ist absurd, diese Entwicklung qualitativ gleichzusetzen mit der Massenarmut des 18. und 19. Jahrhunderts. Während der »buddhistische Marxismus« der Trampert/Ebermann nur die Wiederkehr des Immergleichen sieht, haben wir es in Wirklichkeit mit einem linearen Entwicklungsprozeß zu tun, der heute an historische Schranken stößt.

Nicht besser ist das zweite Hauptargument gegen die Krise, daß sich nämlich trotz struktureller Massenarbeitslosigkeit die Zahl der Beschäftigten weltweit stark erhöht habe, und damit angeblich auch die Kapitalakkumulation. Dieses Argument erliegt einem statistischen Blendwerk und verschweigt die entscheidenden Zusammenhänge.

1. Das Kapital akkumuliert nicht Beschäftigtenzahlen, sondern Arbeitsmengen auf der Höhe des »gültigen« Produktivitätsstandards. Die Arbeitsmengen in den Industrieländern aber sind im Gegensatz zur Beschäftigung nicht gestiegen, sondern gesunken. Teils durch Arbeitszeitverkürzung (in den 80er Jahren noch finanziert mit »nationalen« Weltmarktgewinnen auf Kosten der globalen Verlierer, ein Zusammenhang, der den Klassenkämpfern Trampert/Ebermann

kein Wort wert ist), teils durch Ausdehnung der Teilzeitarbeit, vor allem aber der prekären Gelegenheitsarbeit etc. In vielen Ländern wurden die Kriterien der Beschäftigtenstatistik so geändert, daß selbst noch obdachlose Prospektverteiler als »beschäftigt« gezählt werden. Das ist eine Folge der Kapitalentwicklung, aber keine »Sanierung des Profits«, der bekanntlich nur aus realen Wertschöpfungsprozessen stammen kann.

2. Die industrielle Beschäftigung ist auch nominell gesunken, der Beschäftigungszuwachs fand hauptsächlich im »tertiären Sektor« statt. Ein erheblicher Teil dieser Beschäftigung ist kein eigenständiger Träger von Kapitalakkumulation, sondern muß aus Umverteilungsprozessen des industriellen Mehrwerts gespeist werden. Dies betrifft das Problem der strukturell »unproduktiven« Arbeit, wie es Marx teilweise am Beispiel des kommerziellen Kapitals (Handel, Banken etc.) entwickelt hat. Der kapitalistisch unproduktive Charakter dieser Sektoren ist nicht krude aus dem handfesten oder nicht handfesten Charakter ihrer Waren zu ermitteln, sondern nur kreislauftheoretisch: Strukturell unproduktiv (»faux frais«) ist alle Arbeit, die nicht in verwandelter Form in die Akkumulationsbewegung zurückkehrt. Ein Beschäftigungszuwachs in solchen Sektoren trägt nicht zur Kapitalakkumulation bei, sondern ist in Wahrheit ein Abzug davon. Auch ein Teil der industriellen Dienstleistungen wurde eben deswegen auf separate Betreiber ausgelagert, weil es sich um »faux frais« handelt; dieser Charakter ändert sich auf der Ebene des Gesamtkapitals nicht, wenn die einschlägigen Tätigkeiten betriebswirtschaftlich als formal selbständige Unternehmen erscheinen.

3. Ein erheblicher Teil des Beschäftigungszuwachses fand entweder direkt in den staatlichen Sektoren statt oder war indirekt staatlich vermittelt. In allen Industrieländern ist heute der Staat der weitaus größte »Arbeitgeber«, und insgesamt sind überall zwischen 40 und 60 Prozent der Lohnarbeit auf verschiedenen Vermittlungsebenen von der Staatstätigkeit abhängig. Selbst in den USA und in Großbritannien konnte die Staatsquote nicht wirklich entscheidend gesenkt werden und ist inzwischen wieder im Steigen begriffen. Die Staatstätigkeit ist jedoch größtenteils vom Standpunkt des Verwertungsprozesses aus keine Produktion, sondern Konsum. Längst wird dieser staatliche Mammutkonsum nicht mehr von regulären Staatseinnahmen (Steuern) gespeist, sondern vom Staatskredit. Staatsverschuldung als solche gab es natürlich auch schon vor dem 1. Weltkrieg; aber damals hing davon nicht dauerhaft ein derart großer Teil der gesellschaftlichen Reproduktion ab wie heute. Der Staatskredit, inzwischen in historisch beispiellose Dimensionen gedehnt, ist »fiktives Kapital« (Marx, *Kapital,* 3. Band), genauer gesagt: die »Kapitalisierung« imaginärer zukünftiger Arbeit. Es ergibt sich so die paradoxe Situation, daß ein wachsender Teil der scheinbar eigenständigen Kapitalakkumulation bereits über den Staatskredit läuft, d.h. letzten Endes durch das Ansaugen der Zukunft simuliert wird (sehr »mystisch«, nicht wahr?). Die Schranke dieses Zaubers, mit dem das System seine eigenen Kriterien überlisten will, wird durch das Problem der Verzinsung gesetzt und ist heute in Sichtweite gerückt. Unter diesen Bedingungen ist es absurd, zu erwarten, daß eine Senkung der Staatsquote (»schlanker Staat«) die »private« Kapitalverwertung ankurbeln könne. Das Gegenteil ist der Fall.

4. Gerade die riesigen Beschäftigungszuwächse der letzten beiden Jahrzehnte in Großräumen wie Rußland, Indien, China und Brasilien waren kein systemkonformer, sondern ein zum großen Teil staatsökonomisch simulierter Wechsel von der Agrar- zur Industriearbeit. Der Staat trat mittels innerer und äußerer Kreditfinanzierung und unter relativer Abschottung vom Weltmarkt als quasi-fordistischer Groß- oder Gesamtunternehmer auf. Dieses Modell ist Ende der 80er Jahre zusammengebrochen, aber der Zusammenbruch ist bei weitem noch nicht ökonomisch ratifiziert. Die chinesische Statistik beispielsweise arbeitet seit langem mit einer doppelten Buchführung, denn die (absolut gesehen kleinen) Sektoren der weltmarktfähigen Exportindustrialisierung werden mit den riesigen staatsfinanzierten und unrentablen Sektoren zusammengezählt. Dieser Spagat kann nur mit einem Desaster enden, denn Öffnung zum Weltmarkt und Freisetzung der Konkurrenz zwingen früher oder später dazu, die unrentablen Bereiche stillzulegen. Dieser Zwang wird durch das Finanzsystem und den Zins exekutiert. Erst dann werden die wahren Proportionen zum Vorschein kommen. Ähnliches gilt für die meisten Länder in Asien, Afrika und Lateinamerika, aber auch in Osteuropa und anderen Regionen.

5. Ein weiterer Faktor, der die substantielle Lage zeitweilig verzerrt erscheinen läßt, sind die zunehmend irregulären Wechselkurse, die selber schon der Krise der globalen Realakkumulation geschuldet sind. Nicht nur der Billiglohn ermöglicht Produktionsverlagerungen nach Osteuropa oder Südostasien und die zeitweilige Besetzung von »Exportnischen«, sondern auch irregulär niedrige Wechselkurse. Umgekehrt konnten die lateinamerikanischen Pseudo-Tiger, allen voran Mexiko, durch künstlich überhöhte Wechselkurse Spekulationskapital anlocken und durch die Verbilligung der Importe einen Konsumboom der Mittelklassen schüren, der als Produktion und Beschäftigung anderswo (hauptsächlich in den USA) erschien. Mit dem Abwertungsschock des Peso seit Anfang 1995 ist diese Seifenblase geplatzt, und es wird nicht die letzte gewesen sein.

Nimmt man alle Momente zusammen, dann erweist sich die Betrachtung von Trampert/Ebermann als primitiv oberflächenfixiert. Eine »Sanierung der Profitrate«, die sie als gelungen unterstellen, kann nicht unmittelbar durch Senkung der Sozialhilfe usw. erreicht werden, sondern nur durch eine Erhöhung des relativen Mehrwerts im produktiven Bereich der Realakkumulation. Diese relative Verschiebung (Senkung der Lohnkosten) nützt aber nichts mehr, wenn der Raum der Realakkumulation als solcher absolut schrumpft. Wäre die Profitrate wirklich bei wachsender reeller Profitmasse saniert,

wie Trampert/Ebermann unterstellen, dann würden nicht weiterhin Massen von Geldkapital, das sich nicht mehr real verwerten kann, in den globalisierten Finanzkapitalismus der Derivate fließen.

Eine Mehrzahl von Ländern, die heute nur noch zur Ultima ratio der künstlichen Geldschöpfung durch die Notenpresse greifen können, durchlaufen bereits hyperinflationäre Zyklen als Strukturzustand; auch dies ist ein Novum. Für die große Masse der Menschheit ist der Zusammenbruch der Geldwirtschaft, den man hierzulande noch für utopisch hält, längst Alltagsrealität. Die wenigen kapitalistischen Kernländer haben dieses Stadium nur deshalb bis jetzt nicht erreicht, weil sie sich noch auf den geblähten internationalen Kreditmärkten bedienen können und dieser Finanzüberbau noch nicht zusammengebrochen ist. Würden sich größere Teile der dort geparkten Geldmenge in reale Nachfrage verwandeln, dann hätten wir auch im Westen die Hyperinflation. Der Fall Mexiko und die globale Erschütterung durch den Zusammenbruch der Baring-Bank zeigen, wie brisant die Lage auf den Finanzmärkten und wie mies der Zustand der Realakkumulation wirklich ist.

Aber selbst ein monetärer Super-Gau könnte dem ideologischen Panzer von Trampert/Ebermann nichts anhaben. Sollte nämlich doch einmal das »kapitalistische Wertsystem« zusammenbrechen, dann wäre das eben nur eine etwas größere »Bereinigung«, und danach würde die Akkumulation als ewige Wiederkehr des Gleichen abermals loslegen. Daß überhaupt jemals eine vorherige »Kapitalvernichtung« (sei es durch Krieg oder Entwertung in der Krise) der Grund für eine nachfolgende neue Akkumulationsepoche gewesen sei, ist jedoch eine Legende. Der Grund für einen derartigen Schub kann immer nur eine qualitativ neue Absorptionsfähigkeit von kapitalproduktiver Arbeit auf höherer Stufenleiter sein. Auch nach dem 2. Weltkrieg war das Vorkriegsniveau der Industrieproduktion schon Anfang der 50er Jahre wieder erreicht. Das »Wirtschaftswunder« beruhte nicht auf der Kapitalvernichtung durch den Krieg, sondern auf der relativ arbeitsintensiven Entfesselung der neuen fordistischen Industrien. Das ist auch leicht einzusehen: Ein einmal erreichtes Niveau der »Produktivkraft« ist nicht mehr zu hintergehen; dieses Niveau ist nicht identisch mit Maschinen und Gebäuden, die zerstört oder entwertet werden können, sondern es steckt im naturwissenschaftlichen und technologischen Wissen der Gesellschaft als Potenz. Bloße Kapitalvernichtung würde also sehr schnell wieder das erreichte Krisenniveau reproduzieren, solange keine neue Qualität in der Absorptionsfähigkeit abstrakter Arbeit entsteht. Die aber ist aufgrund der universellen neuen Rationalisierungspotentiale und des Globalisierungsprozesses heute nirgendwo in Sicht. Deswegen können auch z.B. die entwerteten Kapitalstöcke des gesamten Ostens keine positive Voraussetzung für eine neue Akkumulationsära bilden.

Wie in der Krisenanalyse, so zeigen sich die beiden eingangs erwähnten gegensätzlichen Prämissen auch in der Zielperspektive. Die erste Version kommt nicht los von bürgerlicher Arbeitsontologie und Warenform, somit auch nicht von der Zwangsvorstellung eines »Arbeiterstaats«, die inzwischen bloß verschämt in den Hinterkopf gerutscht ist, ohne daß sie je kritisch aufgearbeitet würde. In der Sowjetunion ist der Arbeiterstaat leider irgendwie danebengegangen, für Trampert/Ebermann offenbar ein Mysterium. Was immer der »Realsozialismus« auch gewesen sein mag, jedenfalls war er für sie vor allem ein »nichtkapitalistisches Lager«, mit dessen Untergang »jede sozialistische Perspektive, selbst die gedanklich freieste«, entfallen sei. Ohne Breschnew und die sowjetische Atommüllmacht keine sozialistische Gedankenfreiheit, Sire. In dieser Hinsicht freilich sind Trampert/Ebermann ihr eigener lebender Beweis.

In der zweiten Version dagegen verfällt die Kategorie der Arbeit zusammen mit dem Kapitalismus. Es gibt keinen ontologischen Hebel, somit auch keinen ontologischen Feind, ebensowenig allerdings einen ontologischen Freund (daß ich den positiven Bezug auf die »Arbeiterklasse« durch einen ebensolchen auf das Management ersetzt hätte, ist die trübselige Phantasie von Trampert/Ebermann, die auf ein moralisch gedeckeltes ontologisches Freund-Feind-Schema fixiert sind). Die radikale Gesellschaftskritik hat jetzt kein beruhigendes »an sich« mehr im Rücken, sondern ist auf eigene Rechnung gestellt. Die Sehnsucht nach einer metaphysischen »Identität« des Klassensubjekts, die den Linken bisher so viel Selberdenken abgenommen hat, erweist sich als der bürgerlichen Arbeitsmetaphysik zugehörig und als eine Variante des modernen Identitätswahns. Der menschliche »Stoffwechselprozeß mit der Natur« kann nicht mehr in der Abstraktionsform der Arbeit gedacht werden und der »Arbeiterstaat« somit kein ernsthaftes Ziel mehr sein. Er war immer nur die Chiffre für eine Variante moderner warenförmiger Menschenverwaltung (die Betrachtung der Einwohner als abstrakte Gesamtarbeitskraft eines Staates) und ein historisches Produkt »nachholender Inwertsetzung« großer Teile der Welt. Was in der vor uns liegenden Epoche ansteht, ist dagegen die Aufhebung der Fetischform selbst. Dafür gibt es verständlicherweise noch kein ausgereiftes Programm; auch die Marxsche Theorie ist gefiltert durch die Geschichte.

So sehr sie gegen die grünen und PDS-Realos auch polemisieren – Trampert/Ebermann teilen deren blinde Voraussetzung, daß der soziale Kampf weiterhin nur ein »Ringen um den Preis der Arbeitskraft« innerhalb der noch lange ungebrochen bleibenden Warenform und in etatistischen Verteilungsstrukturen sein wird. Dafür allerdings »darf« die Kapitalakkumulation nicht an eine objektive Schranke stoßen, ein Hinweis auf die gemeinsame Bewußtseinsform von Kapital und Arbeit. Während die fordistischen Altklassenkämpfer der Vergesellschaftungsform gegenüber selber stramm »realistisch« und gedankenlos bleiben, erschöpft sich ihre hilflose Militanz in der alten syndikalistischen Illusion, wer die höchste Geldforderung stelle, sei auch am radikalsten. Daß ihre anachronistisch gewordene Ideologie keinen emanzipatorischen Bezug mehr zur sozialen Wirklichkeit herstellen kann, erleben sie einzig und allein als »dramatischen

Verfall des Massenbewußtseins«. So peitschen sie die Luft vor ihrem stehengebliebenen Karren, den kein Gaul mehr ziehen mag.

Die Idee der Solidarität »als« warenförmiger Verteilungskampf ist zum Widerspruch in sich geworden. Die abstrakte Allgemeinheit der Klasse taugte als Folie nur für den Aufstieg des warenproduzierenden Systems, während heute die Konkurrenz nicht mehr innerhalb, sondern nur noch durch einen Bezugspunkt jenseits der Geld-Lohnform aufzuheben ist. Wer wie Trampert/Ebermann weiterhin nur an das warenförmige Interesse appelliert, weckt implizit auch die »Furien der Konkurrenz«, weil der metaphysische Überschuß des Klassenbezugs objektiv verschwunden ist. Wie auf dem Boden des warenproduzierenden Systems im Namen der Konkurrenz die Staats-Klassenparteien des Sozialismus sich von innen heraus (also aus ihrer eigenen Logik) in Rassismus und Nationalismus zersetzen, so steigt im Westen aus dem Inneren des warenförmig fixierten linken und gewerkschaftlichen Bewußtseins selber ein konkurrenter Ausgrenzungswille. Überall werden die sozialen Markierungen gesetzt, um das Revier gegen die »anderen« abzugrenzen.

Trampert/Ebermann kitzeln selber den Wohlstandschauvinismus, wenn sie die Differenzen auf dieser Ebene zugunsten der Klassenmetaphysik ausblenden. Sie genieren sich nicht einmal mehr, der fordistischen Bedürfnisstruktur des Autoidioten- und Häuslebauer-Bewußtseins und dem postmodernen Vulgärhedonismus der Ferntouristen (durchaus ein Motivkomplex des sozialen Ausgrenzungswillens) als geradezu emanzipatorischer »impliziter Anspruchshaltung« zu schmeicheln; insofern sehen sie offenbar keinen »dramatischen Verfall des Massenbewußtseins«. Eine radikale Kritik der warenförmigen Bedürfnisstruktur hat aber gar nichts mit konservativer Verzichtsideologie zu tun, sondern ist Bedingung für einen anderen Reichtumsbegriff. Die Gefährdung des Lebensstandards der Kernbelegschaften liegt momentan vor allem auf der Ebene der destruktiven Fetischbedürfnisse, während Wohnungs- und Existenznot eher die alleinerziehenden Frauen, die prekären McDonalds-Arbeiter, die Langzeitarbeitslosen usw. trifft. Solche Unterschiede in einer arbeiterbewegten Steinzeitrhetorik zu ersäufen, ist heuchlerisch und arbeitet selber einer »rechts« besetzbaren Festungsmentalität zu.

In einer Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich können die fordistischen Fossile nur eine heimtückische Lohnkürzung erblicken. Es interessiert sie nicht, daß es eine Kompensationsleistung durch Zugewinn an »disponibler Zeit« gibt, den sie völlig in der Verdichtung der verbleibenden Arbeitszeit verschwinden lassen, weil sie auf eine Alternative zur Lohn-Freizeit-Struktur keine Idee verschwenden. Ohnehin kann die Arbeitszeitverkürzung nur als ein möglicher Ansatz unter anderen verstanden werden. Der noch unausgegorene perspektivische Gedanke, um den es eigentlich geht, besteht darin, »disponible Zeit« der Lohnarbeit zu entreißen und sie mit Reproduktionsformen jenseits von Markt und Staat zu füllen. Das geht nicht durch monetäre Subventionierung, sondern nur durch wirkliche Entkoppelungsschritte vom Geldnexus, was z.B. heißen könnte, neben Zeit auch Raum und naturale Ressourcen (Land, Häuser, Produktionsmittel) zu fordern, zu besetzen usw. (auch in der internationalen Perspektive). Daß so etwas alles andere als konfliktfrei abgeht, haben sogar hierzulande die Jugendzentrums- und Hausbesetzerbewegungen gezeigt.

Natürlich soll der Verteilungskampf in der Geldform deswegen nicht hier und heute ersatzlos gestrichen werden, wie Trampert/Ebermann unterstellen, aber er sollte nur noch als flankierendes Moment verstanden werden. Es müssen jetzt andere, weitergehende Ziele entwickelt werden. Dazu gehört auch eine Aufarbeitung des gesellschaftlichen Planungsproblems, das jenseits der Warenform und jenseits der »Nationalökonomie« (der Basis des Nationalismus) zu reformulieren wäre. Ob dafür eine gesellschaftliche Mobilisierung möglich ist, bleibt natürlich ungewiß. Trampert/Ebermann wittern in dieser Hinsicht nur »klösterliche Subsistenzwirtschaft«, weil sie sich moderne Produktionsmittel offenbar überhaupt nicht außerhalb der (national organisierten) Fetischform vorstellen können. Sie besitzen die Unverschämtheit, von oben herab so zu tun, als hätten sie noch irgendeine vorzeigbare antikapitalistische Vorstellung in der Tasche, während sie tatsächlich nicht in der Lage sind, zur Überwindung des desavouierten alten »nationalökonomischen« Sozialismusbegriffs auch nur einen einzigen vernünftigen Satz hervorzubringen.

Von ausgesuchter Dreistigkeit ist es auch, daß die Revolverhelden des Ex-Fundamentalismus ausgerechnet einer Fundamentalkritik der abstrakten Arbeit, die mit dem »anderen Marx« argumentiert, eine Affinität zur Nazi-Ideologie der Heroisierung des »schaffenden Kapitals« gegenüber dem »raffenden Kapital« unterjubeln wollen. Als Beleg dafür reicht ihnen, daß der Marxsche Begriff des »fiktiven Kapitals« im Kontext einer Analyse der strukturellen Überakkumulation verwendet wird. Das krisentheoretische Argument, daß sich das globalisierte Kapital nicht mehr ausreichend reell verwerten kann, wird als Argument »für« reelle »deutsche« Kapitalakkumulation denunziert. Eine solche Denunziation träfe auf die absurde invertierte Anbetung des immer und ewig siegreich akkumulierenden und weiterhin stramm »nationalökonomischen« Kapitals durch Trampert/Ebermann selber viel eher zu. In Wahrheit ist sowieso der von ihnen vertretene Vulgärmarxismus nie über eine arbeiterbewegte Variante der Ideologie vom »schaffenden« Staatskapital hinausgekommen, und deswegen haben ihre ideologischen Vettern und Ahnen der fordistischen Staatsarbeit im ach so »nichtkapitalistischen« Realsozialismus den Antisemitismus bei den Nazis weder richtig erklären können noch als zentrales Merkmal angesehen (und den arabischen Antisemitismus als »nationale Befreiungsbewegung« gedeutet).

Überhaupt ist es das historische Syndrom der abstrakten Arbeit, das den modernen Antisemitismus hervorgebracht hat. Im Kontext der Arbeitsideologie, den die alte Arbeiterbewegung mit den Liberalen und mit den Rechtskonservativen teilte,

wurden die sozialen Leiden der Fetischform in naturale Eigenschaften von Menschen übersetzt, und zwar in verschiedenen Formen quer durch alle Lager. Karl Kautsky konnte noch 1910 ganz unbefangen positiv über »Rassenhygiene« schreiben, Henry Ford war glühender Antisemit (sein Bild stand auf Hitlers Schreibtisch), und die Geschichte des Antisemitismus in der »nichtkapitalistischen« Sowjetunion kommt erst jetzt langsam ans Licht. Daß es sich hier um ein gemeinsames häßliches Epochenmerkmal in der Durchsetzungsgeschichte der abstrakten Arbeit handelt, entlastet nicht im geringsten Deutschland von der Singularität des Holocaust. Entscheidend dabei ist, ob der Holocaust ein Produkt der besonderen deutschen Geschichte oder ein Produkt des warenfetischistischen Modernisierungsprozesses in Deutschland war. Der demokratische halbe Antifaschismus neigt dazu, den Holocaust von der Logik der warenproduzierenden Moderne abzutrennen und in einem äußerlichen, schlechthin »anderen« antidemokratischen Feind der »westlichen Zivilisation« aufgehen zu lassen. Damit fällt er auf das »kulturalistische« Selbstverständnis der Nazi-Ideologie herein, die in Wahrheit selber ein Moment der bürgerlichen Modernisierungsgeschichte war (vgl. dazu die Arbeiten von Moishe Postone und Zygmunt Bauman).

Das falsche Bewußtsein des nicht rechtzeitig gestorbenen Staats- und Arbeitsmarxismus, der zur Kritik des warenproduzierenden Systems absolut unfähig ist, bedient sich aus diesem Fundus des halben, oberflächlichen Antifaschismus und spreizt sich in einer letzten Alterstorheit auf, indem es die Kritik der Fetischform als Antisemitismus, Antiamerikanismus usw. denunzieren will. Der »totale Kommerz« aber ist längst etwas sehr Deutsches. Auch die intellektuelle Speerspitze der neuen Rechten gibt sich zunehmend westlich-»marktradikal«, und der Schoß, aus dem Neorassismus und Ethno-Nationalismus kriechen, ist die sich zersetzende westliche Demokratie selbst. Der Altmarxismus muß dabei an seiner eigenen Beschränktheit verzweifeln, weil er immer nur die ideologischen Ideale der westlich-bürgerlichen Revolution gegen die bürgerliche Realität einklagen konnte. Eine Kritik der Barbarei ist aber heute nicht mehr ohne eine Kritik der basalen Fetischform der Moderne zu haben, bis zu den historischen Wurzeln der bürgerlichen Revolution hinab. Das ist ungefähr so »antisemitisch« und »deutschnational«, wie die sitzengebliebenen Arbeiterbewegungs-Jakobiner Trampert/Ebermann zeitgenössische Krisentheoretiker und Gesellschaftskritiker sind.

Robert Kurz schrieb in KONKRET 2/95 über den»Veitstanz der Mandarine«

Konkret 04/95, S. 44

Klaus Bittermann

Kunst & Gewerbe

Fortsetzung eines Skandals in sieben groben Zügen

1. Der Fall

Am 9. Februar 1995 verschickte der Piper Verlag eine Presseerklärung, in der mitgeteilt wurde, daß das Buch *Auge um Auge. Opfer des Holocaust als Täter* von John Sack nicht ausgeliefert wird. »Offensichtlich ist es so, daß dieses Buch zu dem Mißverständnis Anlaß geben könnte, als ließe sich der Holocaust mit anderen Verbrechen aus dieser Zeit vergleichen oder gar aufrechnen.« Daß es sich dabei keineswegs um ein Mißverständnis handelte, sondern vom Autor des Buches beabsichtigt war, hatte Eike Geisel zuerst in KONKRET 2/95 und später in der »Frankfurter Rundschau« nachgewiesen (s. KONKRET 3/95, Editorial).

2. »Der Tagesspiegel«

Einen Tag nach dem Rückzug des Piper Verlags, machte der rechtskonservative Berliner »Tagesspiegel« deutlich, daß John Sacks Botschaft – »die Juden waren wie die Nazis« – auch ohne sein Buch längst verstanden worden war. Daß Juden nicht bloß Opfer waren, sondern in der Nachkriegszeit als Kapos in Gefangenenlagern für »unschuldige« Deutsche ein Schreckensregime führten, was ihrer Verfolgung mindestens nachträglich eine gewisse Plausibilität verlieh, die Aussicht also, von einem kompetenten, weil jüdischen Autor zu erfahren, die Juden seien womöglich sogar noch schlimmer als die Deutschen gewesen, hatte den »Tagesspiegel«-Redakteur Lackmann derart in Erregung versetzt, daß er seine Enttäuschung über die Entscheidung des Piper-Verlagsleiters nicht zurückhalten konnte: »Die richtige Richtung im bundesdeutschen Verdrängungs-Konsens lautet: Opfer sind Opfer, sonst nichts. Allerdings lassen die Märtyrer auf dem Sockel das Volk der Nachgeborenen ebenso gleichgültig wie seine Täter-Väter im Schlund der Dämonisierung.«

Leute, die sich nie getraut hätten, einen noch nicht rechtskräftig verurteilten Nazi-Verbrecher einen Verbrecher zu nennen, weil sie keine einstweilige Verfügung riskieren wollen, nehmen kein Blatt vor den Mund, wenn es um einen in Israel lebenden Juden geht: Der ehemalige Kommandant eines polnischen Internierungslagers »Solomon Morel ... ist offensichtlich ein Verbrecher«, behauptet Lackmann in forschem Kasinoton, obwohl es zwar einige Zeugenaussagen, aber kein Gerichtsverfahren gegen den Beschuldigten gegeben hat. Und inspiriert von diesem Einzelfall spekuliert Lackmann: »Den industriellen Völkermord haben Juden weder erfunden noch betrieben. Aber wären sie dazu in der Lage? Eine widerliche Frage; die hypothetische Antwort muß lauten: Ja.«

3. »Die Welt«

Der Redakteur Lackmann wurde weder entlassen, noch wurde – trotz Zusage – eine Erwiderung von Eike Geisel auf Lackmanns Traktat abgedruckt. Statt dessen meldete sich die »Welt« (vom 2.3.95) zu Wort, die John Sack zu einem verfolgten Schriftsteller hochstilisierte. Einfühlsam schilderte das Blatt Sacks Erschütterung darüber, daß den Deutschen sein Werk vorenthalten wird. »_Ich bin schockiert, und ich kann das alles noch nicht fassen , stammelt der 65jährige.« Dabei habe er doch nur, seiner Pflicht als Reporter gehorchend, »ausführlich recherchiert und hautnah aus der Perspektive der Betroffenen« geschrieben. »Ein in den USA allseits geachteter Schreiber«, ein »hochangesehener Journalist«, »der letzte echte Vertreter des sogenannten new journalism« sei er, tönte die »Welt«. In den USA aber weiß niemand von diesem Ruf des John Sack, der allenfalls in einschlägigen Kreisen als Ghostwriter des Leutnants Calley bekannt geworden ist, des Verantwortlichen des Massakers von My-Lai.

Eike Geisel, so die »Welt«, habe Sack zu Unrecht »des Antisemitismus und der Verniedlichung des Holocaust« verdächtigt. Schließlich sei der Mann Jude und müsse also wissen, wovon er rede; außerdem habe er »alleine über Auschwitz 30 Bücher gelesen«. Sacks Statement aber, er beabsichtige keineswegs, die Ermordung von sechs Millionen Juden zu verharmlosen, ist bloß eine Floskel, da er in seinem Buch gezielt den Eindruck vermittelt, als wolle er eben jenes tun. Einen »bösen Juden« mache Geisel aus ihm, schrieb Sack in einem unveröffentlichten Leserbrief an die »Frankfurter Rundschau«, dabei sei Geisel doch selber so einer, »er braucht nichts weiter als in seinen eigenen Spiegel zu schauen«.

4. Das Milieu

Soweit sie aus Rücksichtname auf den Anzeigenkunden Piper überhaupt von diesem Vorgang berichtete, war sich die linksalternative und bürgerliche Presse zwar darüber einig, daßda ein schlampig recherchiertes und sensationslüsternes Buch vorliege, aber Sacks Absicht sei gleichwohl durchaus ehrenwert. Stefan Reinecke warf Eike Geisel im »Freitag« (vom 17.2.95) »bemerkenswerte Herzlosigkeit« vor bei der Behandlung der delikaten Frage, was den 1945/46 in Polen zurückgebliebenen »Volksdeutschen« an Unrecht zugefügt worden war. Und in der »Taz«, die eine Kurzfassung von

Geisels KONKRET-Beitrag mit der Begründung abgelehnt hatte, er enthalte Unterstellungen, meldete sich am 23.2.95 der Warschauer Korrespondent Klaus Bachmann zu Wort und machte deutlich, warum in Wahrheit das Blatt Geisels Text nicht haben wollte. Bachmann erklärte es zur anstehenden Aufgabe, sich dem »Tabuthema Vertreibung« der Deutschstämmigen »unverkrampft« zu nähern und bemängelte an Sacks Machwerk vor allem dessen »grenzenlose Naivität«, da man zu diesem Thema sich hierzulande »entweder überhaupt nicht, oder wenn, dann (nur) unter permanenter Hinzufügung, daß die Vertreibung letztendlich eine Folge des von den Deutschen begangenen Weltkrieges, von Auschwitz und den deutschen Verbrechen sei«, äußern könne.

5. »Die Zeit«

Seit John Sack die »Opfer des Holocaust als Täter« namhaft gemacht hat, weiß man, daß die »Opfer der Opfer« die Deutschen sind. Dieser Gedanke war so bestechend, daß ihn Helga Hirsch in einem umfangreichen Dossier in der »Zeit« (vom 2.12.94), in dem sie Sacks Einlassungen ausführlich referierte, gleich als Resümee niederschrieb. Nicht nur der »Tagesspiegel« und die »Taz« waren voll des Lobes für Hirsch, sondern auch die »Zeit« selbst fühlte sich (am 17.2.95) in einem schlüpfrigen Beitrag bemüßigt, sich in Sachen Juden vs. Deutsche selbst auf die Schulter zu klopfen und Hirschs Sack-Referat als beispielhafte Recherche zu preisen, Sack selber aber als unseriös abzutun. Statt darauf zu hoffen, daß die Peinlichkeit bald vergessen sein würde, druckte die »Zeit« zwei Wochen später (2.3.) im redaktionellen Teil einen Leserbrief Sacks ab, und so machte der Leser die verwirrende Erfahrung, daß man denselben Standpunkt einnehmen und dennoch unterschiedlicher Meinung sein kann. Auch Sack nämlich zitierte Hirschs Dossier als Beleg dafür, daß alles, was »das Buch erzählt, wirklich geschehen ist«, und er beklagte zu Recht den Umstand, daß es trotz dieser großartigen Referenz (vorläufig?) nicht erscheinen kann.

6. »Die Woche«

Einer hatte von dem ganzen Rummel dummerweise nichts mitgekriegt. Sollte tatsächlich dem Spezialisten in Sachen Antisemitismus dieser Skandal durch die Lappen gegangen sein? Aber dann meldete er sich schließlich doch noch zu Wort. Beleidigt beschwerte Henryk M. Broder sich in der »Woche« (vom 24.2.) darüber, daß ihm niemand Bescheid gesagt hatte. »Und so erfahren die verhinderten Leser nur aus zweiter Hand, von privilegierten Rezensenten, worum es in diesem Skandalbuch geht.« Die privilegierten Rezensenten, die nicht genannt, nur verdächtigt sein sollten, waren bloß einer, hießen Geisel und hatten sich die amerikanische Ausgabe besorgt.

Zwar hat die Pressestelle des Piper Verlags immer bestritten, daß ihre Entscheidung mit den Artikeln Geisels irgendwas zu tun gehabt habe, mittlerweile aber gibt es ein Eingeständnis vom Verlagschef Viktor Niemann selbst. In der Wochenendbeilage der wichtigsten israelischen Tageszeitung »Ha'aretz« war (am 10.2.) nämlich eine Übersetzung des KONKRET-Beitrags von Geisel erschienen, woraufhin Niemann in einem am 17.2. ebendort abgedruckten Leserbrief mitteilte, daß der Verlag dieses Textes (und seiner »FR«-Fassung) wegen das Buch zurückgezogen habe.

7. »Der Tagesspiegel«, revisited

Auf diesen Zusammenhang haben auch die »New York Times« und die »Herald Tribune« hingewiesen. Außer der Tageszeitung »junge Welt« aber, die durch Textvergleich verdienstvollerweise nachwies, daß Sacks Vorwurf, Geisel habe Passagen seines Buches falsch übersetzt bzw. Zitate frei erfunden, falsch war, hat keine deutsche Zeitung diese Tatsache auch nur erwähnt. Damit entsprach der Betrieb ganz den Bemühungen Sacks, der Geisel als »linken Journalisten« zu denunzieren versuchte. Wäre Sack über die hiesige Stimmung zureichend informiert gewesen, hätte er also gewußt, daß bloß links zu sein hierzulande noch nicht unbedingt als ehrenrührig gilt, hätte er Geisel als »Kommunisten« beschimpft. Was man von denen zu halten hat, erzählte der »Tagesspiegel« (am 4.3.95) und lieferte damit den Nachweis, daß es sich bei dem Artikel des Redakteurs Lackmann keineswegs um einen Ausrutscher gehandelt hatte.

»Haben sich die Kommunisten«, fragt so unschuldig wie rhetorisch ein Malte Lehming mit Blick auf Lutz Niethammers Dokumentenband *Der _gesäuberte Antifaschismus*, »die nationalsozialistische Rassenideologie zu eigen gemacht? Kann man das, was sie taten, überhaupt als Widerstand bezeichnen?« Daß im KZ Buchenwald die Kommunisten »die mit Abstand größte Überlebensgruppe« waren, wertet der Schmierfink als eindeutiges Indiz dafür, daß »die etwa 300 _roten Kapos das von der SS bestimmte Auswahlverfahren« und deren »sozialrassistische Vorurteile« teilten. Wodurch sich die Kommunisten von den Nazis unterschieden, sei lediglich die Wortwahl gewesen: »Was die Nazis _minderrassig nannten, hieß für die Kommunisten _völlig undisziplinierbar . Das Ergebnis war dasselbe: Zigeuner, Ostjuden, Russen.« Auf die Hilfe eines Juden wie John Sack, der, durch seine Herkunft beglaubigt, erzählen kann, was Deutschen von Juden angetan wurde, kann man da ganz verzichten. Die Zuneigung zu den überlebenden Opfern gilt nun unverhohlen den »Volksdeutschen«. Wo aber Juden oder Kommunisten davongekommen sind, kann das nur heißen, daß sie das KZ-System

der Nazis entweder imitiert oder davon profitiert haben.

Konkret 04/95, S. 46

Klaus Theweleit

Helm ab zum Gedicht!

oder »So genierte es mich sogleich, daß ich in Uniform war«. Über den Versuch des Herrenreiters Ernst Jünger, nachträglich die Moderne abzutreiben

Ernst Jünger wird hundert. Respekt allenthalben, bei Freunden, Staatsmännern, in Feuilletons, bei Kollegen. Die »FAZ« druckt Auszüge aus den Tagebüchern der letzten Jahre, die unter dem Titel *Siebzig verweht* (Bd.4) auf Veröffentlichung warten. Der alte Mann zeigt sich beweglich im Geist und in der Feder, erstaunlich, egal ob man das mag, was er schreibt, oder nicht. »Herzlichen Glückwunsch«, kann man nur rufen, der Mann ist ein Phänomen, und Glück hat er auch. Wer wird denn seine Geburtstagsfeier stören, wenn die Götter persönlich ihn (und so viele andere nicht in diesem Jahrhundert) mit solch überbiblischem Alter ausgezeichnet haben. Ich doch nicht.

Dies kann auch keine Störung sein, da Jünger unbefreundete Artikel nicht liest. Man kann ihn nicht »angreifen« aus Zeitungskanonen, ich habe das auch gar nicht vor. Seinem hochenergetischen frühen Schreiben zum Körper des soldatischen Mannes (dem schrecklichen, »faschistischen«) habe ich meine Referenzen erwiesen in den *Männerphantasien* (»haltbar«, was da steht, merke ich beim Wiederlesen). Was ich von seiner »Distanzierung« von den Nazis 1933 halte, steht im *Buch der Könige*, Band 2x; ich wiederhole das nicht; und der spätere Jünger interessierte mich nie sehr: ein grandsigneurhafter Allegoriker und Bildungsgutumwälzer, der mit dem Label »Goethe der CDU«, das Heißenbüttel ihm umgehängt hat, angemessen zwiespältig bedacht ist.

Interessant finde ich an Jünger im Moment seines »100.« zweierlei. Das erste ist eine Art Rätsel. Eine ganze Reihe von Leuten, deren Denken, deren Schreiben oder deren Person ich schätze, finden etwas an Jünger: Friedrich Kittler, Heiner Müller, Ernst Herhaus, Hannes Heer im Hamburger Institut für Sozialforschung oder Wolfgang Rieger, belesener Buchhändler im Jos Fritz-Antiquariat. Mir geht es dagegen beim Lesen von Jünger regelmäßig so, daß ich meine »körperliche Inkompatibilität« mit dem System Jünger feststelle. Was finden die andern da? Es ist nicht des Politischen, überhaupt nicht der Inhalte wegen. Es ist sein Duktus, seine Schreibweise, seine »Haltung« der Welt und den Dingen gegenüber und der daraus resultierende Bildgebrauch. Jüngers Satzbau ist mir derart »feindlich«, daß ich wie selbstverständlich davon ausgegangen bin, jedem Menschen, mit dem ich intellektuell oder affektiv etwas anfangen kann, müsse es ebenso gehen. Das ist nicht der Fall. Gut, es sind fast ausnahmslos Männer, die ihn »schätzen«. Mit deren Meise (»Kriegerresten« oder etwas ähnlichem) könnte ich es abtun, und es hätte sich. Aber es beunruhigt mich. Ich habe in den letzten Monaten Jünger »neu« zu lesen versucht, seine mittleren und späteren Texte. Mit dem Ergebnis: »furchtbar« ... es geht nicht. Jeder zweite Absatz vertreibt mich. Wo sind die Qualitäten? Ich kann es nicht sehen. Ich kann nur darzustellen versuchen, was es ist, das mich verjagt aus Jüngers *Künstlichen Paradiesen.*

Der zweite interessante Punkt ist »Jünger 100« als eine Art Symptom; seine Existenzweise in den jetzigen Feuilletons und den Sammelbänden der Freunde und Anhänger, die etwas wie ein neues »rechtes« oder »liberalkonservatives« Lager um ihn zu bilden versuchen, von dem aus er gefeiert wird als Schriftsteller, der die gesamte deutsche Nachkriegsliteratur weit »überrage«. Der darin enthaltene Angriff auf das wenige »avantgardistischere« deutsche Schreiben nach dem Krieg erscheint mir schlicht unverschämt. Jüngers evidenten Versuch, die Moderne nachträglich abzutreiben, als »Gipfel« der deutschen Literatur nach 1945 zu feiern, ist nicht nur völlig unangemessen Autoren wie Arno Schmidt, Paul Celan, Ingeborg Bachmann, Peter Handke, Rolf Dieter Brinkmann, Vlado Kristl, Oswald Wiener, Enzensberger oder Rainald Goetz gegenüber, dies Lob »frevelt« (um es adornitisch zu sagen) auch an Thomas Mann, Robert Musil, Gottfried Benn oder Walter Benjamin, die Jünger schriftstellerisch wie denkerisch so weit überlegen sind, daß ich ihre Vergleichbarkeit nicht einmal erkenne; das gilt zu Teilen selbst für Böll und Grass. Ein Teil der jetzigen Kulturarbeiter benutzt Jünger als eine Art Kampfmittel gegen die »Moderne«. Warum sie das tun, das ist die zweite interessante Frage.

Zuerst zu Jüngers Schreiben. Über sein »berühmtestes« Zitat, die Tagebucheintragung von der Bombardierung der Stadt Paris durch englische Flugzeuge am 27. Mai 1944, haben sich alle Sorten »humanistischer« Autoren erregt ihres »Zynismus« wegen (»Weinglas in der Hand«). Das kann man. Jüngers Art, mit Bildern umzugehen, ist aber viel furchtbarer. Sie spiegelt »Wahrnehmung« vor, aber da sind nur männliche/soldatische Gedankenversatzstücke: »Beim zweiten Mal, bei Sonnenuntergang, hielt ich ein Glas Burgunder, in dem Erdbeeren schwammen, in der Hand. Die Stadt mit ihren roten Türmen und Kuppeln lag in gewaltiger Schönheit, gleich einem Kelche, der zu tödlicher Befruchtung überflogen wird. Alles war Schauspiel, war reine, von Schmerz bejahte und erhöhte Macht.«

Die »Türme und Kuppeln« von Paris finden sich hier, in einem vier Wörter später einsetzenden Gleichnis, zu »Kelchen« hinallegorisiert, und zwar nicht des »Kelchs« in der Hand wegen, in dem der genießende Soldat seinen Burgunder mit Erdbeeren verdirbt, sondern »Kelch«, damit die zentralste aller soldatischen Konstruktionen, die Umkehrung eines Tötenden in eine Befruchtung, losgelassen werden kann: die Stadt Paris »überflogen« von Flugzeugen zur Ablassung von deren tödlich/fruchtbarem Bombensamen. Paris damit als hingestreckte, vergewaltigte Frau (»ihre roten Türme und

Kuppeln lagen in gewaltiger Schönheit« – bah!). Das »gewaltig« vor der »Schönheit« plump und trampelnd, im letzten Halbsatz einen »Schmerz« hervorzaubernd, der weder ihm noch sonst einer Person zugehört, auch nicht einem wie immer gearteten Kollektiv, der aber etwas »bejaht«, »die Macht« nämlich. Welcher Schmerz, wessen Schmerz? Und welche »Bejahung«? Bejahen tut sich, auf Jüngers sprachverdrehte Weise, seine Gleichsetzung von Tötungs- und Lebensgenuß. Ausgegeben wird die »Szene« als Sinneswahrnehmung. Da ist aber keine, sondern bloß stümperhafte Gedankenillustration des im Kopf fertig liegenden soldatischen Modells »Befruchtung durch Töten«. Und wie läßt sich das imposanter darstellen als durch den Gewaltfick von »Paris der Schönsten«, den er hier vom Dach des »Raphael« aus unternimmt, die Sprache prügelnd in heimlicher Verbindung mit einem andern Mann, dem Kommandanten des englischen Angriffs nämlich, in dem er, der beeindruckenden militärischen Durchführung des Angriffs wegen, einen »feinen Kopf« vermutet. Von »feinem Kopf« zu »feinem Kopf«, die Männergeheimnisse von trunkenem Krieg & Strawberry Fields, ach geh. Nicht »zynisch«, sondern blöd.

Ein anderes Bild. Jünger zum »Kunstschönen«, harmlos im Politischen. Es zeigt den »Platoniker«, wie sein Biograph Martin Meyer ihn zutreffend nennt, Mittelmeer im Kopf, beim Aphorismenbau. »Edelingen, 19. Juli 1940. ... So sind in der Natur, im Wachstum, schon alle Maße vorgebildet, die Menschenkunst erfinden kann. Unsere Freiheit liegt in der Entdeckung des Vorgeformten – wir dringen im Schaffen zur Schöpfung vor. Das Höchste, was wir so erreichen können, ist eine Ahnung vom unveränderlichen Maß des Schönen – so wie der Blick in der Ägäis unter dem Wellenspiel des Meeres am Grund die alten Urnen und Statuen errät.«

Vorgang: Kulturmann »sieht« Welt und denkt sich was dazu (»reflexives Leben«). Helmholtz' berühmter Energieerhaltungs-Satz klingt an. Aber was ist im Ästhetischen das »unveränderliche Maß des Schönen«, das wir im »Vorgeformten« zu entdecken hätten? »Natur«, sagt Jünger. Wozu dann Kunst? Auf das Kunstschöne bezogen ist das Quark. Die Durchführung dieses Quarks wird als Essenz der »Freiheit« bezeichnet. Sprachlich rächt sich das mit der Dauerproduktion von Lapsi: *Unter* dem Wellenspiel der Ägäis kann der »Blick«, den Jünger ins Spiel bringt, gerade nichts erkennen; die Imagination malt sich etwas aus. Erraten müßte sie aber auch nichts, weil am Grund des Meeres Urnen und Statuen bekanntlich hier und da liegen, die aber, ebenso bekanntlich, als Belege für das *unveränderliche* Maß der Schönheit nicht dienen können, da das Salzwasser nicht als schlechtester Zahn der Zeit in die in ihm zur Aufbewahrung untergebrachten Gegenstände beißt. Kein Bild »stimmt«. In Jüngers aphoristisch/allegorischem Gestus aber sollen sie stimmen. Die Schere zwischen Anspruch und Durchführung in diesem Schreiben klafft, daß es Gott, mit dessen Hilfe wir »im Schaffen zur Schöpfung« vordringen sollen, erbarmen müßte, wenn es ihn denn gäbe.

Es gibt bessere Jüngertexte, höre ich, z.B. Jüngers Aufzeichnungen von seinem Kaukasus-Kommando im November 1942. Dieser Text genießt den Ruhm, Jüngers Erkenntnis vom Ende der Idee des »ritterlichen Kriegs« zu enthalten. In der entfesselten Technik und im niederziehenden Schlamm des Rußlandfeldzugs ist der General im *Kaukasischen Tagebuch* auch nur noch ein »Arbeiter«. Eine große Erkenntnis, meinetwegen (ich schätze, der Schütze Arsch wußte das schon ganz anders im Winter 1942). Solche Treffer sind unbezweifelbar eingestreut in die *Strahlungen;* aber viel häufiger beim sog. »Schritt und Tritt« durch die Jünger-Aufzeichnungen sind Passagen wie diese: »Im Zuge, 3. April 1944. Der Zug hat große Verspätung, wie sie die täglichen Angriffe auf die Strecken und Bahnhöfe mitbringen. Lektüre. Die Tagebücher von Byron und ›Les Moeurs curieuses des Chinois‹. Am Fenster zwei junge Offiziere der Panzertruppe, von denen der eine sich durch ein gutes Gesicht auszeichnet. Doch sprechen sie schon seit einer Stunde von Ermordungen. Der eine wollte mit seinen Kameraden einen der Ausspähung verdächtigen Einwohner in einem See verschwinden lassen, der andere vertritt die Ansicht, daß nach jedem Attentat gegen die Truppe fünfzig Franzosen an die Wand zu stellen sind. ›Dann hörts bald auf.‹ Ich frage mich, ob diese kannibalistische Gesinnung, wie dieses völlig Ungute, der Mangel an Herz für andere Wesen sich so schnell verbreiten konnte und wie das rasche und allgemeine Vernegern sich erklärt. Bei solchen Jungen ist es leicht möglich, daß kein Rest von christlicher Moral sie mehr berührte, doch könnte man erwarten, daß Gefühl für ritterliches Leben und Waffenehre oder auch altgermanischer Anstand und Bewußtsein für das Rechte sich ihnen im Blut erhielt. Denn an sich sind sie ja so übel nicht, und ihr kurzes Leben trägt willig Opfer, die der Bewunderung würdig sind. So möchte man wünschen, daß ihnen zu dem unanzweifelbaren Prädikat ›Ohne Furcht‹ auch noch das ›Ohne Tadel‹ zukäme. Das eine wird ja doch nur wertvoll durch das andere. Mir gegenüber ein Oberleutnant von der Fallschirmtruppe mit einem Buch. Er wendet still die Seiten um, zuweilen rastend und vor sich hinschauend wie jemand, der sich besinnt. Dann liest er weiter, um plötzlich zu lächeln, wenn er an eine Stelle gekommen ist, die heiter stimmt. ›Der Leser‹ – das ist ein großes Motiv, eine bedeutende Darstellung des geistigen Menschentums.«

Ich »als Leser« finde mich schlichtweg verprügelt von so einer Stelle – *ein großes Motiv!.* Das »geistige Menschentum«, ...»bedeutende Darstellung«! Hier Christentum und weiße Ritterlichkeit, altgermanischer Anstand plus Waffenehre »im Blut«, auf der andern Seite des Jüngerschen Weltbürgerkrieges Kannibalismus und Vernegerung.

»So sprach damals jeder, was die ›Rassen‹ betraf«, höre ich vernünftige Leute einwenden. Ja. Und deshalb bezeichnet man die Angehörigen der sog. »weißen Rasse«, die den Vernichtungsfeldzug gegen die Tatsache »Mensch«, den sie 1939 begonnen hatten, nie als *ihre* Tat anerkennen wollten, sondern unentwegt einer allgemeinen »Vernegerung« zuschrieben, zu Recht als »Faschisten«.

Ein weißes Laster nennt Jünger allerdings: den Zwang zum »Automatismus« in der Moderne, der als ein Hauptfeind in allen Schattierungen seine Aufzeichnungen durchzieht: »Paris, 6. Juni 1942. ... Zum Automatismus führt das Laster, das völlig zur Gewohnheit wurde – wie schrecklich bei den alten Huren, die zu reinen Lustmaschinen geworden sind. Auch von den alten Geizhälsen strömt ähnliches aus. Sie haben ihr Herz an die Materie gehängt und leben im Metall ... Der allgemeinen Wandlung zum Automatismus, wie sie uns bedroht, muß auch ein generelles Laster zugrunde liegen – dies zu ermitteln wäre Pflicht der Theologen, an denen es eben fehlt.«

»Theologen« bräuchte es in der Tat, uns zu verklickern, daß die angebliche automatische »Lust« einer alt gewordenen Prostituierten, der automatische Geiz eines vertrockneten Geizhalses und »unsere« tägliche Routine bei Rasur oder Lippenstift in den Zeiten der »allgemeinen Wandlung zum Automatismus« irgendwie ein- und dasselbe seien; ein generelles Laster zudem, das darin bestehen soll, das »Herz an die Materie gehängt« zu haben. Oh Pastor. Oh ewiger Schüleraufsatz. Oh philosophischer Sinntourismus. Oh angestrengtes Kasinogehirn. Wahr allerdings darin die Feststellung, daß es Theologen brauche, so eine Fragestellung (lesend) überhaupt zu ertragen. »An denen es eben fehlt«, klagt Jünger. An denen es eben vielleicht doch nicht fehlt: Seine Leser müssen etwas davon haben, von Hochhuth bis Heiner Müller (unter ihren ewig schwarzen Intellektuellensoutanen), wie könnten sie sonst leben (lesend) mit diesem unaufhörlich weisen, abgeklärt-dümmlichen Pastoral-O-Ton, der die *Strahlungen* durchzieht wie ein Lichtstrahl die Besenkammer der Kirchenapsis. Den Küster, der dort sitzt, wartend, daß das Schiff sich entleere, mag das erbauen. Oder Peter Glotz, der von der »hellsichtigen Erzählhaltung« der *Strahlungen* spricht (die sie, verglichen mit dem Grau seiner SPD-Papiere, vielleicht haben).

Jünger hat sich selbst einer »überscharfen Beobachtung« bezichtigt. So wird es weitergeredet. Jünger und die Sinne. *Hören*. Was »hört« Jünger (im gerühmten *Kaukasischen Tagebuch)*, wenn er im Menschengewim-mel des besetzten Rußland die Ohren öffnet?: »Woroschilowsk, 25. Nov. 1942. Die Stimmen der Frauen, insonderheit der Mädchen, sind nicht eigentlich melodisch, doch angenehm. In ihnen ist Kraft und Heiterkeit verborgen; man glaubt zu hören, daß eine tiefere Lebenssaite schwingt. Es scheint, daß über solche Naturen die konstruktiven und schematischen Veränderungen, ohne sie aufzuschürfen, hinweggleiten.«

Der durchreitende Herr macht sein Ohr auf und hört die »tiefere Lebenssaite« der Frauen schwingen, »insonderheit der Mädchen«. Angenehm. »Solche Naturen« (gemeint sind: unberührte Mädchen) haben noch eine Widerstandskraft gegen die »schematischen und konstruktiven« Veränderungen der technischen Welt. Der Herr, der mit den Panzern kommt, nimmt das wohlwollend wahr und verbucht es als Pluspunkt. »Natur« ist auch im Russischen noch natürlich... weiblich... jungfräulich. Zur männlich-traditionalen Erbauung auch im Inferno dient Folklore. Der Herrenwitz ist lediglich »kultiviert« genug, die »Zote« zu meiden. (Vom Wort »aufzuschürfen« zu schweigen.)

Ein paar Wochen später sieht Jünger einen russischen Dolmetscher, der den Deutschen bei der Erschießung von sog. »Partisanen« hilft. Jünger mißfällt dessen ordinäres Gelächter. (Kein »Gesang«!) Er sieht ihm mißbilligend ins Gesicht und hält (im Tagebuch) über dies Gesicht fest: »Die automatische Gewohnheit des Tötens bringt physiognomisch die gleichen Verheerungen zustande wie die automatisch geübte Sexualität. Zum Tee bei General Vogel, der mich mit einem Geleit nach Kurinskij zurücksandte...« (18. Dez. 1942).

Oben war es die zur »reinen Lustmaschine« gewordene »alte Hure«, die als Beleg für Jüngers Lieblingsfund »Automatismus« einstehen mußte. Hier ist es ein (russischer) Profikiller. In Jüngers in diesem Moment immerhin schon 47jährigen Hirn sind die Prostituierte und der russische Partisanentöter ein- und derselbe automatische Gewohnheitstäter. Ob es ihm zwischen dem 47. und dem 100. Jahr gelungen ist, etwas zum Unterschied zwischen professionellem Töten und professioneller Prostitution herauszufinden, mag sein, ist aber keineswegs ausgemacht. Eher steht fest, daß der unentwegte »Automat« in diesen Vorgängen Jünger selber ist. Denk- und Aufzeichnungsautomat, der seine Objekte schon aufs Papier erlegt hat, ehe sie Zeit gehabt hätten, in seinem Aufnahmeapparat sich zu etwas wirklich Wahrgenommenem auszubilden. Die Brutalität dieses »Aufschreibens«, das etwas absichtsvoll Vergewaltigendes hat, wird von Jünger an dieser Stelle »lächelnd« unterstrichen durch den abrupten »Schnitt« in seiner Aufzeichnung: »Zum Tee bei General Vogel«... Ficken und töten. Dieselbe Chose (bei den Automaten). Und nett vom General, daß er Begleitschutz stellt, »da erst gestern nach Einbruch der Dunkelheit zwei Meldefahrer aus dem Hinterhalt erschossen und bis auf das Hemd ausgeplündert worden sind«.

So ist Jünger seit 100 Jahren unterwegs mit Ohr und Auge, mit schärfstem aphoristischen Willen und dem allerschärfsten der Selbsterhaltung. Er ist *nicht* unterwegs, wie Helmut Lethen in seinem Buch *Verhaltenslehre der Kälte* Jünger gern attestieren möchte, mit einem kalten Photoapparat. So schlecht sind Photos im Prinzip nicht, daß sie sich beschimpfen lassen müßten als Modelle einer Weltwahrnehmung wie dieser.

In den zivilen Russen, die trotz Krieg irgendwie leben und arbeiten müssen, »sieht« Jünger, wenn er sein Auge zwecks Wahrheitsfindung auf sie focussiert, noch nicht einmal »Automatismus«, er sieht buchstäblich Gedanken, das heißt in diesem Fall die Mensch- als Tierwelt: »Rostow, 23 Nov. 1942. Fast alle diese Menschen und besonders die Frauen tragen

Säcke auf den Schultern; es ist der Eindruck eines beladenen, lastenvollen Daseins, den ihr Anblick weckt. Ihr Umtrieb ist schnell, unruhig, aber ohne ersichtlichen Zweck, wie in einem Ameisenhaufen, in dem gestöbert worden ist.«

Wuselndes Gekribbel »sieht« der ägäische Kulturmann, wo die Wirklichkeit nicht nach der Struktur seines *Arbeiter*-Buches, das den Hitler-Staat so perfekt vormodellierte, durchhierarchisiert ist. Wo nicht Volksgemeinschaft, Betriebsgemeinschaft, Truppe ist, ist Zoologie, Ameisenwelt. So zeigt sich das kulturhabende Deutsche in Rußland am 23. November 1942, wahrnehmungslos, aber gedankengeladen. Eben nicht Photographie. Und »Fakten« schon gar nicht. In Rostow, wo Jünger dies notiert, sind kurz zuvor die Juden erschossen worden. Unter ihnen Sabina Spielrein, die Psychoanalytikerin, die eine besondere Rolle spielte im berühmten Freud/Jung-Gemetzel 1913/14. Erschossen zusammen mit den anderen Juden, die dort herumwuselten »ohne ersichtlichen Zweck« – und zwar von deutschem Militär, mit dessen Unter- und Oberbefehlshabern Jünger täglich seine Mahlzeiten einnimmt auf dieser kaukasischen Reise, und nicht nur auf dieser. Er war immer, als Stabsmann und ausgewiesener Großschriftsteller, Gast an *deren* Tischen. Und schrieb, nach dem Essen, wenn das Gespräch auf »Greuel« gekommen war, ungefähr solches in sein Tagebuch: »Gespräch mit Koßmann, dem neuen Chef des Generalstabes. Er teilte mir fürchterliche Einzelheiten aus den Lemurenwäldern im Osten mit. Wir sind nun inmitten der Bestialität, die Grillparzer voraussagte.«

Das war in Paris, 6. April 1942, vor der kaukasischen Reise. *Welche* Bestialität exakt gemeint ist, geht aus der Stelle nicht hervor. Was ist mit den *fürchterlichen Einzelheiten* in den Lemurenwäldern des Ostens? Was bemerkt er davon jetzt, wo er durch Rußland reist? Spielt er auf Judenerschießungen an? Auf Stalins Lager? Auf Gemetzel deutscher Soldaten? Auf Partisanen? Man weiß das nie bei ihm. Und deutlicher wird er auch selten, aus Prinzip. Es bleibt alles im Allegorischen, – wie er selbst die Allegorie eines Platonikers bleibt, der unerschütterlich Eindrücke hortet, um sie im Tagebuch abzuspeichern in ihrem jeweils »Bedeutenden«, nicht ohne sie dabei ständig und wie »nebenbei« mit Labels wie »ah, Grillparzer« zu versehen. Die Bildung und die Bildung von »Wie«-Sätzen lassen nie nach – so daß der »Schmerz«, von dem er öfter spricht, fühlbar nie entsteht (jedenfalls nicht bei ihm). Eine über den Dingen stehende »Heiterkeit« war erklärtermaßen das erstrebte Grundgefühl der Jüngerschen Lebensreise. Ich denke, *da* ist ein Gelingen. Er hat ihn gut erfüllt, seinen Lebensplan, genausogut wie seine deutsche Schwester Leni Riefenstahl, die ich, einundneunzigjährig, am 6.3.95 in Ray Müllers Film auf »arte« eine derart unschuldige Heiterkeit verbreiten sah, daß es schwer war, sich zu entscheiden zwischen Grausen und Bewunderung. Ihre Fitness ist bewundernswert, Jüngers ebenso; vielleicht ist das ja das Rezept fürs Altwerden im Deutschland dieses Jahrhunderts, eine heitere Vereisung, in der auch die Brücke geschlagen wäre zu ihrem Weiterwesen in Hollywoods *Star Wars* Utopien. *We'll meet again,* ich bin ziemlich sicher. Leider.

Zurück in den Kaukasus. Zum Verhältnis der deutschen zu den russischen Soldaten lesen wir bei Jünger dies: »Immerhin werden Gefangene gemacht, sowohl um Arbeitskräfte zu gewinnen als auch, um Überläufer anzuziehen. Die Partisanen aber stehen außerhalb des Kriegsrechts, soweit von solchem noch gesprochen werden kann. Sie werden Wolfsrudeln gleich in ihren Wäldern zur Ausrottung umstellt. Ich hörte hier Dinge, die in die Zoologie einschneiden« (11. Dez. 1942).

Wenn nicht der »Automatismus«, dann ist es das Verheerende der »Zoologie«, der gegenüber sich der Tagebuchschreiber auf dem Papier als »Mensch« der Bildung dauerzubehaupten hat. Der humanus europäicus, der einsam in seinem Hirnkasten Grillparzer durch den Weltkrieg, durchs Kaukasische, durch Paris, durch »die Moderne« schleppt. *Grillpanzer* wäre kein schlechtes Wort für diese Sorte Schädelmaschine. Im übrigen ist das die Version vom russischen Krieg, die man regelmäßig von den arm- und beinamputierten Gymnasiallehrern der 50er Jahre vorgesetzt bekam. Der deutsche Soldat war nett zum russischen Menschen – der im Grunde nichts anderes wollte als überlaufen, wo immer er konnte ... aber dann die Partisanen, die standen außerhalb des Menschlichen und mußten daher in den Fleischwolf. »Dinge, die in die Zoologie einschneiden«. Ich frage mich, welcher Mensch, der ein bißchen was weiß vom Weltkrieg – wie ja Hochhuth und Heiner Müller ganz entschieden – , kann solche Texte aushalten beim Lesen? Ich, freiwillig, nicht.

»Auf dem Rückweg kam ich an einer Gruppe von Gefangenen vorüber, die unter Aufsicht an der Straße arbeiteten. Sie hatten am Wegrand ihre Mäntel ausgebreitet, und die Vorübergehenden legten zuweilen kleine Spenden darauf. So sah ich Geldscheine, Brotscheiben, Zwiebeln und eine der Tomaten, die man hier grün in Essig legt. Das war der erste humane Zug, der mir in dieser Landschaft aufgefallen ist, wenn ich von einigen Kinderspielen und der schönen Kameradschaft der deutschen Soldaten untereinander absehe. Hier aber wirkten alle Teile mit, die Einwohner als Gebende, die Gefangenen als Arme und ihre Wächter durch Sanktion« (7. Dez. 42).

Daß freilaufende Russen gefangenen Russen etwas gegen das Verhungern auf die Decke legen, fiele in diesen Sätzen noch unters lokale Zoologische. »Humanität« wird erst draus, wenn deutsche Wächter die grüne Tomate nicht zertrampeln, sondern zulassen, daß ein gefangener Russe sie tatsächlich ißt. »Sanktionierte Humanität«. In der in Jüngers Auge die Spiele der russischen Kinder und die »schöne Kameradschaft der deutschen Soldaten untereinander« wie ein- und dasselbe aussehen. Oh mei. Muß man das lesen? Ich begreifs nicht. Wegen der paar dürren Informationen, die in den Text eingelegt sind? In diesem Falle: wegen der eingelegten grünen Tomate? Die ist in der Tat das einzige dem Leser vielleicht unbekannte kaukasische Realitätspartikelchen, das in diesen Text geschlüpft ist. Das übrige ist gnadenlos kondensierter touristischer Herrenmenschenblick, dürftig zurechtgebogen in die bereitliegende »Der-erste-humane-Zug«-Stanze, die es

irgendwo geben *muß* im Bericht von der Reise ins Barbarische. Eine hundertjährige Überanstrengung im Kampf mit »Sprache«, deren einzige (Teil)erfolge in den frühen Zwanzigern lagen.

Die *Strahlungen,* in denen solches säckeweise steht, werden heute gern als Beleg angeführt für's Jüngersche Nicht-Nazi-Sein. Mehr. In der »FAZ« vom 19.2.93 lese ich in einem Artikel von Helmuth Kiesel: »Noch im Dritten Reich distanzierte sich Jünger auch von den antisemitischen Maßnahmen der Nazis: man lese im ›Ersten Pariser Tagebuch‹ die Eintragungen vom 7. Juni und 18. Juli, um nur zwei prägnante Stellen zu nennen.« Ich lese die beiden Stellen. Sie lauten:

»Paris, 7. Juni 1942. In der Rue de Royale begegnete ich zum ersten Mal in meinem Leben dem gelben Stern, getragen von drei jungen Mädchen, die Arm in Arm vorbeikamen. Dies Abzeichen wurde gestern ausgegeben; übrigens mußten die Empfänger einen Punkt von ihrer Kleiderkarte dafür abliefern. Nachmittags sah ich den Stern dann häufiger. Ich halte derartiges, auch innerhalb der persönlichen Geschichte, für ein Datum, das einschneidet. Ein solcher Anblick bleibt nicht ohne Rückwirkung – so genierte es mich sogleich, daß ich in Uniform war.«

»Paris, 18. Juli 1942. Gestern wurden hier Juden verhaftet, um deportiert zu werden – man trennte die Eltern zunächst von ihren Kindern, so daß das Jammern in den Straßen zu hören war. Ich darf in keinem Augenblick vergessen, daß ich von Unglücklichen, von bis in das Tiefste Leidenden umgeben bin. Was wäre ich sonst auch für ein Mensch, was für ein Offizier. Die Uniform verpflichtet, Schutz zu gewähren, wo es irgend geht. Freilich hat man den Eindruck, daß man dazu, wie Don Quijote, mit Millionen anbinden muß.«

Mir erscheint Jüngers Tagebuch durchweg getragen von der Geste der Selbststilisierung zu einem »Zeitzeugen«, der die Dinge mit Distanz betrachtet, ohne wirklich involviert und vor allem ohne »Täter« zu sein. Ich werde in den *Strahlungen* das Gefühl nie los, daß sie angelegt sind als gigantischer Persilschein für die Situation nach dem von den Nazis verlorenen Krieg. Mit ein bißchen Geschick und mit der Hilfe publizierender Freunde würde daraus ein veritabler Nicht-Nazi konstruierbar sein – und das hat ja auch bestens geklappt, und meinetwegen. Ich habe nichts gegen gelungene Coups. Und dieser steht einem gutgemachten Bankraub in nichts nach. Hinter dem Coup als Tatsache aber bleibt: Jünger *war* da, in Uniform, nicht nur *kenntlich* als deutscher Offizier, er *ist* einer von denen, die den Pariser Juden den gelben Stern zu tragen befehlen. Die Formulierungen, die er gebraucht, um das irgendwie »ungeschehen« zu machen, sind nicht von ungefähr die denkbar gespreiztesten. »Ich halte derartiges für ein Datum, das einschneidet.« Wow. »Einschneidet« allerdings weniger ins Leben der Betroffenen als vielmehr in seine »persönliche Geschichte«, in der es als Folge der Judendeportationen zu einem massiven Unwohlsein kommt. Der ritterliche Offizier »geniert« sich, denn die Uniform verpflichtet, »Schutz zu gewähren« – in seinem Ritterroman vom 2. Weltkrieg, den er immer aus der Tasche zieht, um *sich* zu schützen vor der Wahrnehmung der Schrecken, die die Uniform tragenden Deutschen anrichten in diesem Krieg. Daß das alles nicht so ernst zu nehmen ist, was er da erzählt, ist dann »augenzwinkernd« auch hineingeschrieben, wenn all das »Judenschützen« und »Sich-Genieren« auf die Don Quijote-Figur bezogen wird. Man stand gegen »Millionen« von Judenjägern (»freilich«), keinen Zweck also, gegen die Windmühlen (Krematorien) anzufuchteln. Das Gefühl, von »bis in das Tiefste Leidenden« umgeben zu sein, enthalten die *Strahlungen* sonst eben kaum. In Ton und Stil ein Lippenbekenntnis. Und eine Formel (»Automatismus«) zudem.

Zehn Tage später wird sie im Tagebuch fast wörtlich wiederholt: »Nie darf ich vergessen, daß ich von Leidenden umgeben bin.« »Das ICH, von Leidenden umgeben«, das ist so etwas wie Jüngers Formel für Krieg und Judenvernichtung. Nicht nur Jüngers. Es ist auch die all der Nachkriegsdeutschen, die einfach (und immer) nur »umgeben« waren von den Schrecken, die sie anrichteten, und selbstverständlich (hier und da) auch ein Herz hatten oder ein Bedauern für die Unglücklichen, die (von wem denn bloß immer?) in die Auslöschung gestoßen wurden. »Wir dürfen nie vergessen, daß wir von Leidenden umgeben sind« ...

Das gilt auch heute, wo es uns wieder so gut geht: Ist das nicht die Nationalhymne des Deutschen von Adenauer bis Kohl? Jünger ist nicht nur der »Goethe der CDU«, er ist der Goethepriester jener Sorte Deutschtum, die sich (nach dem Krieg) unentwegt ins Gedächtnis rufen mußte und muß (weil sie es von allein nicht weiß), daß auf der Welt gelitten wird, aber woanders; nämlich immer da, wo der deutsche Körper nicht ist. »Leiden ist undeutsch« – das ist die Formel in ihrer substantiellen Nacktheit. Aber wir müssen immer daran denken, sagt das Jünger/Kohlsche, daß andere es tun. Und weil die anderen so geübt darin sind, wollen wir es auch dabei belassen. Wozu im dritten Jahrtausend das Leiden noch lernen, wo das Deutsche mit dem »Zufügen« so gut ausgekommen ist bis jetzt. Und mit dem »Nie Vergessen«, daß es Wirkung zeigt bei den »Unglücklichen«.

Mitgeteilt wird tatsächlich sehr wenig in diesen Tagebüchern. Sie dokumentieren vielmehr unaufhörlich, daß da ein »beobachtendes Ich« am Werk ist gegenüber der Welt, das alles aufschreibt, was ihm vor die Flinte kommt, wenn möglich in Allegorien und ohne allzu genau zu werden. Der wirklichste Selbstschutz dieses Schreibens besteht in seinen fortwährenden Andeutungen und prinzipiellen Undeutlichkeiten. Das »Mulmige« bzw. der »innere Kitsch«, den Benn dem Jüngerschen Schreiben attestierte, nebelt und mulmt auf beinah jeder Seite. Weniger »Sklavensprache« als Schreiben am Ü-Pol. So kann man, denke ich, die *Strahlungen* lesen, als Dokument der Entstellungen, die ein Überlebensversuch in

Uniform im Naziheer von WK II bei einem im Prinzip begabten Schriftsteller angerichtet hat; nicht als Buch aus Einblicken oder gar Eröffnungen, wie die *Strahlungen* gehandelt werden von Leuten, die es scheinbar gewohnt sind, Schreiben prinzipiell als Selbst-Entstellung zu betrachten. Von einem Dokument des »Widerstands« zu schweigen – als das Jünger selber die Tagebücher, anständigerweise, auch nicht (mehr) ausgibt.

Andere tun es für ihn. Wenn Helmuth Kiesel in der »FAZ« eine »ganze Reihe von Widerrufen« in Jüngers Werken betreffs Jüngers faschistischer Vergangenheit findet, ist das auch eher eine Sache des allgemeinen deutschen Umgangs mit dem Nazireich als nur Jüngers, dem ich keinesfalls etwas anhängen will über das hinaus, was er sich selber zuzieht. Er ist viel offener als seine Apologeten und sagt, noch 1993, im Interview in Lutz Dammbecks Breker-Film »Zeit der Götter«: »Es gibt Tyrannen, die den Künstler an den Hof ziehen, und im allgemeinen, wenn ich das so sagen darf, ist das ja ein Glück für den Künstler« – denn der Maler will malen, der Dichter will dichten – und Breker wollte bildhauern, und Hitler ließ ihn. Wer hat da was zu meckern?

»Immer wieder ist er als ›Beobachter‹ apostrophiert worden, ja, hat sich selbst am liebsten so ausgewiesen. Auch das halte ich für eine Fiktion, eine von ihm erwünschte, nicht aber faktische ›Objektivität‹. Niemand konnte in der Nazizeit bloßer Beobachter sein, schon gar nicht, wenn er zum Stab des Wehrmachtsbefehlshabers in Frankreich zählte, und sei es auch als Postzensor«, hat Ralph Giordano angemerkt. Seinen Dienst verbringt Jünger in Paris ab Februar 1941 in der Abteilung für Briefzensur, genau wie Martin Heidegger im 1. Weltkrieg. Eine schöne Koinzidenz: unsere großen beiden Postzensoren von rechts. Was sie beide wegzensieren, der eine wie der andere, ist die Post der Moderne. Ist die Post von Benn, Joyce, Céline, Freud. Ist, zumindest bei Jünger, auch die Post von Cezanne, van Gogh, Monet, Manet (Jüngers Verdikt übers »Impressionistische« zugunsten des klaren, kalten Blicks, den er in der Photographie verkörpert sieht). Hitlers »Faible« für ihn ist bekannt und dokumentiert; selbstverständlich ging der »Beobachter«, wenn schon, nur unter einer schützenden Hand.

Angemessen kühl scheint mir der Schweizer Blick auf Jünger zum Hundertsten, den ich, von Thomas Hürlimann, im »Weltwoche«-Magazin finde: »Was Jünger gedacht oder gesehen hat, ordnet er in Vitrinen ein, unter Glas, er pickt auf, stellt hin, stellt fest, stellt aus, und natürlich achtet er dabei, wie jeder Sammler, auf eine gewisse Haltbarkeit, auf eine schöne tote Ordnung, nature morte. Ja, ausgerechnet dieser Autor, der als einer der ersten die zunehmende Beschleunigung, das Rattern und Rasen der Großen Maschine erkannt und begriffen hat, teilt im Stil nichts davon mit – Jüngers Sprachfluß ist zugefroren, ist vereist, ist erstarrt.« Ist erstarrt, glaube ich, seit den *Marmorklippen*, die das für Jünger Äußerste an möglicher Absetzung vom Nazireich formulieren; sie lesen sich heute wie eine Mischung aus Michael Ende, Wolfgang Petersen und, in ihren guten Teilen, Astrid Lindgren. Der »Junge« mit den Lanzenottern erscheint allerdings nur in der dritten Person. Warum reklamieren deutsche Intellektuelle jetzt die Qualität solcher Texte als Parameter für eine richtige »Einschätzung« und Würdigung der »deutschen Nachkriegsliteratur«? Vielleicht, weil sie ihnen beim Wegsehen helfen. Vielleicht, damit sie 1995 jemanden wie Raul Hilberg nicht lesen müssen. Jedenfalls macht keiner ein Aufhebens hierzulande von der Essenz von Hilbergs dreißigjähriger Arbeit über die Judenvernichtung in Europa, von seinem Buch *Opfer, Täter, Zuschauer,* das von Fakten, Daten und komprimierten Erkenntnissen nur so überläuft (schriftstellerisch das genaue Gegenteil von Jüngers bedeutendem »Sich-Gedanken-Machen«). Die erweiterte Bundesrepublik feiert den 50. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz und den 100. Geburtstag dieses deutschen Offiziers, dessen erste vierzig Lebensjahre dem Sieg des Nazismus in Deutschland gewidmet waren, im selben Jahr 1995. Die Verteilung der »Gewichte« dabei wird »1995« nicht gut aussehen lassen vom, sagen wir, Jahr 2042 aus.

Rechtzeitig zu diesen Daten hat Jünger im »Spiegel« enthüllen lassen, daß mit dem bösen *Merline* seiner *Strahlungen* doch jener französische antisemitische Schriftsteller Louis Ferdinand Céline gemeint sei, der, als er lebte, Jünger gerichtlich diese Behauptung verbieten ließ. Jüngers Eintrag in den *Strahlungen* zu »Céline« bringt diesem zu seinem 100. Geburtstag im »Spiegel« die Schlagzeile »Ein lumpiges Leben« ein. Welch ein Coup noch einmal gegen diesen Konkurrenten, denn darum geht/ging es die ganze Zeit in Jüngers Weiter- und Weiterschreiben von *Siebzig verweht* bis ins Unendliche der Geschichte. Um die Bekämpfung, um die Abtreibung der Moderne, deren lebendiger Teil Céline (trotz seines fürchterlichen Antisemitismus) ist, und an der Jünger (spätestens mit den *Mamorklippen* 1939) als Autor scheiterte und, sich fortsetzend, immer weiter scheitert. Ja, an den verhaßten drei Pünktchen ... Célines »emotiver Metro« durchs Geschehende.

Das ginge uns herzlich wenig an, wäre da nicht die Konversion Jüngers durch seine Anhänger in dies Symptom. Daß Jüngers Werk die gesamte deutsche Nachkriegsliteratur überrage, wie Botho Strauß oder Rolf Hochhuth befinden, wäre, da an der Vormodernität von Jüngers Schreiben nicht zu zweifeln ist, ein schrecklicher Befund vor allem zu dieser deutschen Nachkriegsliteratur, der für sie mit Sicherheit nicht gilt. Er gilt aber vielleicht für so etwas wie die deutsche Mainstreamkultur nach dem Mauerfall. Im Grunde sagt dieser Befund, daß Jünger der deutschen bourgeoisen Nachkriegs- und großen Teilen der Wiedervereinigungskultur genau entspricht. Das würde heißen, daß diese Kultur in Jüngers 100. nicht so sehr diesen selbst feiert, sondern ihren eigenen traditionellen Blick aufs Gegebene; auf das Gegebene, das ihr so fürchterlich entgleitet.

»Jüngers Blick« – dieses der »objektiven Welt« als »betrachtendes Subjekt« gegenüberstehende Aufnahme-Auge, das Eindrücke sammelt, sie einordnet, bedenkt, allegorisiert, aphoristisiert, das die Erbsen von der Schale schneidet und sie in die richtigen Töpfchen aschenputtelt, ist womöglich das Wunschbild unserer Gebildetenkultur, die sich irgendeine Art Heil immer noch (oder wieder) von dieser Art »Weltbetrachtung« erwartet – intelligente Reflexion und verbale Zerschrotung der Erscheinungen. Sie hat aber heute nur noch einen einzigen realen Stützpfeiler im Wirklichen, und das ist der touristische. Die untergehende Kultur des kulturalistischen Herren-Touristen, der immer, wenn er die Ameisen wimmeln sieht, sein Gehirn einschaltet und ihre scheinbar sinn- und folgenlosen Bewegungen auf die Platte bannt, um sie von daselbst als »Kunst« ins Buch oder in eine neue Ausgabe von »aspekte« zu spießen, feiert so zu diesem 28. März 1995, ohne daß sie es wüßte oder wissen wollte, nicht einen Geburts-, sondern ihren 100. Todestag – eingeläutet selbstverständlich vom Kino, das Jünger nicht ohne Grund haßt wie der Küster das gnadenlose Außenlicht.

Aber der historische Vollzug solcher Tode »dauert«. Der deutsche Realitätsangestellte, Amts-, Zahnarzt- oder Ingenieursmensch will sich seine erworbenen Rechte unter keinen Umständen nehmen lassen; das Recht auf das, was die Nazis als »Überholspur« fürs motorisierte Höherrassige erfunden und bis in unsere kleinsten körperlichen Verästelungen in die Jetztzeit hinein durchgesetzt haben. Er ist dabei, sich hemmungslos wenigstens mit Jünger zu wappnen, wo er schon in den harten Brocken beißen muß, daß auch er dem Prozeß des Alterns unterworfen ist im Weglaufen vor seiner Geschichte, der gewesenen wie der geschehenden. Jüngers Aufzeichnungsgestus entspricht genau diesem Verzweiflungsschrei nach der fortdauernden Macht der Gedanken des Einzelnen, dem die jetzige Mainstreamkultur ihre Existenz und ihre Kraft verdankt. Es soll etwas bedeuten (was ich »sehe«), und es soll festhaltbar sein (in welcher Sorte Aufzeichnungsalbum vom Tagebuch bis zum Video auch immer). Das Wirkliche muß unterworfen sein, unterwerfbar sein einem Blick. Sonst stimmt die Welt nicht mehr, sonst ist sie ohne Zentrum. »Perspektive« ist nicht umsonst das nach wie vor beschworene Wort in aller Unterwerfer-Munde. Die Jünger-Ehrung ist Sehnsucht nach der Renaissance; als Intellektuellennotwehr gegen die eigene Machtlosigkeit passabel. Als Grundlage etwaiger »politischer Dezisionen«: katastrophal.

Klaus Theweleit hat gerade einen Band mit Essays, Reden und Interviews zu Politik und Kunst veröffentlicht (»Das Land, das Ausland heißt«, dtv Nr. 30449)

Konkret 04/95, S. 56

Oliver Tolmein

Buch des Monats: Der zensierte Völkermord

Wassili Grossman / Ilja Ehrenburg: Das Schwarzbuch – Der Genozid an den sowjetischen Juden. Übers. von Ruth und Heinz Deutschmann, Rowohlt Verlag, 1146 Seiten, 98 Mark

»Kreuz und quer durch die Stadt fahren Fuhrwerke mit Sachen. Die Leute ziehen um, sie richten sich in den nach der Austreibung der Juden freigewordenen Wohnungen ein. Alle, die an der Befreiung von den Bolschewiki teilgenommen haben, und vor allem alle möglichen Räuber und Halunken wurden mit besten Wohnungen versorgt. In der Tat, die Deutschen haben diese ›Proletarier‹ besser bedient, als die Bolschewiki es taten, die nicht ›fähig‹ waren, solche heroischen Dinge wie die Umsiedlung von 30.000 Einwohnern (Juden) nach Viliampole zu organisieren. ... Es heißt, daß die litauischen ›Partisanen‹ speziell zur Ermordung von Juden eingesetzt werden; sie erhalten 600 Rubel Auslösung und Soldatenrationen. Anwärter gibt es massenhaft.« So lautet eine Tagebuchnotiz der litauischen Ärztin Elena Kutorgiene-Buivydaite vom August 1941, die im »Schwarzbuch über die verbrecherische Massenvernichtung der Juden durch die faschistischen deutschen Eroberer in den zeitweilig okkupierten Gebieten der Sowjetunion und in den faschistischen Vernichtungslagern in Polen während des Krieges 1941-1945« abgedruckt werden sollte. In dem 1947 gesetzten Exemplar ist diese Passage aber nicht mehr enthalten: Sie fiel der stalinistischen Zensur zum Opfer. Das Kapitel über »Czernowitz während der deutsch-rumänischen Besatzung« wurde gänzlich gestrichen. Die Zensur formte aber auch den Ausspruch eines Mädchens, das Auschwitz überlebt hatte, in eine optimistische Sentenz um: »Wir sind frei, doch freuen können wir uns darüber nicht. Wir haben zu viel erlebt und zu viele der Unseren verloren.« In der zensierten Fahne steht nur noch: »Wir sind frei.«

Aber auch die zensierte Fassung schien den Verantwortlichen der KPdSU (B) nicht tragbar. Das *Schwarzbuch* wurde nicht zur Veröffentlichung freigegeben: Die erste, wenngleich unvollständige russische Fassung wurde 1980 in Jerusalem publiziert, auch im 1981 in New York veröffentlichten Text fehlten wichtige Teile, ebenso wie in der 1991 auf Hebräisch in Tel Aviv erschienenen Fassung. Das vollständige Manuskript galt damals noch als verschollen. Unzensiert und komplett fand es sich erst im Zuge der Perestroika in einem Moskauer Geheimdienstarchiv. Das dort gefundene Schreibmaschinenmanuskript bildet, zusammen mit der für den Druck vorbereiteten Fassung von 1947, die Grundlage für die erste ungekürzte Ausgabe des *Schwarzbuches*, in der die zensierten Stellen durch Kursivsatz kenntlich gemacht wurden. Die mehr als 1.100 Seiten starke deutsche Ausgabe informiert damit nicht nur umfassend über den Völkermord an den sowjetischen Jüdinnen und Juden, sie macht es auch möglich, sich ein Bild vom Antisemitismus der sowjetischen Staatsführung in den 40er Jahren zu machen.

Grundlage für das *Schwarzbuch*, das von Mitgliedern des sowjetischen »Jüdischen Antifaschistischen Komitees« auf Anregung von Albert Einstein zusammengestellt worden ist, bilden Augenzeugenberichte über das Vorgehen der Deutschen in der Ukraine, in Belorußland, Rußland, Litauen und Lettland. Dort lebten vor dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht etwa 2.150.000 Juden, von denen nur die wenigsten fliehen konnten. Neben den vier Einsatzgruppen, einigen Waffen-SS-Brigaden und deutschen Polizeieinheiten beteiligten sich 170 Polizeibataillone, in denen Letten, Esten, Ukrainer, Kosaken, Belorussen, Tataren, Russen und Litauer als Freiwillige dienten, an der Ermordung der sowjetischen Juden. Aber auch die Wehrmacht mordete, anders als die Legende von der unpolitischen Armee es will, im Rahmen der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik mit, wie ein Befehl des Oberkommandos der Wehrmacht vom 19. Mai 1941 belegt, der unter der Überschrift »Verhalten der deutschen Truppen in der Sowjetunion« folgenden Passus enthält: »Der Bolschewismus ist der Todfeind des nationalsozialistischen deutschen Volkes. ... Dieser Kampf verlangt rücksichtsloses und energisches Durchgreifen gegen bolschewistische Hetzer, Freischärler, Saboteure, Juden und restlose Beseitigung jedes aktiven oder passiven Widerstands.«

Im *Schwarzbuch* wird beschrieben, wie dieser Befehl umgesetzt worden ist, z.B. in dem ausführlichen Bericht über die Besetzung Rigas: »In der ersten Nacht des Besatzungsregimes veranstalteten die Offiziere des Württembergisch-Badischen Grenadier-Regiments in der Marinskastrasse 10 ein Saufgelage. Zu dieser Orgie ließen sie sich einige Dutzend jüdischer Mädchen kommen, zwangen sie, sich völlig zu entkleiden, zu tanzen und zu singen. Viele der Unglücklichen wurden vergewaltigt, danach auf den Hof geführt und erschossen. Hauptmann Bach brach aus zwei Stühlen die Sitze heraus, ließ sie durch Blechplatten ersetzen. Auf die Stühle wurden zwei Studentinnen der Rigaer Universität gebunden. Die Offiziersburschen brachten zwei brennende Petroleumkocher, die unter die Sitzfläche gestellt wurden. Die Offiziere faßten sich bei den Händen und umtanzten die beiden Märtyrerinnen.«

Später wurde das Ghetto von Riga, in das auch Tausende von Juden aus Deutschland deportiert wurden, aufgelöst. Wer hier nicht gestorben oder bei Überfällen von deutschen oder lettischen Kommandos ermordet worden war, wurde in das Lager von Salaspils geschafft, in dem zwischen Oktober 1941 und Oktober 1944 53.700 Menschen umgebracht wurden. In Salaspils, berichtet das *Schwarzbuch*, wurden auch Menschenversuche durchgeführt: »Einer Gruppe von Juden, zu der auch der Dozent an der Sorbonne, Schneider, gehörte, öffneten die Deutschen die Venen, um zu erproben, wie sich

Hormone und Eisen der inneren Sekretion bei vollständigem Verbluten verhalten. Einer der wissenschaftlichen Mitarbeiter schrieb an einer Dissertation über das Erhängen von Menschen. Er studierte intensiv, welche Arten von Seilen und Schlingen die effektivsten Ergebnisse erbrachten. Dieser ›Dissertation‹ fielen 35 jüdische Leben zum Opfer.«

Im *Schwarzbuch* werden Juden aber nicht nur als Opfer, als »Lämmer auf dem Weg zur Schlachtbank« beschrieben. Breiten Raum nimmt der Widerstand ein, den Juden und Jüdinnen in den Ghettos und als Partisanen gegen die Deutschen und ihre Kollaborateure geleistet haben. Insbesondere der Widerstand im Minsker Ghetto, das am 21. Oktober 1943 zerstört worden ist, spielt dabei eine herausragende Rolle, aber auch die militanten Aktionen der »Kämpfer von Kaunas«, über die der jüdische Schriftsteller Jokubas Jossade, der während des Krieges in der 16. litauischen Division kämpfte, aus Erzählungen überlebender Partisanen erfahren hatte.

Die im Manuskript des *Schwarzbuches* enthaltenen ausführlichen Berichte über die Kollaboration von Angehörigen verschiedener Nationalitäten mit den Deutschen sind in der zensierten Fassung des gesetzten Exemplars fast ebenso konsequent gestrichen worden wie die niederschmetternden Berichte über völlig zerstörte Landstriche und die bitteren Notizen über die tiefe Verzweiflung vieler Überlebender. Dagegen enthält die damals fertiggestellte Fassung des Buches ein umfangreiches Kapitel über »Die Einheit der sowjetischen Menschen«: zumeist knappe Schilderungen und Erzählungen von Überlebenden, denen von Russen oder Angehörigen anderer Nationalitäten geholfen worden war.

Besonders wichtig war es den Herausgebern und Autoren des *Schwarzbuches,* über die Vernichtungslager aufzuklären: Überlebende aus Ponary, dem Choroler Lager, aus Klooga, Treblinka, Sobibor, aus dem Warschauer Ghetto und aus Auschwitz kommen zu Wort. Insbesondere die »Mitteilung der Außerordentlichen Staatlichen Kommission zur Feststellung und Untersuchung der Schandtaten der faschistischen deutschen Eindringlinge und ihrer Helfershelfer über die ungeheuren Verbrechen der deutschen Regierung in Auschwitz« macht aber auch deutlich, unter welchem politischen Druck am *Schwarzbuch* gearbeitet worden ist: Obwohl die Juden das Gros der in Auschwitz Ermordeten stellten, obwohl sie eine in der Sowjetunion anerkannte Nationalität waren und das *Schwarzbuch* ihre Ermordung zum Thema hatte, wird in dem Text stets von Menschen, Bürgern oder ganz allgemein Staatsangehörigen der Sowjetunion gesprochen.

Daß die Arbeit am *Schwarzbuch* überhaupt aufgenommen werden konnte, ist dem »Jewreiski Antifaschistski Komitet« (JAK) zu verdanken, das nach einem gescheiterten, aber von der Geschichtsschreibung nicht aufgearbeiteten ersten Versuch 1941 (in dessen Verlauf zwei prominente Juden hingerichtet wurden) im April 1942 gegründet worden ist. Das JAK wandte sich an die Juden der Welt und knüpfte vor allem enge Kontakte in die USA. Von dort kam Ende 1942 auch die Idee, Material über die Vernichtung der Juden durch die Nazis zu sammeln und zu veröffentlichen, ein Vorhaben, das auf einer Reise von zwei Mitgliedern des Exekutivrates des JAK 1943 in die USA konkretisiert wurde. In der Sowjetunion selber war die systematische Ausrottung der Juden bis dahin nicht thematisiert worden; es gab dagegen u.a. auch deshalb schwere Vorbehalte, weil man, wie es hieß, der NS-Propaganda durch besondere Betonung des Leidens der Juden nicht in die Hände arbeiten wollte. Von Seiten des JAK waren insbesondere die Schriftsteller Wassili Grossman (der später den wohl wichtigsten Roman über den Antisemitismus in der Sowjetunion verfaßt hat: *Leben und Schicksal* – siehe KONKRET 1/91) und Ilja Ehrenburg mit dem Projekt betraut. Noch bevor in der UdSSR eine Entscheidung gefallen war, wurde in den USA ein Komitee zur Herausgabe des *Schwarzbuches* unter Vorsitz von Nahum Goldberg vom World Jewish Congress gegründet. Aber nicht nur mit der KPdSU gab es Probleme. Auch innerhalb des Komitees entwickelte sich eine scharfe Kontroverse. Während Ehrenburg vehement dafür eintrat, die Augenzeugenberichte unbearbeitet zu veröffentlichen, weil »die emotionale Wirkung des Zeugnisses eines Menschen der von Kunst sehr nahekommt«, plädierte Grossman dafür, zu verallgemeinern, um so »im Namen der Menschen zu sprechen, die unter der Erde liegen und selbst nicht sprechen können«. Im *Schwarzbuch* selbst sind schließlich auch die Augenzeugenberichte überarbeitet worden, jedem Kapitel wurde ein Länderbericht vorangestellt.

Während das JAK unter Vorsitz des berühmten sowjetischen Schauspielers Solomon Michoels die Arbeit am *Schwarzbuch* vorantrieb, wurden die politischen Blockaden größer. Am 3. Februar 1947 intervenierte der Leiter der Hauptabteilung Agitation und Propaganda der KPdSU (B), G.F. Alexandrow: Die Veröffentlichung des *Schwarzbuches* halte er für »unzweckmäßig«, weil das Werk eine völlig falsche Vorstellung über den Charakter des Faschismus vermittle: Es rufe den Eindruck hervor, daß »die Deutschen nur deshalb gegen die UdSSR Krieg geführt hätten, um die Juden zu vernichten«. Das JAK erteilte im Juli 1947 trotzdem der Druckerei der Parteihochschule den Auftrag, das *Schwarzbuch* in einer Auflage von 30.000 Exemplaren zu produzieren. Am 20. August 1947, zwei Drittel des Buches waren bereits fertig, wurde die Arbeit an dem Werk eingestellt. Am 7. Oktober kritisierte die Hauptabteilung Propaganda und Agitation nochmals »schwere politische Fehler« im *Schwarzbuch*. Vor allem wurde gegen die Autoren und Herausgeber des Bandes der Vorwurf des »kollektiven jüdischen Nationalismus« erhoben. Im Januar 1948 wurde Michoels auf Befehl Stalins bei einem vom Geheimdienst inszenierten Autounfall in Minsk getötet. In den folgenden Monaten verhaftete man führende Mitglieder des Komitees, das im November 1948 aufgelöst wurde.

Bezeichnenderweise sind weder Ehrenburg noch Grossman vor Gericht gestellt worden – obwohl auch ihre Namen auf der Liste für den im März 1952 angesetzten Prozeß standen. Die jüdischen Intellektuellen sollten in einem Schauprozeß

aussagen, weigerten sich aber, die angeblichen Verbrechen zu gestehen. Dabei spielte das *Schwarzbuch* – vor allem die Weiterleitung einiger darin enthaltener Materialien an Juden im Ausland, z.B. den USA – eine wichtige Rolle. In einem Gutachten befand u.a. eine führende Funktionärin des Schriftstellerverbandes, der Nationalismus des *Schwarzbuches* zeige sich in der »vorsätzlichen und wiederholten ausdrücklichen Hervorhebung der Juden als einer den anderen Völkern gewissermaßen entgegengesetzten Kategorie«, ohne daß es »die klassenmäßige, soziale und politische Zugehörigkeit derer berücksichtigt, die diese Kategorie bildeten«.

Am 12. August 1952 wurden nach einem Geheimverfahren im Ljubjanka-Gefängnis die wichtigsten jiddischsprachigen Dichter und andere prominente Vertreter der jüdischen Gemeinschaft zum Tode verurteilt und hingerichtet. Die Begründung des am 18. Juli 1952 erlassenen Urteils läßt den Sieg der Roten Armee über das Deutsche Reich in einem äußerst trüben Licht erscheinen: »In diesem (gemeint ist das *Schwarzbuch*, O.T.) werden die Juden zu einer speziellen, anderen Völkern entgegenstehenden Kategorie erhoben, wird der Beitrag der Juden zur Weltzivilisation überschätzt ... und der Gedanke suggeriert, der Faschismus habe angeblich nur für die Juden und nicht auch für alle Völker und für die Weltzivilisation eine reale Gefahr dargestellt.« Die besondere Aggressivität, der unbedingte Vernichtungswille der Nazis gegen Juden und Jüdinnen wird den Opfern zugerechnet, sie zum Thema gemacht zu haben, begründet acht Jahre nach der Niederschlagung des Nationalsozialismus ein Todesurteil für Juden: ein früher Sieg der Relativierer des Holocaust mit einer bis heute nicht wieder erreichten schrecklichen Konsequenz. Daß darin zudem eine Aussage enthalten war, die für das *Schwarzbuch* nicht zutrifft, ist da bloß ein untergeordneter Aspekt.

Die Zerschlagung des JAK und die Prozesse gegen seine führenden Vertreter waren Ausdruck des antisemitischen Ressentiments der KPdSU (B)-Führung, der eine Selbstorganisierung von Juden, wie sie das JAK vor allem in den Jahren 44-47 betrieben hatte, schon immer verdächtig gewesen war. Juden, das war seit langem der Konsens der politischen Führung, sollten sich assimilieren und als eigenständige Gruppe möglichst verschwinden. Das Recht auf eigene Nationalität wurde ihnen zwar zugebilligt, praktische Konsequenzen sollten daraus aber, anders als bei anderen Nationalitäten, nicht erwachsen. Die Gründung des JAK und die Erlaubnis, die jiddischsprachige »Einigkeit« wenigstens in einer Auflage von 10.000 Exemplaren herauszugeben, waren taktisch bedingt: Sie sollten die internationale Unterstützung für die Rote Armee im »Großen Vaterländischen Krieg« sicherstellen helfen. 1945 aber setzte Stalin wieder auf eine Annäherung an Deutschland, um einen Bündnispartner in Westeuropa zu haben. Die Behandlung, die viele überlebende Juden und Jüdinnen erfuhren, erwies sich als bitterer Beleg für Grossmans These, daß die antisemitische Propaganda der Deutschen den Antisemitismus in der Sowjetunion erfolgreich mobilisiert hat. In einem Brief an den damaligen sowjetischen Außenminister Wjatscheslaw Molotow beklagen der Vorsitzende des JAK und der Chefredakteur der »Einigkeit«: »Tagtäglich erhalten wir aus den befreiten Gebieten alarmierende Berichte über die äußerst schwierigen Lebensbedingungen der dort verbliebenen Juden. In einigen Orten befinden sich viele Überlebende immer noch auf dem Gebiet des ehemaligen Ghettos. Man erlaubt ihnen nicht, nach Hause zurückzukehren, sie erhalten ihr Eigentum, welches ihnen geraubt wurde, nicht zurück. Die lokalen Behörden verweigern den überlebenden Juden der Katastrophe nicht nur jede Aufmerksamkeit, sie setzen sich auch in flegelhafter Weise über das sowjetische Recht hinweg, indem sie nichts tun, um normale Lebensbedingungen wiederherzustellen.«

Die Fassung des *Schwarzbuches*, die Arno Lustiger für die deutsche Ausgabe zusammengestellt und durch Aufsätze über die Geschichte des *Schwarzbuchs* und des JAK ergänzt hat, ist keine historisch-kritische Ausgabe dieses antifaschistischen Standardwerks. Offensichtliche Fehler und möglicherweise bewußt zugespitzte oder übertriebene Berichte wurden nur in Einzelfällen korrigiert. Andernfalls, so der Herausgeber dieser gleichwohl editorischen Großtat, »wäre es in zwanzig Jahren noch nicht erschienen«. So, wie es nun vorliegt, ist das *Schwarzbuch* vor allem ein Dokument – und ein bedrückendes Stück Literatur, das dazu zwingt, sich mit dem Antisemitismus der Befreier intensiver und kritischer auseinanderzusetzen, als das bisher geschehen ist: Eine Stalinismus-Debatte, in der Antisemitismus und die Zensur des *Schwarzbuches* samt ihrer Folgen – der Ermordung eines Großteils seiner potentiellen Herausgeber – keine herausragende Rolle spielt, verdient diesen Namen nicht. Daß die »Taz« neben einigem Lob für die Veröffentlichung die Mutmaßung für angebracht hielt, das *Schwarzbuch* leite durch seine »fehlerhaften und durch keinerlei Anmerkung korrigierten Berichte« »Wasser auf die Mühlen der Rechtsradikalen«, zeugt dagegen nicht nur von einem befremdlichen Blick auf die Ursachen und die Entwicklung des Neonazismus in der BRD, es ist dies auch eine von jenen Gedankenlosigkeiten, die die Anpassung der deutschen Linken an den barbarischen Zeitgeist begleiten und weiter vorantreiben: Statt den Antisemitismus in Geschichte und Gegenwart der Linken zu reflektieren, werden flugs die antifaschistischen Juden auf die Anklagebank gesetzt.

Oliver Tolmein schrieb in KONKRET 2/95 über blinde Flecken des Antinationalismus

Konkret 04/95, S. 59

Otto Köhler

Komplizen des Genozids

Eine Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung führt den Beweis, daß die Wehrmacht in Ost- und Südosteuropa zwischen 1941 und 1944 einen »Vernichtungskrieg« gegen die Zivilbevölkerung geführt und sich engagiert an der Ausrottung der Juden beteiligt hat

Die ruhmreiche deutsche Wehrmacht errang viele gewaltige Siege. Doch der gewaltigste gelang, als der Krieg zu Ende war. Sie schaffte ihre eigene Identität aus der Welt. Keiner wollte nach 1945 wissen, daß »die Wehrmacht die größte Mord- und Terrororganisation der deutschen Geschichte« gewesen ist. Als der »Zeit«-Redakteur Benedikt Erenz dies vor einiger Zeit feststellte, gab es wütende Abwehr auch in seinem eigenen Blatt. Zum Abschluß eines Streit-Gespräches in der »Zeit« vom 3. März 95 hat nun Herausgeber Theo Sommer Erenz' Verdikt indirekt bestätigt, indem er darauf hinwies, daß »es umgekehrt ein Faktum ist, daß nicht jeder Wehrmachtsangehörige ein Mörder und ein Terrorist ist«. Das ist richtig: Die Angehörigen der Wehrmacht genießen den großen Vorteil, daß der Paragraph 129a des Strafgesetzbuches auf sie nicht angewandt wird.

»Ich habe meinen Vater oft gefragt: Was hast du gemacht im Krieg, und nichts erfahren.« So wie dem Journalisten Kohl, ging es vielen, die nach 1945 hierzulande heranwuchsen. Kohls Vater gehörte zu einem Polizeibataillon, das in Polen, Serbien, Griechenland und Holland eingesetzt war. Der Sohn wußte, daß der Vater sich am »Bandenkampf« beteiligt hatte, bei »Befriedungsaktionen«, bei »Säuberungsaktionen« in Dörfern und Ghettos. »Ich habe ihn oft gefragt«, schreibt Paul Kohl, »was sie denn mit diesen Menschen gemacht haben. Achselzucken oder ausführliche Erzählungen mit belanglosen Daten, Uhrzeiten, Kompaniezusammenstellungen, gespickt mit Dienstgradbezeichnungen. Meine Ahnung wuchs.« Vier seiner Onkel waren an der Ostfront. Er fragte auch die drei, die zurückgekommen waren. »Die Antworten: Es war eben Krieg. Wir haben nur unsere Befehle ausgeführt, das war eben so. Wo gehobelt wird, fallen Späne.« Alles erzählen sie penibel genau: Wann sie mit welcher Einheit und mit wieviel Mann um wieviel Uhr wohin transportiert wurden, wann wo das russische Feuer begann und mit wieviel Geschützen mit wieviel Millimetern sie das Feuer erwiderten. »So ein Gedächtnis! Aber keiner kann sich erinnern, jemals einen Russen oder eine russische Familie erschossen zu haben.«

Paul Kohl gab Anzeigen auf: »Rußlandfeldzug! Suche ehemalige Wehrmachtssoldaten ...« Wochenlang klingelte das Telefon. Alle hatten sie Furchtbares erlitten, Schnee, Schlamm, Hunger und eine unfähige Führung. Nur beim Niederbrennen der Dörfer waren sie nicht dabei gewesen, und außerdem hätten die Russen ihre Häuser immer selbst angesteckt. Geplündert hatten sie auch nicht. Allenfalls mal requiriert. Kohl sucht in den Bibliotheken. Er findet zahlreich Paul Carells *Unternehmen Barbarossa* und *Unternehmen Barbarossa* im Bild. Kein Bild von Zivilisten, die am Galgen hängen, von Massenerschießungen, von Gaswagen. Aber der deutsche Soldat, wie er vor einem Russenkind kniet und ihm Bonbons anbietet. Kohl findet Konsalik. Er findet Erich Mende, Alfred Dregger und Adolf Heusinger, den ersten Generalinspekteur der Bundeswehr.

1985 begibt sich Paul Kohl selbst auf die Reise durch die Sowjetunion. Auf den Blutspuren der Wehrmacht und ihrer Verbrechen. Diese Reise vierzig Jahre danach ist für ihn nicht so mühselig gewesen wie die anschließende Suche nach einem Verlag. 32 Verlagen von Hamburg bis München bot er sein Buchmanuskript an. Die Reaktion: »Nach mehreren brieflichen und/oder telefonischen Erinnerungen erhielt ich gewöhnlich einen Vordruck oder manchmal sogar einen kurzen Brief, in dem man mir mitteilte, daß für mein Manuskript kein Markt bestehe, die Nachfrage zu gering, die Herstellungskosten zu groß, eine Publikation also nicht möglich sei.«

Zehn Jahre nach dieser Reise erscheint nun Kohls Buch in Walter Pehles renommierter Schwarzer Reihe des Fischer Taschenbuch Verlags, dort, wo auch nach Jahrzehnten des Totschweigens Raul Hilbergs großes Werk über *Die Vernichtung der europäischen Juden* erschienen ist.

Fünf Jahrzehnte nach dem Krieg scheint der Bann endlich gebrochen. Jetzt, da die meisten Kriegsteilnehmer tot oder im Greisenalter sind, darf öffentlich auch über die Verbrechen der Wehrmacht geredet werden, an denen in der historischen Fachliteratur längst kein ernsthafter Zweifel mehr bestand. Doch noch stets wurde vergessen, daß die Deutsche Wehrmacht eine Volksarmee gewesen ist. Sie bestand nicht nur aus befehlsgebenden Verbrechern an der Spitze ihrer Hierarchie, sondern aus der Masse der mehr oder weniger willigen Befehlsempfänger, die ausführten, was ihnen aufgetragen wurde. Und nur zu oft das Ihre dazutaten. Es ist wahr, nicht jeder einzelne Soldat war ein Mörder und Terrorist, auch nicht jeder SS-Mann. Doch die sich durch Desertion oder Verweigerung auflehnten, stehen noch immer außerhalb des Gesetzes, während die Mörder der Wehrmacht bis heute den Schutz ebenjenes Bundesgerichtshofes genießen, dessen erste Besetzungen nach dem Krieg noch aus eigener blutiger Erfahrung wußten, wie wichtig es ist, daß man Schutz genießt. Das Ansehen, daß die deutsche Wehrmacht ein halbes Jahrhundert lang genoß, beruht nicht nur auf Unwissen, sondern oft genug auch auf Komplizenschaft.

Die große Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis1944«, veranstaltet vom Ham-burger Institut für Sozialforschung, räumt mit der Legende von der »sauberen Wehrmacht« auf. Die Wehrmacht, so lautet die These, die die Ausstellung an Beispielen und in einem umfangreichen Begleitband belegt, war an sämtlichen Verbrechen des deutschen Vernichtungskrieges beteiligt, und zwar als Gesamtorganisation.

Klaus von Bismarck, ehemaliger Wehrmachtsoffizier und Ex-Präsident der Goethe-Institute, der die Rede zur Eröffnung der Ausstellung hielt, bemühte sich, sichtlich erschüttert von den Bildern und Dokumenten, die er gerade gesehen hatte, um eine Erklärung, indem er die Wehrmacht zum »Instrument« des »totalitären Staates« ernannte. Doch die Wehrmacht war nicht nur Instrument. Sie war Trägerin des totalen Krieges. Und der totale Krieg war ja nicht bloß eine Idee des Nationalsozialisten Goebbels, der ihn 1943 fanatisch und stolz ausrief. Er war eine Erfindung des deutschen Militärs, die Erfindung Erich Ludendorffs, der 1916 zusammen mit Hindenburg in der Obersten Heeresleitung eine faktische Diktatur über Deutschland ausübte, natürlich auch damals schon parlamentarisch abgesegnet, indem der Reichstag mit 235 zu 19 Stimmen das Ermächtigungsgesetz über den vaterländischen Hilfsdienst annahm. Dieses Gesetz ging von der Vorstellung aus, daß »die Kraft jedes einzelnen im Kriege dem Staate gehöre, daß daher jeder Deutsche vom 15. bis 60. Lebensjahr dienstpflichtig« sei, einschließlich der Frauen, und daß die letzte Entscheidung stets bei der Obersten Heeresleitung liegen müsse, selbst dem Kriegsminister fehle nämlich die nötige Übersicht. Hitler hat das begriffen und das anstelle des Kriegsministeriums geschaffene Oberkommando der Wehrmacht gleich selbst übernommen. Doch auch die Idee, die Wehrmacht einen persönlichen Eid auf den Führer ablegen zu lassen, stammte von den Militärs, die sich längst auf Hitler festgelegt und damit selbst zu seinem Instrument gemacht hatten. Ausgearbeitet hatte die neue, sehr kostbare, weil unter allen Umständen unverletzliche Eidesformel Major Hermann Foertsch, zuständig im Reichswehrministerium für »Inneres Gefüge«, später als Chef des Generalstabs des Oberbefehlshabers Südost Erfinder des Geiselwagens bei Eisenbahntransporten, und dann natürlich beim Aufbau der Bundeswehr abermals bewährter Leiter des Referats »Inneres Gefüge«.

Man kann das Schweigen über die Verbrechen der Wehrmacht nicht brechen, ohne zugleich über die Bundeswehr zu reden. Der Major der Bundeswehr Hans-Dieter Walther gab 1962 seine militärischen Erfahrungen in Jugoslawien als Angeklagter zu Protokoll: »Mir war damals schon klar, daß es sich bei den Delinquenten um Juden und Zigeuner gehandelt hat, die aber erschossen werden mußten, um der Partisanentätigkeit entgegenzuwirken. Die Maßnahme sollte einerseits abschreckend wirken und andererseits eine Sühne für schon geschehene Verbrechen durch Partisanen sein. ... Über all die Geschehnisse möchte ich abschließend folgendes erklären: Ich bin mir damals nicht bewußt gewesen, daß ich in der Ausführung dieses Befehles etwas Unmenschliches oder Unrechtes tun würde. Ich wurde erzogen, Befehle auszuführen und (hatte) nach der damaligen Auffassung nicht das Recht, diese Befehle zu verweigern.« Seine Erziehung erhielt Walther von der Reichswehr gemäß der Ludendorff-Doktrin, die nicht nur von der totalen Inanspruchnahme des eigenen Volkes, sondern bereits damals von der totalen Vernichtung des Gegners ausging.

Ein Jahr nach seiner Aussage vor Gericht, die beinahe selbstverständlich zum Freispruch führte, konnte der Bundeswehrmajor Walther im »Spiegel« nachlesen, was ein Wehrmachtsoberleutnant Walther, dessen Vorname dem Nachrichtenmagazin anscheinend unbekannt war – auch das Jahresregister 1963 verschweigt ihn – in einem »Geheimbericht am 1. November 1941« über korrektes und falsches Verhalten beim Erschossenwerden geschrieben hatte. »Das Erschießen der Juden ist einfacher als das der Zigeuner. Man muß zugeben, daß die Juden sehr gefaßt in den Tod gehen – sie stehen sehr ruhig – , während die Zigeuner heulen, schreien und sich dauernd bewegen, wenn sie schon auf dem Erschießungsplatz stehen. Einige sprangen sogar vor der Salve in die Grube und versuchten, sich tot zu stellen.«

Der Bundeswehrmajor Walther konnte, wenn er wollte, dem »Spiegel« entnehmen, daß die Vorgängerorganisation seines neuen Vereins mit diesen Erschießungen nichts zu tun gehabt habe. Erleichtert konnte er lesen: »Die dienstinterne Grundlage der Exekutionen bot ein Schnellbrief des Reichssicherheitshauptamtes.« In Wahrheit war die Grundlage wesentlich breiter. Die Richter des Bundesgerichtshofs entschieden, daß alle Maßnahmen gegen die Zigeuner vor dem 1. März 1943 und damit wohl auch die des Oberleutnants Walther aus dem Jahr 1941 ihre Ursache hatten in den »asozialen Eigenschaften der Zigeuner, die auch schon früher Anlaß gegeben haben, die Angehörigen dieses Volkes besonderen Beschränkungen zu unterwerfen«.

Franz Böhme, bevollmächtigter Kommandierender General in Serbien, befahl zur Niederwerfung eines Aufstands am 10. Oktober 1941, »für jeden getöteten oder ermordeten deutschen Soldaten oder Volksdeutschen 100 Gefangene oder Geiseln« und »für jeden verwundeten deutschen Soldaten oder Volksdeutschen 50 Gefangene oder Geiseln« zu exekutieren. Zum Morden wurden Soldaten abgestellt: »Die Erschießungen sind durch die Truppe vorzunehmen.« Zehn Tage später freute sich General Böhme über den Mordseifer seiner Leute: »Weitere in der letzten Zeit von der Truppe errungene Erfolge tragen dazu bei, das Ansehen der deutschen Wehrmacht in Serbien abermals zu stärken«, lobte er in einem Tagesbefehl vom 20. Oktober und sprach ausdrücklich »allen« an der Ermordung von 1.755 Geiseln »beteiligten Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften« mit dem Spruch »Vorwärts zu neuen Taten« seine »Anerkennung« aus. Fazit des Historikers Walter Manoschek: »Böhme hatte mit der Erschießung aller männlichen Juden und nichtseßhaften Zigeuner alle gesetzlichen Möglichkeiten, die für die Wehrmacht im NS-System gerade noch möglich waren, ausgeschöpft.

Damit deckte sich Böhmes ›Behandlung des Judenproblems‹ im Herbst 1941 mit der Vorgehensweise der Einsatzgruppen in der Sowjetunion.«

General Böhme hat als Wehrmachtsbefehlshaber offiziell die systematische Vernichtung aller in seinem Bereich lebenden Juden angeordnet. Und zwar nicht durch einen Geheimbefehl, sondern durch einen Tagesbefehl, der in 37facher Ausfertigung an sämtliche Wehrmachtseinheiten in Serbien übermittelt wurde. Er war ein Massenmörder, dessen Auffassungen über die Zigeuner vom Bundesgerichtshof partiell geteilt wurden. Allerdings konnte Böhme später die ihm zustehende hohe Generalspension nicht mehr in Empfang nehmen, weil er in Unkenntnis der kommenden Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes im Nürnberger Kriegsverbrechergefängnis Selbstmord verübte.

Anderen, die weniger voreilig handelten, erging es besser: Böhmes Stabschef Pemsel etwa war – wie sich herausstellte – gar kein Kriegsverbrecher, sondern wurde Kommandeur des II. Korps der Bundeswehr. Pemsel am 19. Oktober 1941 an das 734. Infanterieregiment, das »Wachregiment Belgrad«: »In Durchführung des im Bezug genannten Befehls werden für 10 gefallene und 24 verwundete deutsche Soldaten 2.200 festgenommene Serben erschossen. Die Exekution ist an 1.600 Festgenommenen durch Wachregiment Belgrad zu vollstrecken.«

Generalmajor Josef Kübler verlangte von seiner 118. Infanteriedivision: »Gefangene Banditen sind zu erhängen oder zu erschießen. Wer die Banden durch Gewährung von Unterschlupf oder Verpflegung, durch Verheimlichung ihres Aufenthaltes oder sonst durch irgendwelche Maßnahmen freiwillig unterstützt, ist todeswürdig und zu erledigen.« Die jugoslawische Justiz verurteilte ihn nach dem Krieg zum Tode, er starb in der Haft. Die Bundeswehr aber ist stolz auf diesen Killer. In Mittenwald leistet sie sich eine Kübler-Kaserne. Benannt nach dem Mann, dem Adolf Hitler schon 1939 das Ritterkreuz für »schneidiges Eindringen in Polen« umgehängt hatte. Heute kann man in der Kübler-Kaserne sachverständig den humanitären Kriegseinsatz im – dank Genscher und Kohl – ehemaligen Jugoslawien planen.

Auch die berühmte 6. Armee war, wie die Hamburger Ausstellung belegt, eine Mörderbande, die in Stalingrad endlich ein verdientes Los ereilte. »Bereits im August 1941 machte sich die 6. Armee wissentlich zum Komplizen des Genozids«, schreiben Bernd Boll und Hans Safrian, die die Blutspur der 6. Armee bis Stalingrad verfolgen. Mit dem Kindermord von Belaja Zerkow hat sich diese Verbrechertruppe unvergeßlich in die Annalen der Geschichte eingetragen, aber zugleich auch bewiesen, was einer, der kein Verbrecher und kein Terrorist war, in dieser Armee allenfalls erreichen konnte. Oberstleutnant Helmuth Groscurth war auf dem Vormarsch nach Stalingrad in Belaja Zerkow auf 90 Kinder im Alter zwischen wenigen Monaten und sieben Jahren gestoßen, die in einem Gebäude eingesperrt waren und vor Hunger den Mörtel von den Wänden aßen. Groscurth erfuhr: Die jüdischen Eltern waren bis auf einige Frauen schon umgebracht worden, und jetzt seien eben auch die Kinder dran. Eigenmächtig ließ er die Durchführung der Exekution durch ein SD-Kommando aufschieben und meldete den Vorgang dem Oberkommando der 6. Armee. Das entschied und hielt »die Ausrottung der jüdischen Frauen und Kinder für dringend erforderlich«. So geschah es. Der Wehrmachtsoffizier, der kein Verbrecher und kein Terrorist war, hatte den Lauf der Wehrmachtsdinge gerade einen Tag aufgehalten.

Allerdings wollte die 6. Armee auf ihrem Marsch nach Stalingrad die Straße sauber halten. Unterwegs hatte ein Armeeangehöriger zusammen mit einem SS-Mann zwei Kriegsgefangene erschossen, nur mal so. Die Übereifrigen wurden ernsthaft ermahnt: »Der SS-Mann und der Wehrmachtsangehörige wurden angehalten, im Falle der Erschießung von Gefangenen dies nicht auf der öffentlichen Straße zu machen ...«

Die späteren Helden von Stalingrad erschossen nicht nur, sie schlugen ihre Opfer, wie »Sohn Franzl« seinen »lieben Eltern« in die Heimat schrieb, »mit Knüppel und Spaten« tot. Der Soldat stolz: »Bis jetzt haben wir zirka 1.000 Juden ins Jenseits befördert, aber das ist viel zuwenig für das, was die gemacht haben.« Und: »Ich bitte Euch, liebe Eltern, macht das bekannt, auch der Vater in der]NSDAP-Ortsgruppe.«

Ein Stück weiter auf dem Weg nach Stalingrad, in Shitomir, schauten die Landser begeistert zu, wie »Kommunisten« aufgehängt wurden. Die deutschen Soldaten brüllten: »Langsam, langsam!«, um besser fotografieren zu können. Das allerdings war der Armeeführung denn doch zuviel. Das Fotografieren von Hinrichtungen wurde verboten. Auch eigenmächtige Beihilfe. Nur wenn der SD den Ortskommandanten bat, durften fortan Armeeangehörige beim Töten behilflich sein.

Doch die Einsatzgruppe C, die insgesamt viele zehntausend Kinder, Frauen und Männer umbrachte, war über die Unterstützung der 6. Armee sehr zufrieden: »Die Organisation sowohl bei der Hinrichtung der beiden jüdischen Mörder als auch bei der Erschießung kann als vorbildlich bezeichnet werden ... Das Verhältnis zur Wehrmacht ist nach wie vor ohne jede Trübung, vor allem zeigt sich in Wehrmachtskreisen ein ständig wachsendes Interesse für die Aufgaben und Belange sicherheitspolizeilicher Art« – für die Vernichtung der Juden also. Wo die Wehrmacht das nicht selbst übernahm, denunzierte sie pausenlos. Die Einsatzgrup-pe: »So laufen zur Zeit bei sämtlichen Dienststellen der Einsatzgruppe fortgesetzte Meldungen der Wehrmacht über festgestellte kommunistische Funktionäre und Juden ein.«

Pünktlich zur Eröffnung der Hamburger Ausstellung übernahm der Bundesgerichtshof deren Kommentierung durch zwei Entscheidungen. In beiden Fällen ging es um Mord und darum, bei wem er wie schnell verjährt. Die »Süddeutsche Zeitung« über die Bundesrichter: »Sie haben gute Gründe dafür gefunden, warum der Doppelmord aus dem Jahr 1931 noch nicht verjährt ist. Und sie haben schlechte Gründe dafür erfunden, warum die Morde aus dem Jahr 1943 verjährt sein sollen.« 1931 hatte der damals 23jährige KPD-Aktivist Erich Mielke in Berlin zwei Polizisten erschossen. Unverjährt bis heute, weil, so der Bundesgerichtshof, Mielke als Mitglied der DDR-Volkskammer über einen längeren Zeitraum Immunität genoß. 1943 hatte der damals 21jährige Wehrmachtsleutnant Wolfgang Lehnigk-Emden in Caiazzo/Italien fünfzehn Frauen und Kinder umgebracht, das jüngste war vier Jahre alt. Die Mädchen wurden zuvor vergewaltigt und mit Bajonetten gemartert. Verjährt, entschied der Bundesgerichtshof: »Eine derartige Ausschreitung wäre im Falle ihres Bekanntwerdens nach der insoweit übereinstimmenden Ansicht aller in diesem Verfahren gehörten Sachverständigen und Zeitzeugen kriegsgerichtlich verfolgt worden.« Das war die reine, lautere und bewußte Unwahrheit. Einer der vom Bundesgerichtshof gehörten Sachverständigen hat deshalb bereits öffentlich protestiert. Gerhard Schreiber vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt erklärte, er sei »empört« über diese »in skandalöser Weise verfälschende Darstellung« durch den Bundesgerichtshof. Die nicht nur im Osten, sondern auch in Italien verbrecherische Kriegsführung der Wehrmacht sei niemals durch die Wehrmachtsjustiz geahndet worden.

Der Bundesgerichtshof aber verließ sich lieber auf Gutachter wie den in rechtsextremen Kreisen sehr beliebten Vertriebenenhistoriker de Zayas oder den Bundeswehrdozenten Franz W. Seidler, der sein wissenschaftliches Outing mit einem prallen Bildband über die »Blitzmädchen« der Naziwehrmacht erlebte. In seinem Werk über die Militärgerichtsbarkeit der Wehrmacht, das mutmaßlich zu seiner Bestallung als Gutachter führte, übt er heftige, aber aufbauende Kritik an der Praxis des SS-Strafvollzugs: »In allen Außenkommandos war die Beaufsichtigung der Häftlinge so schwierig, daß der erzieherische Auftrag des Strafvollzugs zu kurz kam, nämlich die Verurteilten ›für die Volksgemeinschaft zurückzugewinnen‹ und sie auf die Frontbewährung vorzubereiten.«

In Berlin ist kürzlich eine Kaserne nach einem Mann des Widerstands benannt worden, nach dem Sozialdemokraten Julius Leber, der vom NS-Blutrichter Freisler, dessen Witwe für diese Tätigkeit eine BRD-Pension bekam, zum Tode verurteilt und am 5. Januar 1945 hingerichtet worden war. Julius-Leber-Kaserne? Kann, was gestern Unrecht war, heute rechtens sein? Das paßt wohl nicht mehr in unsere größer gewordene Zeit. Ich plädiere – und die Richter des Bundesgerichtshofs stehen, so darf ich wohl hoffen, hinter mir – für eine Umbenennung in Wolfgang-Lehnigk-Emden-Kaserne, nach dem großen Sieger über die italienischen Frauen und Kinder.

Die Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944« wird bis zum 15. April in der Halle K3 der Kampnagelfabrik, Hamburg, Jarrestraße 20-24, gezeigt. Danach ist sie in Potsdam (25.6. bis 30.7.) und Wien (Oktober/November) zu sehen.

Wichtige Literatur zum Thema:

Hannes Heer / Klaus Naumann (Hg.): *Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944*. Hamburger Edition, Hamburg 1995, 694 S., 68 Mark.

Paul Kohl: *Der Krieg der deutschen Wehrmacht und der Polizei 1941-1944. Sowjetische Überlebende berichten*. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M 1995, 352 S., 19.90 Mark.

Hans-Erich Volkmann (Hg): *Das Rußlandbild im Dritten Reich*. Böhlau Verlag, Köln/Weimar/Wien 1994, 466 S., 58 Mark.

Walter Manoschek: *»Serbien ist judenfrei« – Militärische Besatzungspolitik und Judenpolitik in Serbien 1941/42*. R. Oldenbourg Verlag, München 1993, 212 S., 78 Mark (Neuauflage für April angekündigt).

Omer Bartov: *Hitlers Wehrmacht. Soldaten, Fanatismus und die Brutalisierung des Krieges*. Rowohlt Verlag, Reinbek 1995. 352 S., 42 Mark (erscheint im April).

Hans-Heinrich Wilhelm: *Rassenpolitik und Kriegsführung. Sicherheitspolizei und Wehrmacht in Polen und der Sowjetunion*. Wissenschaftsverlag Richard Rothe, Passau 1991, 244 S.

Hannes Heer (Hg.): *»Stets zu erschießen sind Frauen, die in der Roten Armee dienen«. Geständnisse deutscher Kriegsgefangener über ihren Einsatz an der Ostfront*. Hamburger Edition, Hamburg 1995. 96 S., 10 Mark.

Walter Manoschek (Hg): *»Es gibt nur eines für das Judentum: Vernichtung«. Das Judenbild in deutschen Soldatenbriefen 1939-1944*. Hamburger Edition, Hamburg 1995, 80 S., 10 Mark.

Otto Köhler schrieb in KONKRET 3/95 über den sächsischen Innenminister Eggert

Konkret 04/95, S. 63

Dietrich Kuhlbrodt

32 vs. 1,5 Millionen

Ein Wechsel auf die Fernsehzukunft: die Direktübertragungen aus dem Mordprozeß gegen O. J. Simpson

Nicht irgendein demokratisches Gremium, sondern High Tech entschied über die Einführung des US-Gerichts-TV. Seit 1935 hatte Kalifornien, vom Blitzlichtgewitter des Lindbergh-Prozesses abgeschreckt, eine Bildberichterstattung aus den Gerichtssälen nicht mehr zugelassen, aber als Fernsehkameras erfunden waren, deren Optik ohne zusätzliches Licht auskommt, war eine Störung durch die Hardware nicht mehr zu befürchten, schon gar nicht, wenn, wie im Simpson-Prozeß, die Kamera auf eine Position fixiert worden war.

Weil's also der Technologie oder, sagen wir, dem ARD-Obersten Scharf so gefällt, soll der neue feste Blick demnächst Szenen wie diese auch aus unseren Gerichtssälen übertragen: In Los Angeles hatte sich die Staatsanwältin Clark eine Trophäe ans Revers gesteckt. Die »32« auf ihrer Schmucknadel war die Nummer, unter der das Ghettokind Ohrenthal James Simpson sich ins Dream Team der US-Footballmannschaft hochgespielt hatte, Aufsteiger-Star der Schwarzen seither. Die »32« am Revers der Strafverfolgerin signalisierte nun allen 100 Millionen Glotzenfreunden, die sich in die Übertragung aus dem Gerichtssaal eingeschaltet hatten, daß die kalifornische Anklagebehörde den Football-Star, beschuldigt des Mordes an Ex-Frau Nicole und deren Begleiter, dem Kellner Ronald Goldman, zur Strecke gebracht hatte. Ein optischer Sieg. Allerdings beanstandete Richter Lance Ito das unschickliche Accessoire und fügte damit dem doch eigens angeheuerten Image-Berater-Team der Staatsanwaltschaft eine Schlappe zu.

Zornig replizierte der Sitzungsvertreter dieser Behörde, der Goldschmuck, den der Herr Verteidiger trage, sei ja wohl auch nicht ganz ohne: Die 12 Leute von der Verteidigermannschaft hatten sich ebenfalls Trophäen an den Hut gesteckt. Abgesehen davon, daß sie bereits den Titel Dream Team für sich reklamiert hatten, ging es bei ihnen allerdings um einen weitaus größeren Betrag als 32, nämlich um die anderthalb Millionen Dollar, die sie bisher als Honorar aus dem Vermögen des absteigenden Mandanten abgezweigt hatten. Fünfzigtausend Dollar pro Tag für die Verteidigung, da könnte der Angeklagte bald vermögens- und verteidigerlos als Sozialfall fürs Court-TV nicht mehr quotenträchtig sein. Denn davon lebt doch die Direktübertragung: daß die Rollen prominent besetzt, die Dialoge gut geschrieben und die dramaturgischen Glanzpunkte professionell gesetzt sind.

Der Schußwechsel 32 vs. 1,5 Milllionen kam gut, gefiel und machte Lust darauf, am Ball, nämlich am Kanal zu bleiben. Vielleicht wird's ja nochmal so spannend wie ganz am Anfang, als der amtierende Staatsanwalt sich so entsetzlich über das Eingangsplädoyer des Verteidigers aufgeregt hatte, daß er nach vergeblichem 13fachen Einspruch-Euer-Ehren mit Infarktverdacht ins Krankenhaus gefahren werden mußte. Wem diese Court-Action-Szene entgangen war, der konnte sie sich am Abend wieder und wieder ansehen – CNN und NBC bekamen den Kanal nicht voll davon.

An innerer Spannung und Professionalität übertraf die Szene, in der die Schwester der Ermordeten aussagte, mühelos das dramaturgische Niveau jeder Vorabendserie. Genau genommen trat die Zeugin Brown auch nicht als Zeugin, sondern als Darstellerin einer Zeugin auf. Denn wie jeder Auftritt vor Gericht in diesem Verfahren war auch dieser zuvor geprobt und trainiert worden, weshalb der Darstellerin, wie auch sonst im Sport- und Filmgeschäft üblich, ein Coach zur Seite gestellt wurde. Darüber hinaus waren die in den USA üblichen Geschworenenpsychologen als Kostümberater tätig gewesen. Die Fernsehkommentatoren lobten einmütig das schlichte Schwarz, in dem die Schwester der Toten auftrat, sowie die geschmackvolle Requisite, nämlich das Kreuz, das die Selbstdarstellerin sich um den Hals gekettet hatte. Dieses Schmuckstück aus dem Besitz der toten Nicole signalisierte eindrucksvoll, daß die Schwester, ihrerseits schön anzusehen, mit dem notgedrungen optisch abwesenden Opfer identifiziert werden konnte. Damit waren nicht nur die in ihrer Box sitzenden anonymen Geschworenen – ca. 20, die Liberos inbegriffen – , sondern auch die 100 Millionen TV-Zuschauer auf überaus wünschenswerte Weise emotional eingebunden.

An dritter Stelle lobten die Kritiker – unterschiedliche übrigens, denn das Bildmaterial aus dem Court-Pool ist für alle Sender identisch, aber unkommentiert – die hervorragend einstudierte Körpersprache und Gestik der Schwester. Der Einsatz ihrer vors Gesicht geschlagenen Hände sowie der punktgenau fließende Tränenstrom wurden als perfekt, wenn auch riskant beurteilt. Die in »USA Today« wiedergegebenen Expertenstimmen warnten vor einem Overacting, welches der Glaubwürdigkeit der Agierenden gefährlich werden könnte. Als hervorragende inszenatorische Leistung wurde der Einfall der Staatsanwaltschaft gewürdigt, kurz nach einem Weinkrampf der Zeugin den Richter um Vertagung der Hauptverhandlung zu bitten. Grandios!: Geschworene und Zuschauer überall in der Welt konnten jetzt nicht nur mit diesem emotional starken Eindruck nach Hause gehen, sondern, denn es war Freitag, das ganze Wochenende dieses Psycho-Erlebnis nachschmecken. Erst am Montag würde die Verteidigung wieder zum Zuge kommen.

Betretenes Schweigen im Lager der Verteidigung. Die TV-Sender wiesen sofort auf das Handicap hin. Rechtsanwalt Cochran Jr., der sich im juristischen Dream Team nach mancherlei Querelen zum Leader durchgerangelt hatte, konnte während der folgenden beiden Tage an der doch so notwendigen Proben- und Trainingsarbeit nicht teilnehmen, weil er

seine mit dem frisch verdienten Geld soeben bezogenen City-Büros zu eröffnen und sich auf der großen Party seinem nicht minder prominenten Klienten Michael Jackson zu widmen hatte. »Wird das gutgehen?« fragte sich hämisch-besorgt die Medienöffentlichkeit. Es ging gut, weil die Staatsanwaltschaft, des siegreichen Freitags allzu froh, ihrerseits ins Wochenende gegangen war, einfach so, ohne mit Schwester Brown, deren Vernehmung doch am Montag fortgesetzt werden sollte, die so dringend nötigen Coach-, Probe- und Einstudierungstermine vereinbart zu haben. Das Desaster ließ nicht auf sich warten.

Die entsprechend dilettantisch spielende Zeugin vergaß am Montag, wie man unbarmherzig nachrechnete, 45 Minuten lang das Weinen und war überdies zu glaubhaftem Improvisieren ersichtlich nicht in der Lage, als sie von der Verteidigung mit einem Videoband konfrontiert wurde, das ein argloser Simpson-Fan am Tattage, dem 12. Juni 1994, kurz vor dem Mord aufgenommen hatte.

Eine Aula, eine Schüleraufführung, Simpson neben Ex-Frau und Kindern. Den Worten der Schwester zufolge soll er bar jeder normalen Reaktion stier geguckt und sich bizarr verhalten haben. Auf dem Band sieht man ihn dagegen in entspannter, harmonischer Beziehung zu Frau & Kind, der Mutter herzlich zulächelnd, den Knaben fröhlich aufs Knie nehmend, eine Idylle, womit es plötzlich 1 zu 1 stand im Gerichtssaal – mit Punktabzug für den völlig verdatterten Staatsanwalt. Der signalisierte nämlich nicht nur mimisch den Verlust dieser Runde, er vergaß sogar den naheliegenden Einwand, daß Simpson, der inzwischen fast wieder ein Held geworden war, doch kurz zuvor im Gerichtssaal auf seine arthritischen Hände – wie damit ein Tatmesser fassen! – und seine kaputten Beine – wie darauf stehen! – verwiesen hatte. Zum Ergötzen der 100 Millionen Zuschauer hatte er die Hosen heruntergelassen und sich der Weltöffentlichkeit im Slip präsentiert. Jawohl, reichlich Narben am Knie. Das Foto ging um die Welt.

An diesem Abend gehen die Geschworenen mit den Bildern der Simpson-Idylle ins Bett. Dann aber kommt der Dienstag. Jetzt holt die Staatsanwaltschaft das Versäumte nach. Zunächst eine Umbesetzung: Der Tüffel von gestern ist abgelöst und durch Garcia Clark ersetzt worden. Zu spät! Denn nun nutzt die Verteidigung die Gelegenheit, die harmonische Szene – Stunden vor der schrecklichen Tat! – wieder und wieder auf die Leinwand zu werfen: Zuckt es im Gesicht des Angeklagten nicht schmerzlich, wenn der Kinderpopo das väterliche Knie berührt? Da kann jeder miturteilen, die Kommentatoren machen es vor. Die Show wird noch ein halbes Jahr dauern. Mindestens. Aber was dann?

Durch die Übertragungen aus dem Simpson-Prozeß haben sich die Einschaltquoten von CNN verachtfacht. Das brachte unsere deutschen Sender auf den Plan. Volkshochschulmäßig schoben sie das staatsbürgerliche Interesse an Informationen aus den Gerichtssälen vor. Bildungs-TV auf deutschen Kommerzkanälen, klasse. Die Simpson-Show lehrt uns jedoch, daß es, wie denn anders, bloß um Marktanteile, also ums Geschäft geht. Denn natürlich ergattert sich Court-TV den Bilderpool dann, wenn’s um den 10-Millionen-Footballer geht, dessen Bild aus der Hertz-Drive-A-Car-Werbung jedem Konsumenten bekannt ist. Selbst abermillionen Nichtamerikaner haben über unseren Helden, den behinderten Sportler im Filmdauerbrenner »Die nackte Kanone«, bereits gelacht.

Will sagen: Das ist ein Geschäft für jede Anstalt, wenn die Sendung sich selbst bezahlt. Simpson wird seine zehn Millionen für Anwaltteam und Geschworene, die mit der Zuschauerzielgruppe in aller Welt identisch sind, also fürs Fernsehen ausgeben. Die Anstalten sparen sich die 50.000 Dollar Kosten pro Tag. Aber was ist, wenn die Image-Beratung zu teuer, Psychologen zu aufwendig, Recherchen, Kostüm, Requisiten, Maske, Coach unbezahlbar werden, wenn die Darstellerinnen untalentiert oder schlicht nicht belastbar sind (Simpsons Entlastungszeugin hat sich nach El Salvador abgesetzt, ihre Aussage wird auf Videoband von dort zurückkommen)? In Deutschland wird der Angeklagte, der weder übers nötige Geld noch über famose Medienberater verfügt, ohne Bossi dastehen, nackt und dumm.

Die Prognose ist nicht schwer. Statt Volksbildung zu betreiben, werden unsere scheinheiligen Kanalanstalten die Hatz auf den unprofessionellen Angeklagten freigeben. Wir Atavisten sind dann wieder in der römischen Arena, wo die Löwen hinter den Christen herjagen. Die Show wird jedem Spießer das Vergnügen bereiten, jemanden zur Strecke bringen zu können und das Land verbrecherfrei zu machen. Das Gerichts-TV, das der ARD-Oberste Scharf verlangt, wird die unselige XY-Serie mit anderen Mitteln fortsetzen. Und wenn der Angeklagte die Show nicht bezahlen kann, werden die Steuerzahler einspringen sollen, die hierzulandebekanntlich Kapitalverbrechern den (Pflicht-)Verteidiger finanzieren. Wieder eine Gage weniger zu zahlen!

Beim heiß begehrten Strafjustiz-Show-TV geht es, reden wir Tacheles, nur darum, das Umfeld den Werbeblocks anzupassen. Wird die Sendung akzeptiert, wird auch die Werbung akzeptiert; so oder so ähnlich sagte es v. Gottberg von der Freiwilligen Selbstkontrolle. Die Grenzen werden verschwimmen. Im US-Court-TV sehen wir, daß Staatsanwaltschaft und Verteidigung ebenso entwaffnend offen mit denselben psychologischen Finessen um die Stimme des Geschworenen (und damit des Zuschauers) werben wie die Werbewirtschaft um die Kaufentscheidung des Konsumenten. Die täglichen Stimmabgaben (Polls) beantworten alle Fragen: Kauft die Zielgruppe das Produkt? Schuldig? Schmackhaft? Unschuldig? Zum Kotzen?

Wie verhindern wir den Einbruch der bösen Realität in die für die Werbung so wichtige Allgemeinakzeptanz? Was geschieht, wenn tatsächlich einer im Gerichtssaal kotzt? Court-TV hat sich eine Notbremse ausgedacht. Es sendet die Gerichtsbilder nicht live, sondern um sieben Sekunden verzögert. Abträgliche Four-letter-words und andere Entgleisungen werden ausgeblendet. So geschehen zum Beispiel bei der Präsentation der malträtierten und reichlich blutigen Opfer, völlig inkompatibel mit dem folgenden Werbeblock. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis der Sender, der das Gerichtsmate-rial störungsfrei der Werbung einpassen möchte, ein kommensurables Verbrechen gleich selbst produziert und inszeniert. Säuremord durch Cola-Imitat? Das große Benetton-Massaker?

Zuerst das Geschäft. Letztlich interessiert Simpsons Schicksal nicht. Er hat seine Schuldigkeit längst getan. Die Frauenverbände benutzen ihn, schuldig oder nicht, als Vehikel, um das Thema Gewalt-in-der-Familie in die Charts zu bringen. Bei uns könnte Ministerin Merkel den vermeintlichen Mörder als Klassebeleg dafür verwenden, daß die Gewalt von der Vorabendserie kommt. Hatte O. J. im vergangenen Jahr in »First and Then« nicht vorgespielt – ein Rambo mit nackter Brust und blitzendem Messer – , wie man von hinten an jemanden herantritt und ihm heimtückisch mit jähem Schwung die Schneide durch die Kehle zieht? Genauso starben Frau Nicole und Lover Ron. Schuldig, Frau Minister?

Jay Leno schlug in seiner allabendlichen Show in NBC Super Channel vor, als Sponsoren fürs Gerichts-TV Waschmittelhersteller zu gewinnen, die mit speziellen Roben-Weichspülern werben – was ich nur begrüßen würde, da das satte Schwarz der Gerichtstracht mit der Zeit tatsächlich erheblich unter dem Weißwaschzwang leidet. Während unsere strafjustizgeilen Sendeanstalten gleisnerisch von Informationspflichten faseln, verarschen US-Sender das Sponsoring und Merchandising bereits selbst: den selbstverständlichen Deal mit der Wirtschaft. Im Gerichtssaal registriert die Kamera die schicken Laptops auf dem Richtertisch (die Marken wechseln). Auf dem Markt sind Bronzeköpfe des Angeklagten/Helden zum Preis von 3.395 Dollar das Stück (das TV informiert und zeigt den Arbeitsgang). Zu Halloween gab es O.J.-Masken samt Tatwaffe (»Stiletto Germany«) zu kaufen, wobei nur nebenbei berichtet wurde, daß das beschlagnahmte Originalmesser bei der Polizei auf rätselhafte Weise verschwunden und längst verdealt worden ist. Versteigert aber wurden zu horrenden Preisen das Mobiliar und der Wagen, die der zehnfache Millionär zuletzt benutzt hatte. Achja, und die Bücher. Simpsons Buch über die Tat, diktiert in der Haft, kam ganz nach oben auf die Bestsellerliste, eine halbe Million Exemplare wurden in vier Tagen verkauft. Weitere Millionen also für Verteidigungs-, sorry: TV-Produktionskosten.

Abgesetzt wurden schon im Vorfeld des Prozesses zwei Millionen Simpson-Telefonkarten zu 10, 20 und – 32 Dollar. Auf die Mannschaftsnummer des Dream Teams hatte Frau Staatsanwältin in Los Angeles gesetzt. In Deutschland kommen die Fernsehintendanten ins Spiel. Halali!

Dietrich Kuhlbrodt schrieb in KONKRET 3/95 über das neue Buch von Georg Seeßlen

Konkret 04/95, S. 66

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Es gibt mehr Ding' im Himmel und auf Erden, als eure Schulweisheit sich träumt, Horatio. Und dann gibt es noch die Redaktion »Religion und Kirche« beim Deutschlandfunk zu Köln am Rhein und ihre Autorin Sabine Westenberger:

»Tränen, die man nicht rausläßt, die vergiften, und Tränen, die man eben rausläßt, die erleichtern oder erlösen.« Ein einfaches Motto, das die Psychologin Ruth Gapowski bei der Beratung Trauernder immer wieder anwendet. Sie arbeitet bei der Genossenschaft »Begleitung« und trifft hier täglich mit Menschen zusammen, die einen Angehörigen verloren haben oder sich mit dem eigenen Sterben auseinandersetzen wollen.

Denn sterben muß wohl mancher, sich auseinandersetzen aber müssen alle.

Seit der Gründung vor fünf Jahren finanziert sich »Begleitung« teils aus den Einnahmen durch Bestattung und Beratung, teils aus Spenden sowie den Beiträgen der Mitglieder,

also teils wie ein stinknormales Beerdigungsunternehmen, teils etwas lästiger. Die Genossenschaft »Begleitung« hat nämlich außer dem Geldverdienen noch ein Ziel, was heißt schon Ziel?: ein Hauptziel, ja eine Hauptzielsetzung:

»Begleitung« ist eine Genossenschaft, die sich zum Ziel gesetzt hat, neue Wege bezüglich Sterben, Tod, Trauer, Älterwerden einzuschlagen.

Weg von Darmkrebs, Osteoporose, Hormocenta, Marika Rökk, Herzstillstand, Holzkiste und Leichenschmaus, hin zur Hauptzielsetzung:

Also die Hauptzielsetzung ist, daß Menschen nicht so zufrieden waren, wie in unserer Gesellschaft mit Tod und Sterben umgegangen

und sich auseinandergesetzt

wird, und »Begleitung« hat sich zum Ziel

Hauptziel!

gesetzt, diesen Ausgrenzungsprozeß zu durchschreiten, beziehungsweise andere Angebote zu machen, diesem Ausgrenzungsprozeß entgegenzuwirken,

nämlich die Toten nicht auszugrenzen, sondern die Friedhofsmauer zu durchschreiten und sie mitzunehmen zum Skat.

Das versucht »Begleitung« auch mit Seminaren und Vorträgen, etwa zum Thema »Tod und Trauer in anderen Kulturen«

(»So gibt der Maori den Löffel ab« und »Dia-Abend: Indisches Witwenroulette«)

oder darüber, welche Formalitäten bei einem Todesfall zu erledigen sind. Auch wird die Frage erörtert, wie man »sterben lernen« kann.

Der Kurstitel wird nicht verraten. Heißt er »Abgang für Fortgeschrittene«?

Selbst meditative Abende fehlen im Angebot von »Begleitung« nicht.

Tod, da ist dein Kuschel!

All das soll den Menschen die Angst vor dem Sterben nehmen und ihnen helfen, den Tod als einen Teil des Lebens zu akzeptieren. Auch bei der Trauerarbeit

im Akkord? nach Tarif? mit Überstunden? Und was ist bei Trauerarbeitsplatzverlust? Und sind 35 Stunden genug?

nach einem Todesfall berät Ruth Gapowsky. Denn hier kann man nach ihrer Erfahrung viele Fehler machen: »Wichtig ist eben, daß dieses Spektrum an Gefühlen auch zugelassen wird und daß nicht bestimmte Gefühle ausgegrenzt werden, so nach dem Motto: Aber das paßt doch jetzt gar nicht, ich kann doch nicht irgendwie wütend auf meinen verstorbenen Ehemann – zum Beispiel – sein. Und dann kann es eben sehr schnell auch zu ei-ner komplizierten Trauer kommen.«

Zu Trauerarbeitsunfällen, Trauerkarenztagen, und in schweren Fällen zu Trauergefühlszulas-sungsspektrumsausgrenzdurch-schreitungsstörungen bzw. Lach-krämpfen am offenen Grab.

Ein solches Verhalten ist kein Ausnahmefall, sagt Ruth Gapowski. Nach einer gewissen Schonzeit geht die Umgebung Trauernder oft auf Distanz: »Nach dem Motto: Jetzt muß aber langsam mit deiner Trauer Schluß sein, bist du immer noch nicht mit deiner Trauer fertig? Dann kommt eben so ein doppelter Verunsicherungseffekt. Erstmal ist niemand mehr da, der einem zuhört, und es stellt sich die Frage, ist es noch normal oder ist es schon krankhaft,

stirbt man daran und muß vom Trauergesprächskreis »Jetzt rede ich – open end« in den Vorbereitungskurs »Stirb und werde II«?

Wer an Gesprächskreis, Einzelberatung oder Veranstaltungen teilnehmen will,

Ich? Nur über meine Leiche!

muß nicht unbedingt der Genossenschaft beitreten, doch bekommen Mitglieder einen Preisnachlaß.

Einzelheiten entnehmen Sie bitte der Rabattstaffel der derzeit gültigen Trauerangebotsliste. Bei Ehegattensplitting ist Halbtagstrauerarbeit nicht ausgeschlossen.

Der genossenschaftliche Zusammenschluß wurde gewählt, weil »Begleitung« nicht auf Gewinnmaximierung arbeitet, jedoch so im Gegensatz zu einem Verein unternehmerisch tätig werden darf, wie Gapowski betont. Den Mitarbeitern ist bewußt: Intensive Trauerarbeit kann den Verlust eines Menschen auch nicht wettmachen. Aber unter Gleichgesinnten ergeben sich oft leichter neue Perspektiven. So war es zum Beispiel bei Helga Drüner: »Jetzt langsam ist es soweit, daß ich also anfange, wieder mal an Sitzungen teilzunehmen, aber immer sehr mühsam. Jedesmal hab ich da eine Schwelle zu überwinden und muß mich wieder selbst dazu auffordern, du mußt das heute tun, es ist um der Arbeit willen, die ich ja doch weiter leisten will, aber es kostet mich doch immer eine gewisse Anstrengung.«

Der Tod war immer auch ein Geschäft, und doch mußte die deutsche Alternativbewegung kommen, um den Schmerz der Angehörigen als die Marktlücke zu entdecken, in die sich der gesammelte Sprach- und Psychopofel der letzten 25 Jahre Sziehn stopfen läßt. Jetzt ist der Tod ein Weltmeister aus Deutschland.

Wenn eines Tages der Eppelmann behauptet, er sei der Weg, die Wahrheit und das Leben, müßte sogar sein Kumpel Gauck lachen. Wer aber lacht, wenn der Bisky spricht als spräche er Tausend verblichenen Sozialdemokraten ihr tausendmal gesprochenes Wort von der reinen Lehre und der Realpolitik, von der intellektuellen Selbstbefriedigung und den Erfordernissen des Tages ein tausendunderstes Mal aus seinem Bauche nach:

Es steht die Frage, bleiben wir in Zirkeln und diskutieren weiter, wie schlimm der Kapitalismus ist, oder gehen wir in die Gesellschaft hinein und versuchen, etwas zu verändern.

Und Bisky ging hin und tat desgleichen. Er diskutierte nicht weiter, wie schlimm der Kapitalismus ist, sondern er verließ die Zirkel, ging in die Gesellschaft hinein, bestellte sich ein kleines Helles und leerte es auf das Wohl seiner Propheten.

Was ist ABM? Das ist ABM:

Klaus Kinkel hinderte den russischen Nationalistenführer Wladimir Schirinowski, an einer Selbstdarstellung im Fernsehen teilzunehmen. Der »Russen-Hitler« wollte in der SAT-1-Sen-dung »Menschen hinter den Schlagzeilen« auftreten. Kinkel sagte: »Njet« – und ließ ihn einfach nicht nach Deutschland einreisen. BILD meint: Gut so!

Noch besser: Die Redakteure der Firma SAT-1, die dem Leo Kirch gehört, haben den Schirinowski zur Selbstdarstellung eingeladen. Der Außenminister der Regierung Kohl, die dem Leo Kirch gehört, lernt zur Selbstdarstellung Russisch und sagt »njet«. Die Redakteure der »Bild«-Zeitung, die dem Leo Kirch gehört, nennen den Eingeladenen den »Russen-Hitler« und ernennen den Außenminister für die Ausladung zum »Gewinner« des Tages: Das nenne ich Sicherung journalistischer Arbeitplätze durch ein dreifaches In-sich-Geschäft.